

Wortprotokoll

8. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 10. Juni 2010

Inhalt:

Fragestunde:

L-8017/1-XXVII: Anfrage der Abg. Wall an Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl (Seite 5)

L-8018/1-XXVII: Anfrage des Abg. Ing. Mahr an Landesrat Anschöber (Seite 7)

L-8019/1-XXVII: Anfrage des Abg. Nerat an Landesrat Anschöber (Seite 11)

L-8020/1-XXVII: Anfrage der Abg. Wageneder an Landesrat Dr. Haimbuchner (Seite 16)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 20)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 163/2010: Initiativantrag betreffend Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Rednerinnen: Abg. Pühringer (Seite 22)
Abg. Wageneder (Seite 23)
Abg. Müllner (Seite 24)
Abg. Wall (Seite 25)

Beilage 164/2010: Initiativantrag betreffend die Erweiterung der Prüfrechte des Landesrechnungshofs für Gemeinden und Gemeindeverbände.

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 26)
Abg. Präsident Bernhofer (Seite 26)
Abg. Rippl (Seite 27)
Abg. Hirz (Seite 27)

Beilage 165/2010: Initiativantrag betreffend die Senkung der Familienbeihilfe für Bürger aus dem EU/EWR-Raum.

Redner/innen: Abg. Nerat (Seite 29)
Abg. Langer-Weninger (Seite 29)
Abg. Makor (Seite 30)
Abg. Wageneder (Seite 31)

Beilage 166/2010: Initiativantrag betreffend die Durchsetzung eines Burka-Verbots in Österreich.

Rednerinnen: Abg. Dr. Povysil (Seite 32)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 33)
Abg. Dr. Manhal (Seite 34)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 35)

Beilage 167/2010: Initiativantrag betreffend den Erhalt von Privatschulen als Angebot im Schulsystem.

Redner/in: Abg. Mag. Lackner (Seite 37)
Abg. Hirz (Seite 37)
Abg. Dr. Fraiss (Seite 39)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 40)

Beilage 168/2010: Initiativantrag betreffend ein Modell für eine Gemeinsame Schule aller 10-14-Jährigen in Oberösterreich.

Redner/in: Abg. Dr. Fraiss (Seite 41)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 42)
Abg. Hirz (Seite 44)
Abg. Mag. Lackner (Seite 45)

Beilage 169/2010: Initiativantrag betreffend die Neuausrichtung der oberösterreichischen Anti-Atom-Politik.

Redner/in: Abg. Affenzeller (Seite 46)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 47)
Abg. Frauscher (Seite 48)
Abg. Schwarz (Seite 49)

Ersatzwahlen in den Bundesrat

Dringliche Anfrage des FPÖ-Landtagsklubs an Landesrat Dr. Stockinger

Redner/innen: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 51)
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 52)
Abg. Wageneder (Seite 55)
Abg. Wall (Seite 56)
Abg. Bauer (Seite 56)
Abg. Gattringer (Seite 57)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 58)
Abg. Wageneder (Seite 59)
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 59)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 148/2010: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Tätigkeitsbericht 2009 und den Rechnungsabschluss 2009 des O.ö. Landmaschinenfonds.

Berichterstatterin: Abg. Brunner (Seite 60)

Rednerinnen: Abg. Brunner (Seite 60)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 61)

Beilage 149/2010: Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2008.

Berichterstatter: Abg. Dr. Aichinger (Seite 61)

Beilage 150/2010: Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend eine gesetzliche Verankerung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten.

Berichterstatter: Abg. Mag. Baier (Seite 62)

Beilage 151/2010: Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Verlängerung der Option bis zum 30. Juni 2013 hinsichtlich des Erwerbs des Grundstückes Nr. 1139, EZ 20, GB 45517 Nöstlbach, im Ausmaß von 24.065 m² durch die Firma Gruber & Kaja High Tech Metals GmbH, Gruber & Kaja Straße 1, 4502 St. Marien, zu den im Kaufvertrag vom 5./11. Juli 2001 vereinbarten Bedingungen.

Berichtersteller: Abg. Weixelbaumer (Seite 63)

Redner/in: Abg. Mag. Kirchmayr (Seite 63)
Abg. Kapeller (Seite 63)

Beilage 152/2010: Bericht des Finanzausschusses betreffend einer Haftungsübernahme.

Berichtersteller: Abg. Mag. Stelzer (Seite 64)

Redner/innen: Abg. Kapeller (Seite 64)
Landesrat Dr. Haimbuchner (Seite 65)
Abg. Wageneder (Seite 67)
Abg. Makor (Seite 68)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 68)
Abg. Ing. Mahr (Seite 70)
Landesrat Dr. Haimbuchner (Seite 70)
Abg. Kapeller (Seite 73)
Abg. Ing. Mahr (Seite 74)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 74)

Beilage 153/2010: Bericht des Finanzausschusses betreffend die Einbringung einer Mehrheitsbeteiligung am Grundkapital der Energie AG Oberösterreich in die OÖ Landesholding GmbH.

Berichtersteller: Abg. Mag. Strugl (Seite 75)

Redner/in: Abg. Mag. Jahn (Seite 76)
Abg. Mag. Strugl (Seite 76)

Beilage 154/2010: Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Übernahme einer Haftung bzw. Garantie des Landes Oberösterreich für ein von der EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH im Zuge des Großinvestitionsprojekts "Aquapulco & Therme 2010" aufzunehmende Fremdfinanzierung.

Berichtersteller: Abg. Präsident Bernhofer (Seite 78)

Redner: Abg. Präsident Bernhofer (Seite 78)
Abg. Pilsner (Seite 79)

Beilage 155/2010: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Förderung von Anti Atom Vereinen".

Berichterstellerin: Abg. Schwarz (Seite 80)

Redner/innen: Abg. Affenzeller (Seite 80)
Abg. Jachs (Seite 81)
Abg. Nerat (Seite 83)
Abg. Schwarz (Seite 83)
Abg. Dr. Frais (Seite 86)
Landesrat Anschober (Seite 89)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 93)

Beilage 156/2010: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Mobile Dienste in OÖ".

Berichtersteller: Abg. Makor (Seite 94)

Redner/innen: Abg. Wall (Seite 95)
Abg. Dr. Dörfel (Seite 96)
Abg. Schwarz (Seite 98)
Abg. Makor (Seite 100)
Abg. Mag. Strugl (Seite 102)
Abg. Dr. Röper-Kelmayer (Seite 105)

Beilage 163/2010: Initiativantrag betreffend Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Berichterstellerin: Abg. Wageneder (Seite 106)

Vorsitz: Erster Präsident Bernhofer
Zweite Präsidentin Weichsler-Hauer
Dritter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Die Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl und Hiesl, die Landesräte Anschober, Dr. Haimbuchner, Mag. Hummer, Dr. Kepplinger, Sigl und Dr. Stockinger, entschuldigt Landeshauptmann Dr. Pühringer

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer: HR Dr. Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr)

Erster Präsident: Ich eröffne die 8. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und darf Sie dazu sehr herzlich begrüßen, im Besonderen die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, erstmals, und ich darf bei dieser Gelegenheit natürlich herzlich gratulieren zur Wahl, Frau Bundesrätin Winzig, weiters die Bundesräte Steinkogler, Hammer und Podgorschek. Die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Niederneukirchen, sowie des Bundesrealgymnasiums Traun mit ihren Lehrkräften, die Bediensteten des Hauses, die Vertreter der Medien, sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen. Von der heutigen Sitzung ist entschuldigt Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Die amtliche Niederschrift über die 7. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit vom 11. Juni bis 25. Juni 2010 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Ich teile mit, dass mir vom Obmann des Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses Klubobmann Dr. Karl Frais ein Schreiben zugegangen ist, wonach der Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss in seiner Sitzung am 20. Mai 2010 einstimmig beschlossen hat, die Zustimmung für die Bekleidung der von den einzelnen Mitgliedern des Oö. Landtags gem. § 4 Unvereinbarkeitsgesetz 1983 angezeigten leitenden Stellungen zu erteilen, diesen Beschluss bringe ich gem. § 4 Ziffer 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem hohen Haus hiermit zur Kenntnis.

Weiters teile ich mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind, wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass sich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, ich von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme. Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass heute im Innenstadtbereich das Linzer Oberbank-Altstadt-Kriterium stattfinden wird, von dem auch das Landhaus betroffen ist, obgleich diese Radveranstaltung erst um 19.00 Uhr beginnen wird, haben die Vorbereitungsarbeiten der Veranstalter bereits begonnen, die Landtagsdirektion hat sich mit den zuständigen Stellen bereits in Verbindung gesetzt und deponiert, dass auf die Landtagssitzung Rücksicht zu nehmen ist. Ich hoffe, dass sich alle Beteiligten an die Vereinbarungen halten, sodass es für die Abgeordneten zu keinen Problemen kommen dürfte.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt, ich beginne mit der Anfrage der Abgeordneten Ulrike Wall an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl.

Abg. **Wall:** Einen guten Morgen und einen nicht zu heißen Tag heute. Meine Anfrage: Nach § 64 Abs. 3 Oberösterreichisches Sozialhilfegesetz unterliegt der Betrieb von Alten- und Pflegeheimen der Aufsicht der Landesregierung. Durchgeführt wird dies von der Heimaufsicht, zu deren Aufgaben auch die rasche und unbürokratische Erledigung von Beschwerden durch Fachkräfte zählt. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl, ich möchte von Ihnen wissen, wie viele Missstände hat die Heimaufsicht in den Jahren 2008 und 2009 jeweils erhoben bzw. wurden ihr vorgebracht?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ackerl:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich möchte einmal den Begriff Missstand zurückweisen, solange er nicht so interpretiert wird, dass man allgemein weiß, was darunter zu verstehen ist. Ein Missstand ist für mich ein Begriff, mit etwas umschrieben, was mit sehr schlechten, schlimmen, nicht vertretbaren Situationen zu tun hat, die dringend einer Änderung bedürfen oder auch mit Situa-

tionen, die äußerst problematisch natürlich für die betroffenen Personen sind, zum Beispiel trotz Wissen in einem Alten- und Pflegeheim Tätigen verschwiegen wurden. Wir haben im Jahr 2008 und 2009 jeweils zirka 15.000 Menschen in den oberösterreichischen Alten- und Pflegeheimen wohnhaft gehabt, wir hatten im Jahr 2008 15 Beschwerden, im Jahr 2009 3 Beschwerden, das heißt, es ist beinahe rechnerisch nicht mehr darstellbar, wie viele Beschwerden es gegeben hat, trotzdem ist es so, dass jede Beschwerde für sich ein Anlass ist, dem genauestens nachzugehen. So gliedere ich Ihnen, weil Beschwerden oft einen oder mehrere Punkte umfassen, das auch auf: Es war die Pflege betroffen, die Personalsituation, die Führung, der Umgang mit Bewohnern, die Hygiene, medizinische Versorgung, technische Hilfsmittel, Küche und Verpflegung im Ausmaß von zwei bis fünf Punkten in der Summe. Die Beschwerden wurden seitens der Heimaufsicht durch Gespräche mit der betroffenen Einrichtung bzw. bei Bedarf und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen, auch durch Aufsichtsbesuche sowie Vermittlungsgespräche mit Beschwerdeführern, es sind in der Regel Angehörige, und der Einrichtung bearbeitet und erledigt, sofern erforderlich wurden entsprechende Maßnahmen gesetzt und Empfehlungen abgegeben. Eine detailliertere Auskunft hinsichtlich der konkreten Maßnahmen und Erledigungen ist aufgrund der statistischen Daten nicht möglich und müsste gesondert erhoben werden, dies ist jedoch nicht hier der Inhalt Ihrer mündlichen Anfrage. Ich möchte auch darauf hinweisen, wenn Sie mehr wissen möchten, um eine schriftliche Anfrage ersuchen. Die mündliche Anfrage umfasst weiteres auch die Anzahl der Missstände, die von der Heimaufsicht erhoben wurden, es hat insgesamt 31 Besuche durch die Heimaufsicht gegeben, wobei 14 Routinebesuche ohne jeden Anlass, sondern im Rahmen der zeitlich gegebenen Möglichkeiten, Heime einen ganzen Tag lang näher zu begutachten. Es hat zwei Wiederholungsbesuche gegeben, 15 anlassbezogene Besuche, zufälliger Weise in der Zahl mit den Beschwerden übereinstimmend und drei davon erfolgten unangemeldet, das war im Jahr 2008.

Im Jahr 2009 hat es 49 Aufsichtsbesuche gegeben, davon 17 Routinebesuche, vier Wiederholungen und 28 anlassbezogene, wobei 15 unangemeldet erfolgt sind, es wurden zahlreiche Maßnahmen in dem Fall dann jeweils verfügt. In der Reihenfolge lese ich es Ihnen jetzt vor, wie wir in der Vorgangsweise sehen, es hat die strukturelle Gliederung der Einrichtung betroffen, ärztliche und therapeutische Versorgung, die Hygiene, die atmosphärische Gestaltung, angewandte Hygiene und Sauberkeit, Aufgabenbereiche Personal, Pflege und Betreuung. Da geht es um Konzeptfragen, Pflegedokumentation, Lebensqualität und Betreuung, Bewohnervisiten, Besucherrechte, Bewohnerrechte, Qualitätsmaßstäbe und Standards, Medikamentengebahrung, Verpflegung von Mitarbeiterinnen, Zufriedenheit. Diese Feststellung, die ich da treffe, kann man nicht unter Gesichtspunkt der Dringlichkeiten dann allerdings differenzieren, nur in den wenigsten Fällen ist es um Pflegemängel gegangen, die zu einer sofortigen Veränderung führen mussten. Es werden im Rahmen der Heimaufsicht in der Regel viele Punkte angesprochen, darum gibt es auch diese Wiederholungsbesuche für die längere Fristen bis zur Erledigung gesetzt werden können.

Erster Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall:** Um die rechtliche Situation der Heimbewohner und –bewohnerinnen zu stärken, hat sich die FPÖ immer für einen Heimombudsmann eingesetzt, diese Ausgabe nimmt seit 2005 die Pflegevertretung wahr, wie oft wurde die Pflegevertretung in den Jahren 2008 und 2009 kontaktiert?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ackerl:** Nachdem die Pflegevertretung eine Einrichtung ist, die nicht mir zugeordnet ist, ist mir das nicht bekannt.

Erster Präsident: Gibt es noch eine Frage?

Abg. **Wall:** Grundsätzlich ja, in den Jahren bis 2007 hielt die Pflegevertretung nur zwei Mal pro Jahr Sprechtag auf den Bezirkshauptmannschaften ab, für pflegebedürftige und behinderte Menschen ist es aber schwierig, auswärtige Sprechtag zu besuchen oder sich schriftlich zu artikulieren, auch stehen nicht immer Angehörige zur Unterstützung zur Verfügung. Gibt es Überlegungen, diese Praxis der halbjährlichen Sprechtag auf den Bezirkshauptmannschaften zu ändern?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ackerl:** Die Pflegevertretung ist eine unabhängige Einrichtung, die mir nicht zugeordnet ist, daher weiß ich das nicht, was da gemacht werden kann oder wird. Ich vertrete grundsätzlich die Auffassung, dass man möglichst nahe dort, wo diese Menschen, die eine Leistung oder eine Dienstleistung von uns erhalten oder in Anspruch nehmen, auch das Angebot der Sprechtag machen muss.

Abg. **Wall:** Dankeschön.

Erster Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? Wenn dies nicht der Fall ist, dann darf ich die Anfrage des Herrn Abgeordneten Ing. Herwig Mahr an Herrn Landesrat Rudolf Anschöber aufrufen.

Abg. **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer auf der Galerie, Herr Landesrat Anschöber! Energie aus Wasserkraft ist die mengenmäßig bedeutendste heimische Energieform in Oberösterreich, die konstante Energieerzeugung durch Groß- und Kleinwasserkraftwerke ist ein wichtiger Faktor für eine sichere Stromversorgung der oberösterreichischen Bevölkerung. Wie groß ist das Potential an derzeit ungenutzten Energiegewinnungsmöglichkeiten im Bereich der Wasserkraft?

Landesrat **Anschöber:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, geschätzter Kollege Mahr! Sie sind ja vom Fach, selbst Betreiber von Kleinwasserkraftwerken, wir haben daher auch einiges zu tun immer wieder in diesem Bereich miteinander. Zunächst einmal, grundsätzlich ist ja bekannt, unsere Energiestrategie in Oberösterreich, Energiezukunft 2030 hier im Landtag, in der Regierung, in der letzten Legislaturperiode beschlossen, mit einem sehr ambitionierten Ziel, bis zum Jahr 2030 bei Wärme und zwar Raumwärme und Strom zu 100 Prozent auf erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz umzustellen. Damit die Abhängigkeit vom Öl dramatisch zu reduzieren, Atomstrom wegzubringen, all das, was mittlerweile Grundkonsens ist, das keine Zukunft hat, bei einer nicht zukunftsorientierten Erzeugung und Energieverwendung. Dieses Ziel wollen wir, dieses sehr, sehr ambitionierte Ziel, Oberösterreich als erste Region Europas, die das festgeschrieben hat, wollen wir dadurch erreichen, dass wir erste Priorität hin in Richtung einer Energieeinsparung verwirklichen, Potential zirka 30 Prozent Einsparungspotential, das geht quer durch von technischen Optimierungsmaßnahmen, bis hin zu Sanierungsmaßnahmen, gerade was unsere Häuser und Wohnungen betrifft, das ist der große Prioritätsbereich.

Zweitens müssen wir alle erneuerbaren Energieträger, die umweltverträglich lukrierbar sind, tatsächlich auch ausbauen. Ich bekenne mich dazu, dazu zählt selbstverständlich auch die Wasserkraft, wir können es uns nicht leisten, dass wir sagen nur Biomasse, nur Sonne, nur Wind, nur Wasserkraft, nur Geothermie, wir brauchen all diese Bausteine für eine zukunftsorientierte Energieabsicherung.

Wir unterscheiden bei der Wasserkraft in zwei Bereiche, was die konkrete Beantwortung betrifft. Das theoretische Ausbaupotential, das wir haben, heißt, wir schauen uns an, wie viele Prozent unserer Fließstrecken sind ausgebaut, dann wird mathematisch hochgerechnet, wie viele Prozent gibt es noch sozusagen. Beziehungsweise zweitens, das praktische Potential, nämlich abzüglich jener Regionen, die etwa unter Naturschutz stehen, wo es Europaschutzgebiete gibt, wo es aus gewässerökologischer Sicht Bedenken gibt etc. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode, da sind wir, glaube ich, wirklich vorn unter den Bundesländern in Österreich, einen sehr intensiven Arbeitsprozess zur konkreten Identifikation dieser beiden Wasserkraftpotentiale realisiert. Das Ergebnis schaut folgendermaßen aus, wir haben grundsätzlich 80 Prozent des technisch nutzbaren Wasserpotentials in Oberösterreich bereits genutzt, 80 Prozent dessen, was technisch machbar ausbaubar wäre, ohne Rücksichtnahme auf Schutzgebiete und ähnliches, wobei die größeren Flüsse, damit meine ich vor allem die Donau, aber auch Traun, Enns, Steyr, bereits einen Ausbaugrad von 93 Prozent haben. Sie sehen also, das theoretisch technische Potential ist ein relativ kleines, weil wir schon sehr, sehr hohe Potentiale in Oberösterreich nutzen. Wir sichern rund 14 Prozent unserer Energieverwendung Oberösterreichs durch Strom aus Wasserkraft ab. Was ist in dieser Erarbeitungsphase Wasserkraftpotentiale anschließend passiert? Ich habe nach der Nennung der theoretischen Wasserkraftpotenziale die zuständigen Fachabteilungen des Landes Oberösterreich an einen Tisch geholt, bis hin zur Umweltschutzbehörde, also alle, die in zukünftigen Verfahren wesentlich mitbestimmen können, die Gewässerökologen und der Naturschutz zum Beispiel. Die Raumordnung ist in diesem Zusammenhang auch wichtig. Zwischen 2005 und 2007 wurde dann erarbeitet, was das praktische Potenzial aus diesem theoretischen Potenzial ist. Wo gibt es Tabustrecken unter diesen Prozentpunkten, die ich vorher genannt habe, und was ist diskussionswürdig und umsetzbar? Selbstverständlich müssen dann Projekte in Verfahren beurteilt werden, so wie das in einem Rechtsstaat wie bei uns normalerweise die Normalität ist.

Im Jahr 2007 habe ich dieses praktische Potenzial, also das Ergebnis dieser Bearbeitung, der Landesregierung übermittelt und es wurde dort einstimmig auch tatsächlich beschlossen. Zwei erste Bauprojekte sind jetzt entweder unmittelbar vor der Umsetzungsphase oder vor der Projekteinreichung. Das eine ist das Wasserkraftwerksprojekt Stadl-Paura an der Traun. Dieses ist positiv von der Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt. Es gibt einen Anrainer, der derzeit beim Höchstgericht Beschwerde erhoben hat. Nicht wegen grundsätzlicher Bedenken, sondern wegen Detailfragen, die es zu klären gilt. Ich gehe davon aus, dass die Energie AG als Projektwerber auch seitens des Höchstgerichtes seine Genehmigung erhält und es einen Baubeginn im Laufe des Jahres 2011, vermutlich sogar schon im Frühjahr 2011 geben wird. Beim Projekt Bad Goisern steht die Einreichung des Projektes, so wird mir seitens der Energie AG gesagt, unmittelbar bevor.

Schritt für Schritt wird das praktische Ausbaupotenzial dann weiter lukriert und weiter genutzt. Das hängt jedoch vom Vorgehen seitens der Betreiber ab. Wir können vom Land die Energie AG oder andere Interessenten selbstverständlich nicht zwingen ein Projekt diesbezüglich einzureichen.

Abgesehen von den größeren Flüssen führen wir aber unsere Kleinwasserkraftwerksoffensive weiter. Da bin ich jetzt bei dem Thema, das uns beide manchmal beschäftigt. Derzeit gibt es in Oberösterreich, und Oberösterreich ist das Land der Kleinwasserkraftwerke, neben diesen Großkraftwerken, von denen ich vorhin gesprochen habe, 616 Kleinwasserkraftwerke im ganzen Bundesland verteilt. In den letzten fünf Jahren wurden im Rahmen der Kleinwasserkraftoffensive 258 Kleinwasserkraftwerke modernisiert. Da sind oft Projekte, die 70, 80, 90 oder 100 Jahre alt sind. Wir haben im Durchschnitt einen Energiemehrertrag von etwas

mehr als 40 Prozent bei dieser Modernisierungsoffensive alter bestehender Kleinwasserkraftwerke erreicht. Dafür wurden insgesamt 45 Millionen Euro investiert und mittels Landesförderung gefördert. Auch Ihre beiden waren dabei. Damit konnte die Stromerzeugung in Summe um 76 Gigawattstunden erhöht werden. Das ist beachtlich. Das ist ein wichtiger zentraler Beitrag. Wir haben mittlerweile sieben Prozent unseres Stromverbrauches abgedeckt durch Kleinwasserkraftwerke.

Beratungsaktion und Förderaktion laufen auch trotz Budgetschwierigkeiten in dieser Legislaturperiode weiter. Wie schauen dann die Detailzahlen aus? Wir gehen in unserer Energiestrategie, Energiezukunft 2030, bekannt als Energiewendeprogramm, davon aus, dass ein weiterer umweltverträglicher Ausbau bis zum Jahr 2030 auf Grund 12.000 bis 12.500 Gigawattstunden möglich ist. Derzeit sind wir bei 11.700 Gigawattstunden. Das heißt, wir gehen von einem zusätzlichen Potenzial von 500 bis 800 zusätzlichen Gigawattstunden aus inklusive der Modernisierung bestehender Anlagen. Das ist nicht nur Neubau, und das berücksichtigt noch nicht, sag ich auch fairerweise und ehrlicherweise dazu, das, was mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auf uns zukommt, weil das ist noch kaum abschätzbar, nachdem auch die Bundesrichtlinien dafür noch nicht vorliegen.

Erster Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Ing. Mahr:** Ja bitte.

Erster Präsident: Bitte Herr Kollege!

Abg. **Ing. Mahr:** Herr Landesrat! Mir geht es ja darum, weil in den Medien ja immer vier Großprojekte letztendlich in Oberösterreich durch die Medien geistern, das ist Pfenningberg, Molln, Ebensee und Jochenstein bzw. eine große Anzahl von Kleinwasserkraftwerken. Kann ich grundsätzlich Ihren Worten folgend daraus schließen, dass Ihr Referat soweit möglich Wasserkraft tatkräftig unterstützt?

Landesrat **Anschober:** Neben unserer ersten Priorität Energieeinsparung hat der Ausbau aller erneuerbaren Energieträger, wo immer das umweltverträglich möglich ist, absolute Priorität in Oberösterreich. Vielleicht zu den zwei angesprochenen Grundlinien, die von Ihnen jetzt kurz angezogen wurden. Wir haben alleine in der letzten Legislaturperiode im Bereich der Kleinwasserkraftwerke 61 neue Projekte genehmigt. Das heißt, Oberösterreich baut weiter aus, konsequent aus, dort wo es Standorte gibt, die geeignet sind dafür. Und zweitens was den Pumpspeicherkraftwerksbetrieb betrifft, so ist das aus meiner Sicht eine energiepolitisch sinnvolle Option, und zwar aus zwei Begründungen heraus. Wir haben einerseits die Tatsache, dass wir grundsätzlich einen relativ hohen Eigenversorgungsanteil im Strombereich, im Bereich der Elektrizität haben. Importabhängig sind wir dann, wenn die Spitzenverbrauchszeiten gegeben sind. Das heißt in den frühen Morgenstunden und in den späten Nachmittagsstunden. Wenn es uns gelingt über Pumpspeicherkraftwerke Strom für diese Phasen zu speichern, wegzunehmen in den Zeiten, wo wir ein Überangebot selbst produzieren, um damit in den Spitzenverbrauchszeiten den Import zu reduzieren und schrittweise gegen Null zu bringen, dann ist das ein großer, auch energiepolitischer und ökologischer aber selbstverständlich auch ökonomischer Vorteil.

Und zweitens bauen wir erfreulicherweise im Bereich Energie und erneuerbarer Energie alles aus, was umweltverträglich lukrierbar ist. Dazu zählen auch Wind und Sonne. Und wir wissen, dass die nicht immer rund um die Uhr und nicht rund ums ganze Jahr zur Verfügung stehen. Das heißt, wir brauchen Speicheroptionen, die in den Höchstproduktionszeiten von

Photovoltaik und von Windkraft diesen Strom speichern können und bei den akuten Bedarfsspitzen abgeben können. Das ist die Grundkonzeption. Die ist nachvollziehbar. Wie schauen die nächsten Schritte aus? Ich sage das nur kurz dazu, vielleicht ist das von allgemeinem Interesse. Derzeit werden seitens der vier potenziellen Betreiber an diesen vier potenziellen Standorten die Wirtschaftlichkeitsanalysen durchgeführt. Das ist natürlich für jedes Unternehmen die Grundvoraussetzung dafür. Wir machen derzeit auch eine Bedarfsanalyse für Pumpspeicherstrom. Wieviel davon können wir sinnvoll in Oberösterreich nutzen? Welche Rolle können wir auch über größere Distanzen im europäischen Stromverbund, der noch stärker kommen wird in den nächsten Jahren, in diesem Bereich spielen? Diese Studie wird derzeit gerade von der Energieverwertungsagentur durchgeführt. Ich habe absichtlich eine Agentur außerhalb von Oberösterreich genommen, damit es keine Vorwürfe der Beeinflussung oder sonst etwas gibt. Die ist unabhängig, die ist neutral, die wird uns bis Sommer entsprechende Ergebnisse auf den Tisch legen. Und dann wird Standort für Standort überprüft, durchgeschaut und in harten aber korrekten Verfahren überprüft, ob es umweltverträgliche Standorte sind.

Abg. **Ing. Mahr:** Danke.

Erster Präsident: Danke. Gibt es weitere Zusatzfragen? Bitte Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Lieber Herr Landesrat! Ich möchte noch einmal zusammenfassen, wie viel Potenzial im Bereich Wasserkraft, du hast es ja angesprochen, sehr viele Kleinwasserkraftwerke wurden ja revitalisiert, wurde in der letzten Legislaturperiode wirklich genutzt?

Landesrat **Anschober:** Ich habe schon in der ersten Fragestellung vom Kollegen definiert, dass wir von einem noch zusätzlichen Potenzial, umweltverträgliches Potenzial von 500 bis maximal 800 Gigawattstunden ausgehen. Noch einmal, da ist die Wasserrahmenrichtlinie noch nicht berücksichtigt. Das kann uns auch noch Einbußen bringen. Aber da werden wir schauen, dass wir eine vernünftige Umsetzungsform finden, sofern der Bund das zulässt mit seinen Richtlinien, die er uns vorschlägt und vorgibt. Wir haben durch die Kleinwasserkraftwerksoffensive in der letzten Legislaturperiode rund 76 Gigawattstunden bereits gewonnen aus diesem Potenzial. Ich verweise darauf, dass wir auch im Bereich der Großkraftwerke, im Bereich der Wasserkraftwerke, also vor allem Donaukraftwerke und Ennskraftwerke, teilweise großes Revitalisierungspotenzial und damit Steigerungspotenzial, was den Ausbau betrifft und die Erweiterung der Energieerzeugung betrifft, haben.

Ein schönes Beispiel, das ist leider in der öffentlichen Kommunikation ein bisschen untergegangen, ist die jetzt gerade fertig gestellte Revitalisierung des Donaukraftwerkes Aschach mit einem Mehrertrag von 45 Gigawattstunden. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Hab ich gar nicht gewusst!“) Das ist enorm. Nur durch eine Modernisierung eines bestehenden Standortes, noch dazu mit ökologischen Verbesserungen. Genau so kann es gehen. Das ist ein wichtiger Beitrag. 45 plus 76 Gigawattstunden. Und drittens, wenn es zur Umsetzung, falls es zur Umsetzung, ich kann ja Behördenverfahren nicht vorgreifen, also muss ich beim korrekten Konjunktiv bleiben, falls es zur Umsetzung der derzeit geplanten beiden Wasserkraftwerke Stadl-Paura und Bad Goisern kommt, wäre das noch einmal ein Grad von rund sechs Prozent des Gesamtpotenzials. Zählen wir dies zusammen, so sind wir derzeit in Umsetzung bzw. haben bereits umgesetzt in der letzten Legislaturperiode von zwischen 22 und 25 Prozent unseres Gesamtpotenzials. Das heißt, es gibt noch einiges zu tun, aber wir sind, glaube ich, ganz gut unterwegs im Augenblick.

Abg. **Schwarz:** Danke.

Erster Präsident: Danke. Gibt es weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die nächste Anfrage von Herrn Abgeordneten Alexander Nerat an Herrn Landesrat Rudolf Anschöber aufrufen.

Abg. **Nerat:** Einen wunderschönen guten Morgen oder besser gesagt Vormittag! Herr Landesrat! Im Rahmen der Anti-Atom Politik des Landes OÖ werden Vereine mit der generellen und teilweisen Zielsetzung der Verhinderung der Atomkraftnutzung gefördert. Im Jahr 2008 wurden Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 482.400 Euro an fünf Vereine mit Sitz in Österreich und acht Vereine mit Sitz in Tschechien ausbezahlt. Bei sämtlichen tschechischen Vereinen stellte der Landesrechnungshof in seinem Initiativprüfungsbericht "Förderung von Anti-Atom Vereinen" fest, dass es in den Projektendberichten dieser Vereine kaum Aussagen über die Zielerreichung bzw. über die Evaluationsergebnisse gab. In welchem Ausmaß werden Sie künftig ausländische Anti-Atom-Vereine mit oberösterreichischem Steuergeld fördern?

Landesrat **Anschöber:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Kollege! Die Zahlen sind korrekt zitiert. Wir haben im Durchschnitt der vergangenen Jahre jeweils rund 400.000 Euro für Anti-Atom-Offensive in Oberösterreich und von Oberösterreich aus ausgegeben, und zirka die Hälfte in internationale Projekte mit Schwerpunkt Tschechien, wie von Ihnen korrekt zitiert, investiert. Ja, ich bekenne mich zu beiden. Wir brauchen einerseits die Informationsarbeit auch in Oberösterreich und Österreich. Das zeigt die Aktivität oder Nichtaktivität der österreichischen Bundesregierung im Anti-Atom-Bereich, dass da Informationsarbeit angebracht ist, gut ist und notwendig ist, wenn auch 99 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sich zu Anti-Atom bekennen und keine Nutzung der Kernkraft in Österreich oder jenseits der österreichischen Grenzen verwirklicht haben wollen.

Aber ich verweise darauf, die Entscheidungen über den Ausbau von Temelin, über die Errichtung eines tschechischen Atommülllagers, über den Ausbau von Mochovce, über den Ausbau von Dukovany, über die Verlängerung der Betriebszeit von Isar in Bayern, die fallen nicht in Österreich, die fallen nicht in Linz, die fallen nicht in Wien, sondern sie fallen in Prag, sie fallen in der Slowakei, sie fallen in Deutschland. Und deswegen ist es aus unserer Sicht, und das war bisher in Oberösterreich absoluter Konsens aller Parteien, wichtig, gerade dort, wo es eine sehr sehr schwierige Arbeit seitens der Anti-Atom-Gruppen gibt, nämlich in Tschechien, zu unterstützen, damit Information weiter gegeben werden kann.

Wir sind in Tschechien in der Situation, dass wir seitens des Betreibers von Temelin, CEZ, eine Werbelawine ohne gleichen haben, mit unglaublichen Mitteln. Im Vergleich dazu sind diese Mittel sehr, sehr, sehr, sehr, sehr bescheiden, aber sie sind umso notwendiger. Einerseits was die Positionierung, was die Informationsarbeit vor Ort betrifft, andererseits aber auch, um rechtliche Handlungsmöglichkeiten in Tschechien, die wir nicht von Österreich aus nutzen können, tatsächlich zu verwirklichen. Denn das ist aus meiner Sicht wahrscheinlich unsere größte Chance, die rechtlichen Lücken, die es gibt, möglichst präzise zu nutzen und hier aktiv zu werden.

Was sind die Inhalte der Arbeiten dieser tschechischen Anti-Atom-Gruppen? Kurz aufgelistet, damit man sich ein bisschen ein Bild machen kann: Ganz stark die rechtlichen Fragen zu betreuen, also Lücken zu finden, Beschwerden einzubringen, die Möglichkeiten im Anti-Atom-Bereich vor Ort in Prag oder in Budweis tatsächlich zu nutzen. Zweiter großer Bereich sind Vorträge in Schulen. Ganz ganz wichtig aus meiner Sicht. CEZ ist unglaublich offensiv, was Werbetätigkeit an tschechischen Schulen betrifft. Da ein kleines Gegengewicht zu er-

möglichen, ist nur mit unserer Hilfe und Unterstützung möglich. Der dritte Bereich ist die Aufklärungsarbeit in Gemeinden. Es gibt derzeit, seit Jahren mittlerweile, seit fünf Jahren, den Versuch Tschechiens, ein Atommüllendlager in einer tschechischen Gemeinde zu realisieren. Da war es und ist es ganz ganz wichtig, die Gemeinden zu begleiten, zu betreuen, ihnen Informationen über rechtliche Handlungsmöglichkeiten in die Hand zu geben und zu unterstützen. Und die allgemeine Informationsarbeit, die wir leisten, ist durchaus erfolgreich bei der Bevölkerung.

Bei der Bevölkerung sind nämlich nur mehr laut aktuellem Eurobarometer vom März 25 Prozent für einen weiteren Ausbau der Atomenergie. 25 Prozent der Bevölkerung Tschechiens. Wie schaut es in der Politik aus? Im tschechischen Parlament sind seit den letzten Wahlen nur mehr Pro-Atom-Parteien. Das heißt, da ist ein großer Unterschied zwischen der Bevölkerung und Politik vorhanden. Und deswegen müssen wir eher unsere Arbeit sogar noch verstärken in diesem Bereich, um Erfolge zu erzielen.

Mit dieser Informationsarbeit haben wir auch Erfolge erzielt. Ein Beispiel ist der Sicherheitsgewinn in Temelin. Kaum in Österreich registriert, weil es ein Detail ist, das schwer vermittelbar ist. Aber es wurde der gesamte Brennstoffbereich in Temelin in den letzten Jahren auf Basis unseres Drucks völlig verändert, völlig korrigiert. Und zweitens muss jetzt deswegen auch das gesamte Steuerungssystem modernisiert werden. Ich hoffe sehr darauf, dass wir deswegen eine neue UVP in Temelin erreichen, weil dieser Umbau des Steuerungssystems eigentlich ein sehr großer Eingriff ist.

Wir haben bis zum heutigen Tag eine Beschlussfassung in Tschechien für ein Atommüllendlager gemeinsam verhindern können. Wir haben drittens Erfolg gehabt mit einer Beschwerde, mit einer gemeinsamen tschechischen und oberösterreichischen Initiative bei der Europäischen Union gegen das tschechische UVP-Gesetz. Viele, viele kleine Detailerfolge, aber das ganz große Ziel, die Stilllegung haben wir noch nicht erreicht. Das ist ein enorm großes Ziel. Aber wir kämpfen weiter. Und das ist aus meiner Sicht unsere Aufgabe. Im Übrigen ist diese Finanzierung auch tschechischer Vereine im Rahmen unserer Anti-Atom-Initiativen auch Geschichte in Oberösterreich. Es hat seit Beginn der Anti-Atom-Arbeit, Kollege Aichinger könnte uns das auch aus der Vergangenheit erzählen, immer diese Mitfinanzierung dieser tschechischen Informationsarbeit gegeben, auch von der Kollegin Haubner durchgeführt, auch vom Kollegen Steinkellner als Umweltreferenten durchgeführt. Und ich setze diesen Kurs selbstverständlich fort, weil ich ihn für wichtig erachte.

Im Übrigen haben wir all diese Beschlüsse, auch was die Förderung der tschechischen Initiativen betrifft, bei unseren Anti-Atom-Gipfeln der letzten Jahre und bei den 19 Maßnahmenpaketen, die wir in der Landesregierung beschlossen haben, ausschließlich einstimmig mit den Stimmen aller Parteien dieses Hauses beschlossen. Und ich glaube, das ist auch gut so. Denn, wenn man so einen großen Gegner hat, wenn man so ein großes Ziel hat, dann muss man zusammenhalten in der Frage.

Abg. **Nerat**: Danke.

Erster Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Nerat**: Ja bitte.

Erster Präsident: Bitte.

Abg. **Nerat:** Eine Zusatzfrage bitte noch. Und zwar bemängelt ja der Rechnungshof bei manchen Vereinen eine mangelnde Kooperationsbereitschaft und stellt vor allem in seinem Bericht auch eine gewisse Verzettelung der Aktivitäten in den Raum. Da stellt sich die Frage, was Sie als Landesrat jetzt in der nächsten Zeit planen, um hier einen wirklich effizienten Einsatz der Mittel auch in Tschechien sicher zu stellen?

Landesrat **Anschober:** Also der Rechnungshof hat diese Kritik an einer mangelnden Kooperation zwischen einzelnen NGOs nicht auf die tschechischen Initiativen, sondern auf die oberösterreichischen Initiativen, und da auch nur auf einen kleinen Teil, bezogen. Es ist tatsächlich so, dass es ein Experiment ist, was wir hier machen. Das macht sonst eigentlich niemand, dass eine Gebietskörperschaft, eine Institution wie das Land Oberösterreich, intensiv mit NGOs kooperiert und diese teilweise auch finanziert. Dies ist ein Experiment. Hat sich aus meiner Sicht sehr bewährt. Aber selbstverständlich ist das ein anderer Arbeitsablauf und ein anderer Arbeitsprozess, wie wenn das die Fachabteilung vom Kollegen Stockinger zum Beispiel wäre, wo man direkten Zugriff, eine ganz andere hierarchische Situation hat. NGOs sind grundsätzlich unabhängig, arbeiten auch anders. Und manchmal bröseln es da in den Details, das sage ich auch ganz offen. Da menschelt es halt in manchen Bereichen. Aber das ist nicht die Regel, das ist der Ausnahmefall.

Was wir auf jeden Fall sichergestellt haben, und ich glaube das ist eine gute Nachricht an dieses Haus, dass alle Empfehlungen, die der Rechnungshof diesbezüglich aufgestellt hat und die im Kontrollausschuss beschlossen wurden, und die in meinem Zuständigkeitsbereich da sind, bis zum heutigen Tag bereits umgesetzt wurden. Das heißt, am Tag der Landtagsdebatte ist dieses Kapitel umgesetzt und verwirklicht. Und es waren viele Empfehlungen drinnen, die ich sehr schätze, und die uns noch ein Stück effizienter in diesem Arbeitsbereich machen.

Abg. **Nerat:** Dankeschön.

Erster Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? Bitte Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Herr Landesrat! Du hast ja angesprochen Isar I. Wir haben ja an der Grenze nicht nur in Tschechien das Thema, sondern auch auf der bayrischen Seite Isar I. Die Stilllegung ist fraglich bzw. droht eine Laufzeitverlängerung. Was tut das Land Oberösterreich dagegen?

Landesrat **Anschober:** Das ist eine meiner größten Sorgen. Wir haben derzeit die Situation, dass wir politische Absichtserklärungen sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei, als auch in Slowenien, als auch in Ungarn haben auf Atomausbau und dass die derzeitige deutsche Bundesregierung die Stilllegungsfahrpläne, die eine Vorgängerregierung vor einigen Jahren fixiert hat, deutlich in Frage stellt. Unser großer Erfolg war es, dass das Risiko-AKW in Bayern, das uns tatsächlich bedroht, nämlich Isar I, auf Grund der Tatsache, dass es nicht gegen Flugzeugabstürze ausgerichtet ist, auf Grund der Tatsache, dass es sich unmittelbar im Umfeld der Einflugschneise des Flughafens München befindet, dass dieses AKW, dieses Risiko-AKW im Jahr 2011 laut bestehenden deutschen Gesetzen still gelegt werden soll.

Das wird nun in Frage gestellt. Es wird über eine Laufzeitverlängerung in einer Größenordnung zwischen fünf und zwanzig Jahren diskutiert. Im Herbst sollen die Entscheidungen fallen. Also da müssen wir uns einfach wirklich gemeinsam mit den vielen, vielen Atomgegnern, die in Deutschland jetzt wieder aktiv wurden, auf die Füße stellen, auf die Hinterbeine stellen sozusagen und uns sehr, sehr engagieren.

Wir haben, um zur konkreten Beantwortung zu kommen, in den letzten Monaten ganz stark die Kooperation mit der deutschen Anti-Atom-Bewegung gesucht. Wir haben Initiativen auch in die Richtung gestartet, dass wir eine Allianz der österreichischen Bundesländer derzeit zusammenstellen, damit der Druck möglichst breit auf Bayern und auf Berlin gemacht wird. Es gibt Initiativen natürlich auch bei der österreichischen Bundesregierung, damit die aktiver wird. Die österreichische Bundesregierung ist von mir bereits aufgefordert worden, dass eine Risikostudie, die von der österreichischen Regierung im Jahr 2007 in Auftrag gegeben wurde und die nach dieser Zeit eigentlich bereits fertig sein sollte, endlich publiziert wird, veröffentlicht wird, damit wir im Detail wissen, von welchem Risiko wir reden und rechtzeitig diese Argumente auch benützen können.

Und es wird in Deutschland einen heißen Herbst geben, wahrscheinlich so wie heute, was die Temperaturen betrifft, aber auch, was die politische Auseinandersetzung um diese Laufzeitverlängerungen gerade am Standort Isar betrifft. Es wird Kundgebungen geben, es wird Druck geben. Mein Ziel ist es, dass wir uns sehr, sehr stark von oberösterreichischer Seite an diesem Widerstand beteiligen, gemeinsam, parteiübergreifend mit allen Parteien, die dazu bereit sind in Deutschland und den vielen, vielen Bürgern und Bürgerinnen, die sich in Deutschland engagieren, damit es beim Stilllegungszeitplan für Isar und die anderen Risiko-reaktoren bleibt.

Abg. **Schwarz:** Danke.

Erster Präsident: Der Kollege Affenzeller hat sich für eine weitere Zusatzfrage gemeldet.

Abg. **Affenzeller:** Sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Du hast darauf hingewiesen, dass es in der Vergangenheit Konsens in der Anti-Atom-Politik gegeben hat und auch Konsens gegeben hat in Richtung Förderung der tschechischen Vereine – das ist richtig. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass ja unser Ansinnen jetzt ist, eine Neuorientierung der Anti-Atom-Politik einzuleiten und wirklich darüber zu diskutieren und den Rechnungshofbericht ernst zu nehmen, weil Faktum ist, der Rechnungshof sagt, die Ziele wurden nicht erreicht.

Mich irritiert daher deine Antwort schon ein bisschen, weil ich daraus entnehme - und daher meine Frage: Bist du tatsächlich der Meinung, dass, obwohl wir die Ziele nicht erreicht haben, insbesondere Richtung Temelin, dass auch in Zukunft in der gleichen Höhe, nämlich über 50 Prozent der Fördermittel von Oberösterreich nach Tschechien gehen sollen?

Landesrat **Anschober:** Geschätzter Herr Kollege Affenzeller! Du bist ein Spezialist in der Anti-Atom-Bewegung und warst lange Zeit sehr, sehr aktiv. Das schätze ich sehr, da haben wir uns bei dieser gemeinsamen Arbeit kennen gelernt, und das ist unsere Stärke, wenn wir gemeinsam parteiübergreifend für unsere Anliegen kämpfen. Ich würde es für ganz falsch erachten, wenn wir uns da parteipolitisch auseinanderdividieren lassen.

Aber zur konkreten Fragestellung: Erstens, selbstverständlich nehme ich die Empfehlungen des Rechnungshofes zu 100 Prozent ernst. Ich habe bereits in einer der vorherigen Fragestellungen in meiner Beantwortung dargestellt, dass wir alle Empfehlungen, die der Rechnungshof in meinem Zuständigkeitsbereich vorgetragen hat und die auch vom Kontrollausschuss, ich glaube, einstimmig beschlossen wurden, wenn ich mich richtig erinnere, die sind bereits zu 100 Prozent umgesetzt. Da geht es in erster Linie um Details, um Effizienzsteigerungsmaßnahmen in ganz bestimmten Details, und das ist sehr, sehr hilfreich, was uns der

Rechnungshof hier dargestellt hat. Konstruktive Kontrollarbeit sozusagen, um im Detail wieder besser zu werden, fiter zu werden, noch mehr Effizienz bei der Mittelverwendung zu erreichen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, ich unterstreiche das, was du formuliert hast, nämlich, dass wir bisher alle Beschlüsse bei 19 Maßnahmenpaketen, das heißt, in allen Details der oberösterreichischen Anti-Atom-Arbeit gemeinsam getätigt haben. Drittens, Ankündigung: Ich werde für Anfang Juli zum nächsten Anti-Atom-Gipfel einladen alle Parteien, alle NGOs, und das ist der Ort aus meiner persönlichen Sicht, wo wir diese Debatte am sinnvollsten, was strategische Überlegungen für die nächsten Jahre betrifft, führen können und führen sollen. Dazu sind die Anti-Atom-Gipfel da.

Erster Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? Bitte, Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Ja, Herr Landesrat, ich möchte nicht in die Vergangenheit zurückkehren. Der Einsatz von oberösterreichischen Mitteln in einem befreundeten Nachbarland ist sowieso grundsätzlich problematisch. Wenn aber der Erfolg auch ausbleibt, ist auch diese Investition letztlich zu überdenken. Meine Frage bezieht sich auf die Bemühungen von verschiedenen NGOs betreffend den EURATOM-Ausstieg. Es ist ein entsprechendes Volksbegehren eingeleitet. Gleichzeitig streiten nun diese NGOs, ob sie den Weg des Volksbegehrens mitunterstützen oder nicht unterstützen.

Wirst du den Weg des Volksbegehrens und jene NGOs unterstützen, die mit diesem Volksbegehren Druck ausüben wollen, dass wir endlich als österreichischer Staat aus EURATOM aussteigen?

Landesrat **Anschober:** Wir haben im Oberösterreichischen Landtag, geschätzter Klubobmann, ja eine gemeinsame Linie bezüglich EURATOM in mehrfachen Beschlüssen fixiert. Der Ausstieg ist unser Ziel, nicht nur die Reform, wie das früher der Fall war. Ich freue mich darüber, weil der Ausstieg auch rechtlich machbar ist. Es ist gut, dass es immer mehr Gemeinden, Einzelpersonen, Vereine, Institutionen, Initiativen gibt, die diesen Kurs mittragen, mitunterstützen, mittlerweile auch der Löwenanteil der österreichischen Bundesländer.

Die österreichische Bundesregierung wird in Kürze vor der Frage stehen, ob diesem zunehmenden Bevölkerungswunsch, dass es keine Vergeudung von Steuermillionen mehr für Atom auf europäischer Ebene gibt, ob diesem Wunsch auch Rechnung getragen wird. Warum? Es wird am 23. Juni 2010 im Umweltausschuss die Entscheidung über einen entsprechenden Antrag, der wortident ist mit der oberösterreichischen Beschlusslage, geben. Mein Appell ist daher wirklich an alle Parteien, diese kürzest mögliche und rascheste und effektivste Chance zu nutzen, bei einer parlamentarischen Abstimmung die oberösterreichische Linie durchzusetzen.

Ich habe deswegen auch an alle oberösterreichischen Nationalratsabgeordneten bereits schriftlich appelliert, hier der oberösterreichischen Linie Folge zu leisten. Ich weiß, dass das bei den einen Parteien schwieriger ist und bei den anderen leichter ist, ist mir klar. Und mir geht es auch nicht um Parteienspielchen in dem Zusammenhang, aber da entscheidet der Nationalrat über den Ausstieg aus EURATOM, am 23. Juni 2010.

Wenn das nicht gelingt, und das wäre eigentlich die Logik, dass wir diese Chance nutzen, sollte das nicht gelingen, dann werden wir beim bereits angekündigten Anti-Atom-Gipfel Anfang Juli gemeinsam den Konsens darüber suchen müssen, ob jetzt ein Volksbegehren die

richtige adäquate Antwort ist. Ich habe durch meine eigene Unterschriftsleistung meine persönliche Position dazu bereits gezeigt.

Erster Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur nächsten Anfrage der Frau Abgeordneten Maria Wageneder an Herrn Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner kommen.

Abg. **Wageneder:** Ja, angenehmen Vormittag. Sehr geehrter Herr Landesrat Haimbuchner! Meine Frage an Sie: "Seit 1. Jänner 2009 können im Zuge der Sanierung von Häusern bis zu drei Wohnungen, Miet- und Eigentumswohnungen, neben den bis dahin standardmäßig gewährten Annuitätenzuschüssen auch Direktzuschüsse beantragt und gewährt werden. Weiters besteht die Möglichkeit einer Bezuschussung der Sanierungstätigkeit, wenn diese im Zuge von Contracting-Modellen durch Fremdfinanzierung und Refinanzierung durch die verminderten Energiekosten erfolgt.

Die Variante der Direktzuschüsse ist jedoch befristet bis Ende dieses Monats, und es besteht daher auch Unsicherheit sowohl im Bereich der Bauwirtschaft wie bei potenziellen Förderwerbern und –werberinnen hinsichtlich einer Verlängerung dieser Regelung. Wie viele Sanierungen wurden durch die bestehenden Fördermodelle, durch die Annuitätenbezuschussung, durch den Direktzuschuss und durch die Contracting-Modelle im Jahr 2009 vom Wohnbauressort unterstützt, sehr geehrter Herr Landesrat?

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, werte Besucher auf der Tribüne! Vorerst einmal, Frau Kollegin Wageneder, Unsicherheit kann es in dem Sinn so nicht geben, weil diese Befristung ja eindeutig in der Verordnung steht. Sie waren selbst bei Teilen der Roadshow der Sparkasse Oberösterreich dabei, die gemeinsam mit dem Land Oberösterreich immer veranstaltet wird, auch in den vergangenen Jahren. Und ich habe dort bei diesen Veranstaltungen immer wieder gesagt, dass es eine Befristung gibt. Ich warne alle Häuselbauer, alle, die sanieren wollen, davor, dass also hier diese Sanierung enden wird am 30. Juni dieses Jahres. Diese Befristung wurde auch immer einstimmig in der Landesregierung beschlossen, auch von Ihrem Kollegen Anschober.

Ich darf folgend konkret zu Ihrer Anfrage antworten. Im Jahr 2009 wurden auf Grund der Oberösterreichischen Wohnhaussanierungsverordnung gefördert: insgesamt 12.165 Wohneinheiten, davon 11.566 mit Annuitätenzuschüssen und 599 mit Bauzuschüssen. Beim Contracting gab es keine einzige Bewilligung; insgesamt wurde damit ein Volumen von 187,4 Millionen Euro an Bankdarlehen mit Annuitätenzuschüssen unterstützt.

Es sollte auch hier nicht der Eindruck entstehen auf Grund dieser Anfrage und auf Grund einer gewissen medialen Nebenbegleitung in den vergangenen Tagen, dass es keine Förderung mehr gibt für die Sanierung, denn die Sanierung wird selbstverständlich weiterhin gefördert auf Grund der Darlehen, die vergeben werden. Ich darf Ihnen diesbezüglich auch noch eine weitere Zahl, die zwar nicht von Ihnen gefragt, aber trotzdem möchte ich sie kurz erwähnen, dass wir für Annuitätenzuschüsse für aushaftende Darlehen im Budget einen Betrag von 55,9 Millionen Euro vorgesehen haben; das ist übrigens auch eine Steigerung gegenüber dem vergangenen Jahr. Ich darf Ihnen den Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres schildern. Rechnungsabschluss 2009, 47,732.893 Euro. Auch hier gibt es eine Steigerung, was natürlich aber auch klar ist, weil natürlich, wenn es mehr Sanierungen gibt, wenn mehr Darlehen aufgenommen werden, natürlich auch ein entsprechend größeres Volumen an Bankdarlehen vergeben wird und natürlich auch deswegen mehr Annuitäten zu zahlen sind, das ist natürlich völlig klar.

Ich darf Ihnen natürlich auch noch Folgendes sagen und hier, weil heute der Rechnungshof einmal gefallen ist, und der Herr Direktor Dr. Brückner auch bei dieser Sitzung anwesend ist, einmal zitieren aus einem Nachrichten-Artikel mit einem Interview des Herrn Rechnungshofdirektors vom 21. November 2009. Frage der Oberösterreichischen Nachrichten: "Täuscht der Eindruck, einmal Förderung – immer Förderung?" Der täuscht oft leider nicht, deshalb müsste man von Anfang an vereinbaren, eine Förderung läuft zu einem bestimmten Zweck und läuft dann aus. Es darf keine Automatismen geben. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das hat er aber nicht gemeint!")

Es ist schlicht und einfach so, Frau Kollegin Wageneder, dass diese zeitlich befristete Direktförderung jetzt ausläuft und das nicht aus Jux und Tollerei, das nebenbei gesagt, das ist so beschlossen worden einmal, nicht mit meiner Stimme, sage ich auch einmal gleich vorweg, weil da war ich noch gar nicht Landesregierungsmitglied, und das Zweite ist, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Ich werde am Montag die Verlängerung beantragen!") und das Zweite ist, Herr Kollege Anschober, eigentlich bin ich am Wort, und ich glaube, es gehört zum guten Ton, dass man ein Regierungsmitglied auch aussprechen lässt. Und ich werde noch etwas sagen. Wenn Sie diesen Antrag stellen, dann sagen Sie mir auch, wie das finanziert werden soll. Denn eines sage ich Ihnen schon ganz deutlich, die Politik von Brot und Spielen, die ist vorbei. Ich würde das weiterfördern, wenn das Geld vorhanden ist. Es ist das Geld nicht vorhanden. Ich warne davor, hier Beschlüsse zu fassen, die dann budgetwirksam sind, nämlich nicht nur dieses Jahr, sondern die budgetwirksam sein werden im Jahr 2011, im Jahr 2012, nebenbei gesagt, Sie kennen das System nach der Wohnhaussanierungsverordnung. Dann müssen Sie mir auch erklären, wie Sie diese Weiterführung unter Umständen finanzieren wollen. Ich bin auf diese Vorschläge sehr gespannt.

Bei minderen Ertragsanteilen in den kommenden Jahren, und Sie wissen das ganz genau, dass von minus 11, minus 12 Prozent derzeit die Rede ist und dass unter Umständen im Raume steht, dass das Wohnbaubudget noch einmal herunter gesetzt wird, wie Sie das finanzieren wollen? Wo wollen Sie sparen? Wollen Sie sparen bei den Alten- und Pflegeheimen? Wollen Sie sparen bei der Förderung der Anlagenerzeugung von erneuerbarer Energie im Zusammenhang mit dem Hausbau? Wo wollen Sie sparen? Sagen Sie mir Ihren Reformvorschlag zur Wohnbeihilfe. Ich glaube, auch hier habe ich mehrere Vorschläge schon gemacht.

Ich darf daran erinnern, dass wir bis ins Jahr 2002 eine Regelung gehabt haben, die einstimmig in der Landesregierung gefallen ist, dass Drittstaatsangehörige keine Wohnbeihilfe bekommen. Dieser Betrag macht sieben Millionen Euro derzeit aus. Sie wissen alle ganz genau, dass das abgelehnt worden ist, auch von Ihrer Fraktion. Ich lade Sie herzlichst dazu ein, machen Sie mir Vorschläge, wirklich, ganz ehrlich, auch völlig emotionslos. Aber Sie müssen schon eines sehen, dass der Herr Landeshauptmann bereits gewarnt hat in mehreren Gesprächen, es wird nicht mehr Geld geben. Sie kennen die Problematik des Verkehrsressorts. Dass also hier nur ein Teil des Budgets beschlossen worden ist und dass man auch hier schauen muss, dass hier in einem entsprechenden Nachtragsbudget dann letztendlich auch endgültig budgetiert wird. Was wollen Sie konkret streichen? Das ist nicht lustig für einen Politiker, eine Förderung zurückzunehmen oder eine Förderung, die übrigens auch befristet beschlossen worden ist. Ich möchte entsprechende Bedeckungsvorschläge einmal vernehmen.

Ich sage Ihnen eines in der Politik: Ehrlichkeit währt am längsten. Und es macht keinen Sinn, und darum habe ich das auch immer bei dieser Roadshow der Sparkasse gesagt, dass die-

ser Direktzuschuss enden wird. Der ist ja auch befristet beschlossen worden. Und dann, nebenbei, gibt es eine Budgetwirksamkeit auch in den kommenden Jahren.

Abg. Wageneder: Ja, aber geschätzter Herr Landesrat, ich verstehe aber dann nicht ganz, dass Sie immer als sehr großer Befürworter der thermischen Sanierung in den Medien auftreten, was ich ja auch sehr begrüße. Immerhin waren das 600 Förderwerber und – werberinnen, die diesen Direktzuschuss im letzten Jahr beantragten wie Sie ja gerade darstellten. Wenn ich das jetzt richtig gerechnet habe, eine Steigerung des Budgets für die thermische Sanierung von 47 Millionen auf 55,9 Millionen ist ja doch beinahe 20 Prozent. Und ich denke, auch diese Menschen, die eben das ersparte Geld einsetzen, für diese ist das weiterhin eine sehr wichtige Fördermaßnahme, eine sehr wichtige Fördervariante. Für mich ist es unverständlich, dass die jetzt nicht mehr fortgesetzt werden soll. (Zwischenruf Mitte: "Eine Frage fehlt!")

Erster Präsident: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Also, ich habe die Frage jetzt nicht verstanden. Es war von Ihnen eine ...

Abg. Wageneder: Ja, was ...

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Feststellung. Aber Frau Kollegin Wageneder, bitte ich lade Sie gerne ein, ich erkläre Ihnen das System einmal. Die Annuitätenzuschüsse, das betrifft Darlehen, dafür werden Annuitätenzuschüsse bezahlt. Hier gibt es eine Steigerung, das ist völlig klar. Die haben wir ja im Budget vorgesehen. Deswegen habe ich ja auch immer gesagt, dass die Sanierung und die thermische Sanierung natürlich weiter gefördert wird. Aber es gibt einen Unterschied zwischen einem geförderten Darlehen und einem Direktzuschuss. Es gibt einen Unterschied. Bei einem Darlehen, wo man Zinsen und Tilgung mitfördert, und einem Zuschuss, wo ich Ihnen direkt aus der Geldtasche Geld gebe. Das ist ein eklatanter Unterschied. Und das, was Sie fordern, das ist, dass dieses Bargeld weiter bezahlt wird. Dieses Geld ist nicht mehr vorgesehen oder das kann nicht mehr budgetär dargestellt werden.

Wir haben ja bitte auch hier entsprechende Gespräche in den vergangenen Monaten immer wieder geführt, weil wir ja viele Baustellen im Wohnbauressort haben und übernommen haben auf Grund der allgemeinen Finanzsituation. Ich möchte da gar nicht ins Detail gehen. Aber wenn Sie sagen, auftreten als Freund der thermischen Sanierung, ja selbstverständlich, weil die Wohnhaussanierungsverordnung ja weiterhin gilt. Oder wollen Sie die Wohnhaussanierungsverordnung abschaffen? Es werden ja die Darlehen weiterhin gefördert. Es wird auch dann der normale Wohnbau weiterhin so gefördert wie er gefördert worden ist. Nur, Sie müssen mir schon einmal sagen, wie Sie das bedecken wollen? Wieso haben Sie das befristet beschlossen? Wieso ist das einstimmig in der Landesregierung befristet beschlossen worden? (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Weil es getestet wurde, ob es erfolgreich ist!")

Dann möchte ich einmal, wenn Sie, Herr Kollege Anschöber, Sie haben zwar nicht hier das Fragerecht, aber ich gehe auch gerne auf Sie ein – über das Testen. Sie können testen, was Sie wollen. Sie können auch Studien machen, die Sie wollen. Nur bitte, dann treten Sie dafür ein, dass das Wohnbaubudget mit 100 Millionen Euro mehr dotiert wird. Sie wissen, das ist ein Wunsch an das Christkind, das wird nicht funktionieren.

Ich möchte einfach einmal Ehrlichkeit in der Politik hier haben. Oder glauben Sie, dass die Wohnbauabteilung hier mit Absicht sozusagen das Auslaufen oder ich als zuständiger Referent mit Absicht hier das Auslaufen weiter verlängern will, wenn die budgetären Mittel nicht sichergestellt werden können? Was hat das bitte für einen Sinn jetzt zu beschließen und zu beantragen die Weiterführung eines Direktzuschusses nach Vorhandensein der budgetären Mittel. Sie kennen die Amtsvorträge und den entsprechenden Passus der immer hinzugefügt wird. Und die Leute haben einen Rechtsanspruch. Sie haben aber nur dann einen Rechtsanspruch der verwirklicht werden kann, wenn das Geld vorhanden ist. Wie soll das bezahlt werden? Wollen Sie bei den Alten- und Pflegeheimen hier Einsparungen machen? Wollen Sie bei den Häuselbauern sparen? Wo wollen Sie sparen? Ich möchte das wirklich einmal wissen. Ich bin für jeden konstruktiven Vorschlag offen.

Und mir ist das ein Anliegen die thermische Sanierung. Da sind wir glaube ich wirklich alle einer Meinung. Nur es kann dieser Direktzuschuss nicht weiter budgetär dargestellt werden. Ich mache Sie darauf aufmerksam. Und wenn Sie keine anderen Vorschläge umsetzen wollen, ich hätte da eine Idee. Ich habe das letzt Mal noch dem Budget des Energiesparverbandes zugestimmt, wo also hier auch Gelder an das Energy Center Budweis verteilt werden. Ich sagen Ihnen, ich werde dem nicht mehr zustimmen, diesen 200.000 Euro pro Jahr, wenn hier Forderungen aufgestellt werden andere Dinge zu fördern und dann letztendlich keine Förderung dargestellt werden kann.

Ich sage dann noch als weiteren Punkt dazu Herr Kollege Anschober. Wenn hier für ausländische Antiatomvereine über 500.000 Euro ausbezahlt werden und der Rechnungshof hier eindeutig kritisiert, dass hier die Ziele nicht erreicht worden sind, auch dann muss man darüber diskutieren, ob die Förderung in dieser Höhe gerechtfertigt ist. (Beifall). (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Von Ihnen beschlossen oder nicht?") Und da sollte man einfach einmal ehrlich diskutieren. Hier nicht irgendwelche Forderungen aufstellen, die völlig irrelevant zum Teil sind und ständig hier beim Direktzuschuss letztendlich auch immer wieder zu sagen, na ja wir sollten das weiterführen, ohne irgendeinen Bedeckungsvorschlag zu haben. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Haben Sie das beschlossen oder nicht?") Schluss mit dieser Politik! Ehrliche Politik einmal, den Bürgern einmal reinen Wein einschenken und nicht Geldgeschenke verteilen! Das ist meine Politik und das ist eine erfolgreiche Politik. Ehrlichkeit in der Politik, Ehrlichkeit währt am längsten! (Beifall)

Abg. Wageneder: Aber Herr Landesrat! Diese Art der Förderung ist offensichtlich schon sehr erfolgreich angelaufen. Und Sie haben gesagt, dass Sie sehr zufrieden sind mit Ihrem Budget. Und ich bedauere es wirklich sehr, wenn diese Art der Förderung nicht mehr weiter geht. Danke für die Beantwortung. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Das war wieder keine Frage, die Geschäftsordnung lässt das nicht zu!")

Erster Präsident: Gibt es Zusatzfragen? Bitte sehr Herr Kollege Kapeller.

Abg. Mag. Steinkellner: War das eine Frage auf die ich antworten soll?

Erster Präsident: Nein das war keine Frage, darum kommt schon die nächste Frage.

Abg. Mag. Steinkellner: Was war das dann bitte?

Erster Präsident: Eine Feststellung,

Abg. Mag. Steinkellner: Gibt es die dann in der mündlichen Anfrage?

Erster Präsident: Ich habe auf diese Frage gewartet und sie traf nicht zu. Darum habe ich die nächste Frage zugestanden.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben die finanzielle Situation im Wohnbauressort angesprochen. Planen Sie dem oberösterreichischen Landtag Vorschläge für gesetzliche Änderungen des Wohnbauförderungsgesetzes oder der Landesregierung neue Verordnungsvorschläge vorzulegen? Und wenn ja, gibt es da Ihrerseits bereits zeitliche und inhaltliche Vorstellungen?

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Kollege Kapeller! Selbstverständlich wird es eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes geben. Wir sind derzeit am Verhandeln. Wir sind derzeit auch intensiv am Vorbereiten innerhalb des Ressorts. Ich habe auch immer gesagt, es sollte eine gewisse Klarheit geben im Sommer dieses Jahres wo die Richtungen hingehen werden. Es wird hier auch Gespräche geben mit dem zuständigen Baureferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, damit auch die Bauträger und die Häuselbauer wissen wo die Reise hingeht. Mein Ziel ist, dass man im Sommer ungefähr weiß, diese Dinge sollen geändert werden. Folgende Punkte und Vorschläge werden auch derzeit bereits ausgearbeitet, so dass man rechtzeitig weiß, wie schaut die Regelung ab 1. 1. 2011 aus.

Abg. **Kapeller:** Danke.

Erster Präsident: Gibt es nach dieser Frage noch eine Frage? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit erkläre ich die Fragestunde für geschlossen und ersuche den Herrn Schriftführer den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Stanek:** Ich darf den Eingang bekannt geben. Beilage 157/2010 betrifft eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten. Diese Beilage wird dem Bauausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 159/2010 betrifft die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Bericht über die Umsetzung des Beschlusses des Gemischten Ausschusses (Sozialausschuss und Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport) zur Wahrung des Kindeswohls gemäß Beilage 1894/2009. Diese Beilage wird dem Gemischten Ausschuss und Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 160/2010 betrifft die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das 7. Mittelfristige Investitionsprogramm für die von der Stern & Hafferl Verkehrsges.m.b.H. in OÖ betriebenen Lokalbahnen; Übereinkommen über die Gewährung von Finanzierungsbeiträgen zur Aufrechterhaltung und Attraktivierung des Bahnbetriebes der vier Lokalbahnen in den Jahren 2010 bis 2014. Diese Beilage wird dem Verkehrsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 163/2010 betrifft einen Initiativantrag betreffend die Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 164/2010 betrifft einen Initiativantrag betreffend die Erweiterung der Prüfrechte des Landesrechnungshofs für Gemeinden und Gemeindeverbände. Diese Beilage soll ge-

mäß Paragraph 25 Absatz 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorbera-
tung zugewiesen werden.

Die Beilage 165/2010 betrifft einen Initiativantrag betreffend die Senkung der Familienbeihilfe
für Bürger aus dem EU/EWR-Raum. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 der
Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorbera-
tung zugewiesen werden.

Die Beilage 166/2010 betrifft den Initiativantrag betreffend die Durchsetzung eines Burka-
Verbots in Österreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 der Landtagsge-
schäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorbera-
tung zugewiesen werden.

Die Beilage 167/2010 betrifft einen Initiativantrag betreffend den Erhalt von Privatschulen als
Angebot im Schulsystem. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 der Landtagsge-
schäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorbera-
tung zugewiesen werden.

Die Beilage 168/2010 betrifft den Initiativantrag betreffend ein Modell für eine gemeinsame
Schule aller 10-14-Jährigen in Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Ab-
satz 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorbera-
tung zugewiesen werden.

Und schlussendlich die Beilage 169/2010 betrifft den Initiativantrag betreffend die Neuaus-
richtung der oberösterreichischen Anti-Atom-Politik. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25
Absatz 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorbera-
tung zugewiesen werden.

Erster Präsident: Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer für die Verlesung des Ein-
gangs. Die von ihm verlesenen Beilagen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt und auf elek-
tronischem Wege ebenfalls zur Verfügung gestellt. Weiters teile ich mit, dass wir Ihnen auch
die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Rechnungsabschluss des Landes
Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2009 sowie die Vorlage der Oö. Landesregierung
betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen
Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2009 auf Ihren Plätzen aufgelegt haben. Ich habe gemäß
den Bestimmungen der oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 die Beilage 158/2010 dem Fi-
nanzausschuss und die Beilage 161/2010 dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angele-
genheiten zur Vorbera-
tung zugewiesen.

Bevor wir in den Beratungen weitergehen darf ich Besuchergruppen bei uns sehr herzlich
Willkommen heißen. Zum einen die polytechnische Schule aus Eferding und zum zweiten
Studenten der Pädagogischen Hochschule mit Herrn Professor Dr. Dr. Helmut Ritzel. Herz-
lich willkommen und ich wünsche ihnen einen interessanten Aufenthalt hier bei uns im ober-
österreichischen Landtag.

Wie der Herr Schriftführer angekündigt hat schlägt die Oö. Landesregierung im Rahmen ih-
res Antrages vor, die Beilage 159/2010 einem gemischten Ausschuss, der sich aus dem So-
zialausschuss und dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zusammensetzt, zuzuwei-
sen. Bei der Beilage 159/2010 handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen
Landesregierung betreffend den Bericht über die Umsetzung des Beschlusses des gemisch-
ten Ausschusses (Sozialausschuss und Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport) zur Wah-
rung des Kindeswohls gemäß Beilage 1894/2009. Für die Zuweisung der Beilage 159/2010
an den gemischten Ausschuss ist ein Geschäftsbeschluss des oö. Landtags erforderlich über
den ich die Wechselrede eröffne. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wech-

selrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder die dem Geschäftsantrag auf Zuweisung der Beilage 159/2010 an den gemischten Ausschuss zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig, somit ist der Geschäftsantrag angenommen.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 163/2010 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 163/2010 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 163/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Pühringer.

Abg. Pühringer: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Zum Initiativantrag Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Landesregierung wird aufgefordert bei der Bundesregierung die Laufzeit der Art. 15a B-VG Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes und über die Einführung der verpflichtenden sprachlichen Frühförderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen dauerhaft zu verlängern. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Bei Kinderbetreuungseinrichtungen stelle ich den Vergleich im Land Oberösterreich so dar, mit einem Haus. Ein Haus bedarf einer Grundfeste. Und diese Grundfeste wurde vor Jahren gelegt. Der damals zuständige Kollege Dr. Walter Aichinger hat die Grundfeste gelegt. Hier wurde eine starke Absicherung im Land Oberösterreich geschaffen. Mit vielen Novellierungen, es war damals die Diskussion die Anzahl der Gruppengrößen zu verkleinern, von schrittweise 27 auf 25 und vieles mehr. Es war vor Jahren unmöglich den Hort in einer Schule oder in einem Kindergarten einzurichten. Wo man heute sagt, gibt es das? Hier wurde wirklich viel geschaffen.

Einer der Baumeister, wenn ich wieder auf das Haus kommen darf, war auch Landesrat Viktor Sigl. Unter seiner Zeit wurde die Betreuung der unter Dreijährigen in Pilotprojekten versucht und dann im neuen Kindergarten- und Hortegesetz eben fix beschlossen und 2009 mit dem beitragsfreiem Kindergarten. Und das war ein wichtiger Baustein um das Haus für die Kinderbetreuung hier weiter wachsen zu lassen. Wir haben in der jetzigen Zeit von der Kleinkindbetreuung, vom Null- bis Zehnjährigen, 52.840 Kinder in Krabbelstuben, Kindergärten und Horten, die sehr gut betreut werden, dank der großartigen Arbeit in den Betreuungseinrichtungen, dank der Pädagoginnen aber auch dank der Gemeinden. Und hier ist der jetzige Baumeister unser Kinderbetreuungsreferent Landesrat Dr. Josef Stockinger, der hier wirklich auch als Baumeister mitschafft, allein dass jetzt im Bauprogramm in den nächsten zwei Jahren 280 Baustellen für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in Bau, in der Planung und in der Umsetzung sind.

Und ein Baustein war auch die 15a Vereinbarung Bund – Länder für 2008 bis 2010, wo der Bund 45 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat, die aber vorwiegend für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige verwendet worden sind. In Österreich wurden dadurch im letzten Jahr, Vergleich 2008, 2009 im jetzigen Kindergartenjahr rund 10.445 Kinder mehr betreut. Aber davon, von diesen 10.445 Kindern, wurden alleine in Oberösterreich 3.755, also gut ein Drittel, fast die Hälfte, mehr betreut. Und das ist die Auswirkung unseres beitragsfreien Kindergartens.

Ganz wichtig ist aber auch die weitere finanzielle Unterstützung der sprachlichen Frühförderung, die ja zur Gänze vom Bund finanziert wird. Sprachliche Frühförderung, im laufenden Kindergartenjahr sind 2.340 Kinder von dieser wichtigen Förderung betroffen und integriert. Und im Kindergartenjahr 2009/2010 wurden in 235 Einrichtungen Sprachfördermittel beantragt. Und Danke auch den 209 Pädagoginnen für Sprachförderung, die eben dies durchführen und die wirklich hier hervorragende Arbeit leisten. Denn nur wer unsere Sprache kann wird sich in der Schule wohl fühlen, kann mitlernen und hat auch die Chance sich zu integrieren. Und somit ist ein großer Baustein im Familienland Oberösterreich gesetzt worden mit dem beitragsfreien Kindergarten und einen Baustein vom Bund bitten wir darum, damit wir das Familienhaus Oberösterreich weiterbauen können. Ich bitte Sie daher der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Maria Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Werte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Wir haben viel weitergebracht in den letzten Jahren bei der Kinderbetreuung, auch dank grüner Regierungsbeteiligung. Das Angebot wurde erweitert. Der beitragsfreie Kindergarten wurde eingeführt und das letzte verpflichtende Kindergartenjahr haben wir auch entsprechend umgesetzt. Die Gemeinden haben das Angebot stark ausgebaut. Wir haben auch gehört, es gibt jetzt 900 zusätzliche Dienstposten im Bereich der Kinderbetreuung und es ist doch auch einiges im Bereich der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen passiert.

Uns Grünen war es immer schon wichtig und mir besonders seit ich Gemeinderätin bin oder seit 1997 habe ich immer darauf gepocht, dass die Bedeutung der Kinderbetreuung und die Priorität des Ausbaus eine ganz wichtige ist. Und es gab, wenn ich das jetzt so salopp sage, im letzten Jahrhundert aber noch massive Widerstände. Und das ist auch leider heute noch so in manchen Gemeinden. Es kommt mir immer wieder zu Ohren, dass Eltern noch immer als Bittsteller hingestellt werden. Und hier möchte ich noch einmal ganz klar und deutlich feststellen, Eltern haben ein Recht auf eine qualitätsvolle Betreuung. Denn Kinderbetreuung ist wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist eine wichtige Bildungsinstitution, auch schon die Krabbelstuben. Und die sozialen Kontakte, vor allem für die vielen Einzelkinder aber auch für die Kinder aus dem Migrationsbereich sind enorm von Bedeutung. Der Ausbau muss weiterhin vorangetrieben werden.

Auch die Einführung des einkommensabhängigen Karenzgeldes wird sicher noch den Bedarf steigern. Denn ich bin mir sicher, dass das auch mehr Menschen in Zukunft in Anspruch nehmen werden. Und hier müssen auch ausreichend Plätze vorhanden sein. Wie schaut es nun aus mit den Betreuungsquoten für die Kinder unter drei, wenn wir uns hier diese Grafik anschauen, so sind wir österreichweit bei 15,6 Prozent. Da sind wir tatsächlich noch weit weg von den EU-Vorgaben. Das Barcelonaziel sagt 33 Prozent. Wie schaut es in Oberösterreich aus? Da sind wir leider auch noch drunter vom Österreichdurchschnitt bei knapp 10 Prozent, aber immerhin hatten wir in Oberösterreich eine Steigerung von 2,7 Prozent in den letzten Jahren und das ist immerhin die zweithöchste Steigerung österreichweit.

Mich wundert es aber auch, dass es von Seiten des Bundes hier noch keine Evaluierung gibt dieser 15a-Vereinbarung und dass es auch keine Gespräche gibt mit den Bundesländern, dass diese sehr wichtige Förderung im Bereich der Kinderbetreuung auch eine Fortsetzung findet, denn es war – wie schon ausgeführt oder auch meine Kollegin Pühringer vorhin ausgeführt hat – wichtig und auch ein großer Erfolg diese Bundesförderung. Und das soll nicht

so sang- und klanglos jetzt auslaufen, denn den Gemeinden, denen fehlt das Geld an allen Ecken und Enden und die Gemeinden sind halt verantwortlich für den Ausbau der Kinderbetreuung und sie dürfen wir nicht in die Pflicht nehmen, denn auch die Einführung des Gratikindergartens, die Einführung der Kindergartenpflicht ist eine große Herausforderung für sie.

Und vor allem darf hier der Ausbau für die unter Dreijährigen keineswegs leiden. Alle Fraktionen hier herinnen sind sich einig, der Kindergarten ist eine wichtige Bildungseinrichtung und dass eine sprachliche Frühförderung unverzichtbar ist, denn die Probleme der Sprachbarrieren in der Schule dürfen gar nicht mal entstehen. Kinder haben dann einen besseren Schulstart, sie haben mehr Chancengleichheit in ihrer Bildungskarriere und es ist vor allem auch für die gesamte Gesellschaft wichtig, dass Begabungen und Talente besser erkannt werden und auch gefördert werden. Daher war es unsere Initiative, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen soll, dass diese 15a-Vereinbarung auch über das Jahr 2010 hinaus verlängert werden soll.

Ich freue mich sehr, dass unser Antrag eine so breite Zustimmung gefunden hat, dass vor allem auch die Kollegen und Kolleginnen der ÖVP mitunterschrieben haben und dass wir mit der ÖVP, die ja federführend für das Kindergartenressort, seit dieser Legislaturperiode für das gesamte Kindergartenressort und Krabbelstuben und Tagesmütter ist. Und mich stimmt das zuversichtlich, dass wir hier so eine große Einigkeit haben zu dieser Initiative, dass ich hoffe, dass wir uns hier beim Finanzminister auch entsprechend Gehör verschaffen werden. Es stimmt mich zuversichtlich, (Zwischenruf Zweite Präsidentin: „Frau Kollegin Wageneder, ich bitte Sie zum Schluss zu kommen.“) dass in den nächsten Jahren in diesem Bereich sehr, sehr viel weitergehen wird. Dankeschön! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke! Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Petra Müllner.

Abg. **Müllner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren! Dass die Kinderbetreuung in unserer Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil ist, steht ja offensichtlich außer Diskussion. Ich möchte aber trotzdem noch ein paar Worte dazu verlieren. Wie im Antrag erwähnt, werden in Oberösterreich im Moment rund 53.000 Kinder betreut. Dem möchte ich gegenüberstellen, dass wir in Oberösterreich insgesamt in etwa 225.000 Null- bis Fünfzehnjährige haben. Das heißt, in Oberösterreich haben wir betreffend der Kinderbetreuung noch Aufholbedarf, vor allem was die regionale Flächendeckung angeht und attraktive Öffnungszeiten. Die Qualitätssicherung der Betreuungseinrichtungen als Bildungseinrichtung ist ein wesentliches Thema. Es geht mir hier um die Verringerung der Gruppengröße, um das Prinzip der Ganztätigkeit und vor allem auch um ein ganzjähriges Angebot, das regional auch angeboten werden muss, um die Berufstätigkeit der Mütter und Väter zu ermöglichen.

Der weitere Ausbau der Kleinstkinderbetreuung wird in Zukunft weiter eine große Herausforderung darstellen, eine Herausforderung nicht nur für den Bund und für das Land, sondern vor allem auch für die Gemeinden. Wenn uns als Land Oberösterreich eine flächendeckende Kinderbetreuung ein Anliegen ist, wird es unumgänglich sein, den Gemeinden hier auch wirklich finanziell zur Seite zu stehen. Nur ein wirklich durchdachtes Finanzierungskonzept – und da ist eben der Bundeszuschuss ein wichtiger Punkt – wird eine Rolle spielen. Nur so wird uns die flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung auch in Zukunft gelingen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Wall.

Abg. **Wall:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie! Interessant ist, dass die Grünen ja bereits im Bund im Februar die Anfrage an Bundesminister Mitterlehner gestellt haben, ob geplant ist, diese jährliche Anstoßfinanzierung zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen 2011 fortzusetzen. Es gab darauf keine befriedigende Antwort, es hieß es gibt keine Gespräche im Moment zu diesem Thema. Aus diesem Grund haben wir jetzt diesen Antrag, den die Grünen und die ÖVP gemeinsam hier einbringen, den wir natürlich gerne unterstützen wollen.

Keine Antwort in dieser Anfrage der Grünen im Bund von Minister Mitterlehner hat es auch auf die Frage gegeben, um wie viele Kinderbetreuungsplätze wir eigentlich mehr brauchen würden als wir tatsächlich jetzt zur Verfügung stellen können, auch eine interessante Frage. Den Freiheitlichen geht es nicht darum 33 Prozent der unter Dreijährigen um jeden Preis in außerfamiliäre Betreuung zu bringen, sondern so viele Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, dass den Frauen, den Müttern die Wahlfreiheit gesichert ist.

Was uns ein großes Anliegen ist und was wir auch gefordert haben, ist im Zusammenhang mit der Einführung des dreijährigen Gratiskindergartens das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz für alle Kinder ab zweieinhalb Jahren, das heißt, Investitionen in die Qualität einerseits, in das Personal andererseits, den Müttern die Sicherheit zu geben, wenn sie nach der Karenzzeit ihren Posten wieder annehmen wollen, dass ihnen wirklich ein Platz für ihr Kind zur Verfügung steht. Es ist viel geschehen in der Vergangenheit, auf der anderen Seite gibt es nach wie vor Containereinrichtungen, in denen sich Kindergärten befinden. Wir haben es auch nötig in Tagesmütter zu investieren, für die ja auch Bundesmittel vorgesehen sind. Es gibt zum Beispiel im Bezirk Perg einen entsprechenden Bedarf. Wir haben auch Probleme bei den Horteinrichtungen. Es gibt Hortkinder, die nach wie vor in Kellerräumen untergebracht sind, wie zum Beispiel in Bad Leonfelden. Also es ist ganz wichtig, dass wir uns vom Bund diese Mittel holen, die wir noch nicht ausgeschöpft haben, auch ganz wesentlich zur Unterstützung der Gemeinden, die ohnehin unter der Last stöhnen im Moment.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich die sprachliche Frühförderung im letzten verpflichtenden Kindergartenjahr, um sicherzustellen, dass Kinder mit Sprachproblemen bis zum Schuleintritt so weit sind, dass sie dem Regelunterricht folgen können. Wir wissen, dass zirka 10 Prozent der heimischen und 59 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund dahingehend einen ganz besonderen Förderungsbedarf haben. Wir können es uns gar nicht leisten, auf die dafür vom Bund vorgesehenen Mittel zu verzichten. Wir werden diesen Antrag daher gerne unterstützen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor, ich schließe somit die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 163/2010 „Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen“ zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) und stelle die einstimmige Annahme fest.

Von Seiten des Herrn Schriftführers wurde angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 164/2010 vorschlagen, diesen ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich bei dieser Beilage um einen „Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Erweiterung der Prüfrechte des Landesrechnungshofs für Gemeinden und Gemeindeverbände“. Die Landtagsgeschäftsordnung sieht dazu einen Geschäftsbeschluss des Landtags vor und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage

164/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rechnungshofdirektor, ich glaube dieser Antrag freut Sie. Ich glaube dieser Antrag braucht die Dringlichkeit. Dieser Antrag braucht die Unterstützung dieses Hauses, weil derzeit intensive Reformberatungen im Bund stattfinden und es natürlich jetzt darauf ankommt, dass wir mit einer starken Stimme von Oberösterreich auch klar sagen, was wir wollen. Wollen wir, dass unser eigener Landesrechnungshof die Gemeinden und die Gemeindeverbände mitprüft oder wollen wir, dass der Zustand so bleibt wie jetzt, der nicht befriedigend ist. Immer wieder haben wir Probleme mit Gemeinden, die dann besonders virulent werden, wenn ein Problem wie zuletzt Ansfelden oder zuvor Pasching oder welche Gemeinde es auch immer sein mag, ganz gleich, rot, schwarz, blau, wie auch immer, auftaucht.

Wenn so ein Problem auftauchen sollte, Gott sei Dank, bei den Blauen gibt es keine Probleme Herr Bürgermeister. Aber bei jenen, wo es Probleme gegeben hat, gibt es derzeit keine Prüfungskompetenz, sondern es kann nur der Rechnungshof per Gutachtungsprüfung über die Landesregierung beauftragt werden. Das ist zwar schon ein Weg, aber noch lange nicht der, den wir wollen. Wir wollen auch als Abgeordnete über die Probleme, die in einer Gemeinde durch den Rechnungshof geprüft werden, im Kontrollausschuss debattieren. Wir wollen als gesetzgebende Körperschaft des Landes selbstverständlich auch die richtigen Weichen ziehen, und deswegen ist es wichtig, dass der Landesrechnungshof diese Prüfungen durchführt.

Ich glaube, dass wir inhaltlich alle miteinander hier die gleiche Meinung vertreten. Wichtig wäre jetzt, dass wir auch die Beschleunigung dieses Verfahrens in Wien erreichen. Deswegen ersuche ich wirklich ganz dringend auch im Hinblick darauf, dass der Rechnungshofdirektor hier sitzt, bitte unterstützen Sie diesen Antrag, dass wir es umsetzen, dass der Rechnungshof die Initiativprüfung machen kann. Dass wir, wenn wir in einer Gemeinde ein Problem erkennen, über unseren Rechnungshof kontrollierend eingreifen können. Kontrolle ist auch Hilfestellung und was für die Ämter im Haus gilt, was für die Betriebe des Landes gilt, sollte auch für die Gemeinden oder für ausgelagerte Betriebe der Gemeinde Gültigkeit haben. Ich bitte um Ihre Unterstützung! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke! Nächster Redner zur Dringlichkeit ist Herr Präsident Bernhofer.

Abg. Präsident Bernhofer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anwesenheit des Herrn Rechnungshofdirektors hat natürlich nichts unmittelbar mit der Dringlichkeit zu tun, wenn ich das vorausschicken darf. Es geht hier ja um ein sehr umfassendes Kapitel. Der heutige Antrag ist ja im Grunde genommen nur ein Teil der Gesamtdiskussion, die auf Bundesebene auch stark geführt wird und wo sich auch der Bundesrechnungshof vermehrt und stärker in die Prüfungstätigkeit in Richtung Länder und vor allem in Richtung Gemeinden einbringen möchte. Das heißt, auf Bundesebene sind ja die Neuregelungen im Gange, nicht unbedingt zur besonderen Freude der Länder und Gemeinden und auch nicht unbedingt nur zur besonderen Freude der Landesrechnungshöfe.

Der hier vorgebrachte Antrag – wobei es jetzt um die Dringlichkeit geht – birgt natürlich insgesamt auch die Gefahren, dass durch eine Ausweitung der Prüfungsaufträge es insgesamt auch zu einer Personalaufstockung in allen Rechnungshöfen kommen könnte und eine Sorge, die wir alle teilen und die ich durchaus auch als Altbürgermeister teile, dass unsere ohnehin schon viel geprüften Gemeinden aller Größenordnungen, wobei das im Besonderen in

unseren kleineren und mittleren Gemeinden sehr schwierig ist, weil wir dort erfreulicher Weise sehr kleine und effektive Gemeindeverwaltungen haben, die natürlich jede Prüfung zusätzlich belastet. Wir fürchten, dass es also doch durch mehr Prüfungen auch zu einer Mehrbelastung dieser Gemeindeverwaltungen kommen könnte und wir können daher der Dringlichkeit heute nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Kollegen Erich Rippl das Wort.

Abg. **Rippl:** Verehrte Präsidentin, verehrte Kollegen, Kolleginnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Zum Antrag Erweiterung der Prüfrechte des Landesrechnungshofs für Gemeinden und Gemeindeverbände. Ja, Überprüfung und Kontrolle sind richtig und wichtiger als je zuvor, da sind wir uns ja einig. Stiftungen, Fonds, Unternehmen der Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohner wurden ja durch den Rechnungshof überprüft in den letzten zehn Jahren, über 60 Gemeinden auf Weisung der Landesregierungsmitglieder. Weiters wird auch jede Gemeinde mindestens zweimal im Jahr von der Bezirkshauptmannschaft im Zuge der Abschlussprüfung auch überprüft. Ob in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Rechnungshof zur Verbesserung der Situation beitragen kann, lässt sich hinterfragen, da die Gemeindefereuten und besonders die Direktion für Inneres und Kommunales maßgeblich bei der Umsetzung von Projekten beigezogen werden. (Der Erste Präsident übernimmt den Vorsitz.) Der Landesrechnungshof sieht das natürlich etwas anders und würde auf eine andere Art und Weise prüfen. Das ist auch gut so.

In Zukunft wird man – und soll man sich auch nicht entziehen – Gemeindeverbände und Gemeinden unter 20.000 Einwohner prüfen, es ist aber so, dass zur Zeit auch auf Bundesebene viele Reformen in der Umsetzungsphase sind und es liegt ja bereits ein Entwurf vom Verfassungsdienst zur Kontrolle der Gemeinden durch Rechnungshof und Landesrechnungshof vor. Das Bundesverfassungsgesetz, das Rechnungshofsgesetz, Verfassungsgerichtshofgesetz und das Verwaltungsgerichtshofgesetz gehören geändert. Im Entwurf sind – im Artikel 127 a bis c – Änderungen zum Beispiel Senkung des Grenzwertes, Gebarung von Kleinstgemeinden und Gemeindeverbänden, aber was meines Erachtens auch wichtig ist, die Vermeidung von Doppelprüfungen und vieles mehr enthalten. Wichtig ist, glaube ich, die Kompetenzen des Bundesrechnungshofes und des Landesrechnungshofes müssen hier abgestimmt werden und hier gehört eine ganz klare Abgrenzung zwischen den Rechnungshöfen von Bund und Land. Es soll und muss hier ein Kompromiss hergestellt werden. Meines Erachtens sollen Gemeinden in Oberösterreich vom Landesrechnungshof überprüft und kontrolliert werden. Viele Diskussionen werden in diese Richtung zur Zeit geführt. Derzeit sehe ich daher keinen dringlichen Handlungsbedarf, darum werden wir von der SPÖ-Fraktion der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben. Denn dieser Prozess soll nicht durch vorschnelle Beschlüsse beeinträchtigt werden. Danke! (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Ausweitung der Prüfrechte des Rechnungshofes ist sicherlich ein Thema das man ernst nehmen muss. Wir Grüne haben auch im Parlament entsprechende Initiativen gesetzt und es ist ja genau diese Ausweitung der Prüfrechte jetzt auch Verhandlungsgegenstand im Parlament. Die Gemeindeautonomie ist in der Verfassung sehr stark ausgestattet worden, und wenn es eine Prüfungskompetenz geben soll, bedeutet dies, dass es einer Verfassungsänderung bedarf, und dass auch die entsprechenden Mehrheiten dann notwendig sind. Es geht konkret um den Paragraph 119a, wo ja den Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung, nur denen gestattet ist, entsprechende Kontrolle auszuüben.

Jetzt komme ich gleich zum Inhaltlichen. Ich glaube, dass es eine Kombination der Kompetenzen des Bundesrechnungshofes und des Landesrechnungshofes braucht. Ich glaube, dass diese auch sehr gut vereinbar sind. Ich spreche mich dafür aus, dass die Prüfungskompetenz des Bundesrechnungshofes bis auf Gemeinden bis 10.000 Einwohner herunter gehen soll. Ich glaube auch, dass der Bundesrechnungshof Unternehmen kontrollieren soll können, wo der Staat mehr als 25 Prozent hält, und nicht wie jetzt die 50 Prozent, dass es auch die Möglichkeit gibt, die Direktförderungen der EU entsprechend zu kontrollieren, und ich glaube auch, dass es so etwas geben soll wie einen Bundesländervergleich, was die Gemeinden betrifft. Ich habe diesbezüglich auch ein Gespräch mit dem Rechnungshofpräsidenten Dr. Moser gehabt und habe das ihm auch so mitgeteilt.

Und was den Landesrechnungshof betrifft, bin ich absolut dafür, dass die Kompetenzen ausgeweitet werden. Ich glaube, dass es eine selbständige Prüfungskompetenz geben soll, was die Gemeinden betrifft, von 20.000 Einwohnern abwärts. Wir haben ja auch ein entsprechendes Gespräch mit Direktor Brückner diesbezüglich geführt, und ich glaube, dass das deswegen wichtig ist, weil der Landesrechnungshof einfach näher bei den oberösterreichischen Gemeinden ist, und hier nicht alles gleich ist, wenn man das über das Bundesgebiet sich anschaut, was die Gemeindefinanzen betrifft. Und dass wir in der jüngsten Geschichte Oberösterreichs Fälle haben, wo wir uns wahrscheinlich so eine Kompetenz gewünscht hätten, möchte ich erwähnen. Ich sage Stichwort Pasching, ich sage auch dazu Ansfelden, ich glaube, dass die Stadt Ansfelden ein klassisches Beispiel ist, dass hier der Landesrechnungshof entsprechende Kompetenzen erhalten soll. Ansfelden ist eine der finanzkräftigsten Gemeinden Oberösterreichs und hat die Situation, dass das Budget völlig aus dem Ruder gelaufen ist, und dass in allen Bereichen eigentlich die Stadt Ansfelden über ihre Verhältnisse gelebt hat, von den Repräsentationskosten des Bürgermeisters von 140.000 Euro im Jahr, bis zu den Ausgaben, die nicht belegt sind, also ich glaube, da ist es wirklich notwendig, dass wir hier entsprechend Kontrolle ausbauen, und ich glaube auch, dass es im Interesse der Gemeinden ist, dieses zu tun, insbesondere deswegen auch, weil wir in Oberösterreich einen unabhängigen und starken und qualifiziert arbeitenden Rechnungshof haben, und deswegen unterstütze ich auch inhaltlich diesen Antrag.

Warum wir keine Dringlichkeit hergeben, hängt damit zusammen, dass wir nicht einfach die Kompetenzen, die in Diskussion sind auf Bundesebene, was den Bundesrechnungshof betrifft, einfach ausklammern können und ignorieren können. Ich gehe auch davon aus, und das ist auch die Rückmeldung, die ich von unserer Bundespartei habe, dass die Landtage ermächtigt werden sollen, entsprechende Kompetenzen den Landesrechnungshöfen zu geben. Also, ich gehe davon aus, dass diese Kompetenz die Landesrechnungshöfe bekommen werden. Ich habe diesbezüglich auch mit den Vertretern im Parlament Kontakt aufgenommen, so wie wir das auch ausgemacht haben in unserem Gespräch mit Direktor Brückner. Möchte aber noch dazu sagen, dass ich auch ein Stück es unverständlich finde, dass ein Entschließungsantrag, der im Parlament auf unsere Initiative hin von vier Fraktionen eingebracht worden ist, nämlich von SPÖ, ÖVP, BZÖ und Grünen, wo es ganz klar darum geht, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, eine Neuordnung der Kompetenzen für die Gebarungsprüfung von Gemeinden zu erarbeiten, also konkret Erarbeitung eines Gesamtprüfungskonzeptes um die Gebarungsprüfungskompetenzen der jeweiligen Prüfeinrichtungen aufeinander abzustimmen, dass genau der Antrag von der FPÖ nicht unterzeichnet worden ist, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Das ist Aufgabe des Parlaments und nicht der Regierung!") wo ich glaube, dass das doch ein Stück, wenn ich es in der Fußballdiktion sagen darf, nachdem morgen die WM beginnt, ein Abstauberantrag ist. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 164/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist, und weise die Beilage 164/2010 dem Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, tragen die Unterzeichner der Beilage 165/2010 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 165/2010 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Senkung der Familienbeihilfe für Bürger aus dem EU- bzw. EWR-Raum. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 165/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Alexander Nerat.

Abg. Nerat: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie! Zuallererst stellt sich ja fast die Frage, mir zumindest persönlich, warum soll ich mich jetzt mit diesem Thema noch beschäftigen, nachdem ich heute bereits um Mitternacht in den Oö. Nachrichten lesen durfte, dass ja der Herr Klubobmann Stelzer mittlerweile über das Gewicht entscheidet, und die FPÖ ohnehin mit allem abblitzen wird, was sie heute einbringt. Über dieses Demokratieverständnis lässt sich natürlich trefflich streiten, Onlineausgabe der Oö. Nachrichten, zum Präzisieren.

Trotzdem möchte ich schon etwas genauer darauf eingehen, um was es hierbei geht. Der Antrag liegt ja den Fraktionen vor, und es bezieht sich so schön auf die Senkung der Familienbeihilfe, hierbei muss ich allerdings zugeben, richtiger wäre es, von einer Anpassung der Familienbeihilfe zu sprechen. Die Krux an der Geschichte ist eine ganz einfache, Tatsache ist, dass wir in Europa natürlich einen sehr unterschiedlichen Index der Kaufkraft haben. Das liegt auf der Hand, dass das Leben natürlich in einem Staat wie der Slowakei, oder um hier ein Extrembeispiel zu nennen, in Bulgarien um 30 bis 55 Prozent günstiger kommt. Darin sehen wir natürlich mit der Ausgleichszahlung eine Ungleichbehandlung, denn 100 Euro in Österreich stellen natürlich einen anderen Wert dar, als 100 Euro in Bulgarien. Und diese Ungleichbehandlung ist unserer Meinung nach so rasch wie möglich zu beseitigen. Auch Staatssekretär Lopatka hat dies bereits ins Treffen geführt, es ist ein Vorschlag, der unserer Meinung nach ein richtiger Vorschlag ist, das Einsparungspotenzial ist jährlich zwischen 10 und 15 Millionen Euro anzusetzen, auch wenn man berücksichtigt, dass es unter Umständen zu einer Erhöhung kommen muss, wenn die Kaufkraft des Landes, oder der Kaufkraftindex des Landes, wo die Unterstützung hin gezahlt wird, höher ist als in Österreich. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu unserem Vorschlag, es ist ein Schritt in die richtige Richtung, es ist ein Schritt zur Gleichheit und Fairness und es ist natürlich auch ein schönes Einsparungspotenzial, und derzeit sprechen wir ja gerne und oft über das Thema Geld. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Langer-Weninger.

Abg. Langer-Weninger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer auf der Galerie! Grundsätzlich sehen wir das natürlich als positiven Ansatz, wenn man sagt, Sozialleistungen, die Gerechtigkeit von Sozialleistungen zu hinterfragen. In dem Fall hier geht es um Familienleistungen. In Ihrem Antrag aber, wo es um die Senkung der Familienbeihilfe für Bürger aus dem EU- bzw. EWR-Raum geht, sind für uns noch einige Fragen offen und noch einige Fragen hier zu diskutieren. Das Beispiel der Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenshaltungskosten ist selbstverständlich ein sinnvoller und ver-

ständlicher Ansatz, aber in gewissen Fällen käme es natürlich auch zu einer Erhöhung der Familienbeihilfe. Wenn man zum Beispiel an Länder denkt wie die Schweiz, wo man ein Plus von 26 Prozent hätte, oder zum Beispiel auch in Norwegen. Die generelle Senkung der Familienbeihilfe für Kinder im EU-Raum oder im EWR-Raum löst zudem Diskussionen über die europarechtliche Zulässigkeit dieser Regelung aus. Hier brauchen wir in erster Linie einmal Rechtssicherheit und entsprechende Informationen. Wir sind natürlich bereit, wie schon erwähnt, darüber zu diskutieren. Wir sind für ein durchlässiges System, für ein gerechtes System, für ein transparentes System. Die Familien sind der Grundstein unserer Gesellschaft, und in dieser Form sollen sie auch fair, in dieser Form sollen sie auch gerecht unterstützt werden. Und um hier alle rechtlichen Fragen abzuklären und um entsprechende Informationen zu bekommen und um die entsprechenden Zahlen auf den Tisch zu bekommen, wäre es hier sinnvoll Experten zu Rate zu ziehen, sich an einen Tisch zusammen zu setzen, darüber zu diskutieren: Wir sind gerne bereit, dieses Thema in einem Ausschuss zu diskutieren, dafür geben wir natürlich gerne unser Einverständnis, aber diesem Antrag können wir in dieser Form nicht zustimmen und werden ihm heute die Dringlichkeit nicht zuweisen. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: zu Wort gemeldet ist Kollege Makor!

Abg. **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorab gleich berichten, dass wir weder der Dringlichkeit noch der Substanz dieses Antrags wesentlich näher treten werden und näher treten werden können. Lieber Kollege Nerat, vielleicht liegt es daran, dass du heute Nacht um Mitternacht noch Internet gesurft hast, dass die Argumentation für diesen Antrag nicht ganz ausgeschlafen ist. Es ist nämlich in der Tat so, dass es mehr rechtliche Fragen gibt, die offen sind, und die in Wirklichkeit sehr, sehr fraglich sind, ob sie dem EU-Recht entsprechen, nämlich die Reduzierung der ins EWR-Ausland zu überweisenden österreichischen Familienbeihilfen und sich daran zu orientieren an den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnstaates, wäre aus unserer Sicht und auch aus Sicht von Juristen des Sozialministeriums laut derzeitiger Gesetzeslage ein klarer Verstoß gegen das Unionsrecht. Warum? Weil in Artikel 7 der Verordnung der Europäischen Union, nämlich der Verordnung 883/2004 ausdrücklich vorgesehen ist, dass Geldleistungen nach der Verordnung nicht gekürzt werden dürfen, wenn der Berechtigte in einem Mitgliedsstaat wohnt. Das glaube ich lässt an Deutlichkeit wenig über, und im Artikel 65 dieser Verordnung steht, dass der Anspruch auf Familienleistungen für Angehörige, die in einem anderen Mitgliedsstaat wohnen, nach den Rechtsvorschriften des jeweils zuständigen Mitgliedsstaats besteht, so auszuführen sind, als ob die Familienangehörigen in diesem Staat wohnen würden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus diesem Grund kürzt auch kein anderes Mitgliedsland Familienleistungen, die ins Ausland überwiesen werden. Sollte Österreich tatsächlich diese Vorgangsweise wählen, so würde uns mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch ein Vertragsverletzungsverfahren ins Haus stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich unterstelle es einfach, die Substanz dieses Antrags nach, der im Grunde auch eine Bundeskompetenz ist, geht es im Wesentlichen offensichtlich nicht um die Sache, sondern darum, ein weiteres Mal klar und deutlich auf den Tisch zu legen, wie man ausländischen Mitbürgern, die hier bei uns legal sind, ordentlich arbeiten, irgendwas wegnehmen kann. Wir leben, meine sehr verehrten Damen und Herren, im vereinten Europa, wir haben die Verträge unterschrieben, wir haben eine Volksabstimmung abgeführt, wir sollten das zur Kenntnis nehmen, dass wir der Europäischen Union beigetreten sind. Ich darf im Übrigen informieren, dass es 260.000 Österreicherinnen und Österreicher gibt, die im Ausland arbeiten und dort Familienbeihilfe in Anspruch nehmen. Und ich denke mir, dass all jenen, die innerhalb Europas wohnen und hier bei uns arbeiten, legal

arbeiten, den Anspruch haben, der auch ausgezahlt werden soll, ich finde, das ist fair, und ich finde, das ist gerecht. Danke sehr. (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Werter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Ja, der Antrag, wie ist der zu verstehen? Da kommt jemand aus der EU oder aus dem EWR-Raum und arbeitet hier bei uns in Österreich, und dieser jemand oder diese hat auch Familie und somit auch Anspruch auf Familienbeihilfe. Weil natürlich durch die Aufnahme der Arbeit jetzt der Wohnsitz in Österreich ist und somit auch der Lebensmittelpunkt. Dieser Antrag zielt nun darauf hinaus, dass die Höhe der Familienbeihilfe nach den Lebenshaltungskosten dieses Landes zu bemessen ist, in dem das Kind tatsächlich lebt. Ja, zuerst ist sicher einmal zu prüfen, ob der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin überhaupt unterhaltspflichtig ist, das ist ja wahrscheinlich noch kein Problem, muss ja auch gemacht werden, aber dann muss auch geprüft werden, wie hoch sind die tatsächlichen Lebenshaltungskosten in diesem Land, in dem das Kind lebt. Denn daran soll sich ja auch die Höhe der Familienbeihilfe messen. Dann müsste auch vielleicht noch geprüft werden, lebt jetzt das Kind in einer billigen oder in einer etwas teureren Stadt, weil wenn wir zum Beispiel an Deutschland denken, so sind ja hier die Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Landesteilen doch auch sehr unterschiedlich. Ja, wonach richtet man sich dann? Und ich frage mich dann schon, liebe FPÖ, Sie reden immer sehr von Verwaltungsvereinfachung, von Verkleinerung der Verwaltungsapparate, aber hier würde ein enorm zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstehen, eine künstliche Aufblähung würde diese Auffassung, würde das bedeuten. Und es ist ja auch noch zu bedenken, dass es auch durchaus Länder gibt wie Luxemburg, Finnland oder Schweden, wo ja die Lebenshaltungskosten erheblich höher sind als bei uns in Österreich. Und das stellt auch das Einsparungspotenzial dieser gewünschten Maßnahme sehr in Frage.

Was auch mein Vorredner schon gesagt hat. Wie schaut aus es aus mit der Europarechtskonformität? Wie ist das machbar, dass das eine diskriminierungsfreie Regelung sein wird? Es sind alle Unionsbürgerinnen und -bürger und alle EWR-Bürger und -bürgerinnen gegenüber den Inländern und Inländerinnen gleich zu behandeln. Und wenn es auch eine diskriminierungsfreie Regelung wäre, dann ist immer noch fraglich, ob das bedeutet, dass es auch europarechtskonform ist.

Und ein nächstes Argument. Alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zahlen in Österreich in den Familienlastenausgleichfonds ein, auch diese Bürger und Bürgerinnen, die ihre Kinder nicht in Österreich dabei haben. Nun sind die derzeit schon etwas benachteiligt. Sie kriegen nämlich, die Kinder kriegen keine Schulbücher, keine Schülerinnenfreifahrt und auch kein Kinderbetreuungsgeld, obwohl sie durchaus die gleichen Beiträge leisten, wie alle anderen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Und ich bin mir sicher, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten jedermann und jede Frau froh ist, wenn sie einen Job haben, wenn sie Arbeit finden, und ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand seinen Arbeitsort danach aussucht, wie hoch hier in diesem Land die Familienbeihilfe ist. Wir leben in einem vereinten Europa, und das ist auch gut so. Die EU bemüht sich um die Harmonisierung der Binnenmärkte, und es ist durchaus lächerlich, hier das zu unterwandern und hier zu differenzieren. Ich sehe auch im Migrationsbereich großen Handlungsbedarf in Österreich und auch bei uns in Oberösterreich. Aber so geht es auf keinen Fall. Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag, dieser Dringlichkeit heute zustimmen, aber damit dieser Antrag möglichst schnell weg ist, denn das ist aus meiner Sicht und aus unserer Sicht eine billige Anti-Ausländer-Politik, und sicherlich kein konstruktiver Beitrag, wie man staatliche Ausgaben senken kann. (Beifall)

Erster Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 165/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und weise die Beilage 165/2010 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorbereitung zu.

Wie der Herr Schriftführer ebenfalls angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 166/2010 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorbereitung zuzuweisen. Bei der Beilage 166/2010 handelt es sich um einen Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Durchsetzung eines Burka-Verbots in Österreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 166/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Frau Dr. Brigitte Povysil das Wort erteilen.

Abg. **Dr. Povysil:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher! Beachten Sie die Selbstverständlichkeit, ich trete hier heraus vor Sie, zeige Ihnen mein Gesicht, äußere meine Meinung, ich habe eine Stimme. Die erste Rednerin im österreichischen Parlament war Adelheid Popp, eine Sozialistin, vor 91 Jahren, 1919. Ab diesem Zeitpunkt hatten wir Frauen übrigens auch das Wahlrecht. Ich habe eine Stimme und ich habe ein Gesicht, ich kann öffentlich meine Meinung äußern, ich kann mich zeigen, ich muss mich nicht fürchten, niemand kann mir das verbieten. Ich durfte studieren und darf als Ärztin arbeiten, auch meine Patienten wollen mich sehen. 1754 hat Dorothea Erxleben als erste Frau im deutschen Sprachraum promoviert, also vor 255 Jahren. Frauenrechte wurden durch Jahrhunderte hart erkämpft und sind Bestandteil unserer Lebenskultur. 1963 war die erste Frau im All, 2010 hat die erste Frau alle Achttausender der Welt bestiegen. Beide konnten sich natürlich, sonst hätten sie das auch nicht machen können, frei bewegen. Wir Frauen haben viel erreicht.

Szenenwechsel, ein oberösterreichisches Krankenhaus: Sie sehen eine junge Frau im Wartebereich sitzen, ein Kind im Arm und um die Wartezeit zu verkürzen, liest sie dem Kind etwas vor - ihr gegenüber ein unsichtbarer Mensch, dunkel von Kopf bis Fuß, mit einem Gitter vor dem Gesicht. Die Jause, die mitgenommen wurde, die gegessen werden möchte, muss mühsam unter dem Vollschleier zum Mund geführt werden - es fällt schwer. Das Kind, das im Arm gehalten wird, sieht seine Mutter nicht. Das Bewegen im vollen Wartebereich ist schwer und stark eingeschränkt durch mangelnde Sicht, fast unmöglich.

Jetzt frage ich Sie: Warum ist diese Frau unsichtbar? Weil sie unsichtbar sein muss, weil es ihr aus fundamentalistischen, gesellschaftlichen Regeln vorgeschrieben wird. Sie hat kein Gesicht, sie hat keine Wahl. Gleichberechtigung ist in unserer Verfassung niedergeschrieben. Frauenrechte sind bei uns hart erkämpft. Wahlfreiheit ist ein zutiefst freiheitliches Grundprinzip. Ich appelliere an Sie, geben Sie allen Frauen, die in unserem Land leben ein Gesicht. Das entspricht unserer Verfassung, das entspricht unserer Lebenskultur, das erfordert aber auch Mut von Ihnen, aber auch von den Frauen, die diesen Schritt tun müssen, um sich zu zeigen. Helfen Sie ihnen diesen Schritt zu tun, das können sie nicht allein, dazu braucht es eine gesetzliche Regelung wie sie auch schon in anderen europäischen Ländern existiert, ein Verbot, ein Verbot des Zeichens der öffentlichen Nichtachtung und – entrechtung, ein Verbot der Burka.

Und dieses Burka-Verbot hat in der Zwischenzeit einen breiten parteipolitischen Konsens, die sozialdemokratische Frauenministerin ist dafür, die Wiener ÖVP-Chefin ist dafür, der Herr Bundeskanzler ist dafür, Bischöfe sind dafür und sogar liberale Muslime. Es ist nicht zum Lachen wie man mit Frauen in unserem Land umgeht, in diesem Land. Und die Vorarlberger Grünen bezeichnen diese Burka sogar als "Frauengefängnis". In unserem Land sollen alle Frauen Wahlfreiheit und Gleichberechtigung haben. In diesem Österreich dürfen alle Frauen sichtbar sein. (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Buchmayr.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, werte Gäste oben auf der Galerie! Ja, die Debatte um ein rigoroses Verbot der Burka verfolgt uns ja zumindest medial schon seit einiger Zeit ziemlich massiv. Und die Grünen, und das ist ja soweit bekannt, werden einem rigorosen Burka-Verbot in Österreich nicht zustimmen. Wir werden auch die Dringlichkeit nicht annehmen heute. Um diesen Antrag aber trotzdem oder diesem Thema die Möglichkeit zu geben, dass wir im Ausschuss dann noch einmal wirklich breiter und tiefgründiger diskutieren, denn offensichtlich gibt es ja doch einen sehr großen Diskussionsbedarf, dem wollen wir uns natürlich nicht verschließen.

Vielleicht können wir ja damit auch zu einer etwas differenzierten Betrachtung dieser Thematik beitragen. Grundsätzlich ist es aber doch so, dass diese Forderung der FPÖ, hauptsächlich immer aus Kreisen der FPÖ oder des BZÖs in Oberösterreich, jetzt nicht so wesentlich, dass dieses Verbot gänzlich aber auch völlig gänzlich an der eigentlichen Thematik vorbei geht. Wenn wir nämlich davon sprechen, dass wir den Frauen, die in der islamischen Welt womöglich unterdrückt sind und eine andere Stellung haben als Frauen in der so genannten westlichen Welt, dann müssen wir diese Diskussion aber gänzlich anders, wesentlich sensibler und auch tiefgreifender führen und nicht so auf diese Art und Weise.

Da könnten wir zum Beispiel einmal über Projekte sprechen, wie wir die Jüngsten der Zuwanderer, Zuwanderinnen, die Kinder, bereits spielerisch die Bedeutung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern beibringen, dass sie lernen was es bedeutet, wenn Frauen und Männer gleichgestellt sind, dass sich Frauen niemals in Abhängigkeiten begeben dürfen, in finanzielle Abhängigkeiten oder sonst in welche Abhängigkeiten, dass Selbstbestimmung das höchste Gut ist, das Frauen und Männer haben können, und dass Frauen immer und überall dieselben Rechte haben müssen wie Männer. Ich denke mir, das sind wichtige Themen, die schon den Jüngsten beigebracht werden müssen. Damit würden sich dann viele Diskussionen, die dann in einer Forderung wie Burka-Verbot womöglich enden, sich dadurch von selbst erledigen.

Ganz nebenbei, das würde ja österreichischen Kindern auch nicht schaden, diese sozialisierten, traditionellen Muster in den Köpfen etwas aufzulösen. Ja weitergehend wären natürlich, da sind wir uns ja alle einig, auch Sprachkurse von größter Bedeutung gerade für Frauen, die womöglich in einer Isolation leben hier in Österreich, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, überhaupt nicht hinauskommen und dadurch sich auch in der österreichischen Gesellschaft nicht integrieren können, also diesen Frauen tatsächlich aktiv dazu verhelfen, sich integrieren zu können. Das sind schon wirklich gute und gangbare Schritte und über so etwas sollten wir diskutieren und nicht wie schon gesagt, das Verbot der Burka. Das wären alles Möglichkeiten.

Ja, die FPÖ beweist mit diesem Antrag wieder einmal, dass es ihr ja eigentlich darum geht andere Kulturen zu diffamieren und den Menschen mit Migrationshintergrund (Zwischenruf

Abg. Dr. Povysil: "Aber geh, das glaubt ja eh schon keiner mehr!") hier bei uns größtmöglich zu schikanieren. Es geht ja tatsächlich, wir wissen ja alle, dass die Probleme der Integration ganz woanders liegen und um die müssen wir uns kümmern, Ausbildung, Schule zum Beispiel, auch was die Ghettoisierung in den Städten oder in den Suburbanen Räumen betrifft, dass es hier zu Problemen kommt, weil sich hier Kristallisationspunkte von Konflikten ergeben, gerade auch was die Frauen betrifft. Da müssen wir hinschauen und nicht so zu solchen Stellvertreterdiskussionen wie das Burka-Verbot.

Es ist wichtig, dass wir die Frauen mit Migrationshintergrund aus der Isolation holen, wenn sie in dieser sind. Das ist völlig klar Deutsch zu lernen, um sich in der österreichischen Gesellschaft auch tatsächlich einbringen zu können und auch aus dem patriarchalischen System zu kommen und dadurch auch ein Maß an Selbstbestimmung zu bekommen. Das sind tatsächlich die wesentlichen Punkte, wenn wir uns dieser Frage nähern. Und ich denke, das ist auch wichtig, sich dieser Frage zu nähern. Aber die Frauen, die betroffen sind, die tatsächlich hier bei uns in Österreich eine Burka tragen, denen nun diese Burka hier so rigoros wegzunehmen, das wäre tatsächlich ja verkehrt, weil man muss sich ja vorstellen was das für die betroffenen Frauen tatsächlich bedeuten würde. Das können wir uns, die wir hier aufgewachsen sind, wir dieses westliche Denken haben, natürlich sehr, sehr schwer vorstellen, aber man muss es trotzdem versuchen, denke ich, für diese Frauen wäre das Wegnehmen der Burka eine tatsächliche Demütigung. Die würden sich ja dann überhaupt nicht mehr raus trauen und vielleicht auch tatsächlich nicht mehr hinaus dürfen.

Und ich denke, das müssen wir (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Da können Sie sie ja unterstützen. Da brauchen sie die Unterstützung!") tatsächlich, aber das würden wir mit dem Burka-Verbot genau nicht erreichen, Frau Kollegin. Sie sollten sich vielleicht einmal tatsächlich ernsthaft mit den Fragen der Integration und vor allem mit den frauenpolitischen Fragen befassen, ernsthaft. Das ist nämlich etwas, was grundsätzlich hier zur Frage gestellt werden muss, dass sich die FPÖ immer das frauenpolitische Alibimäntelchen umhängt, wenn es darum geht wieder einmal xenophob zu agieren. Wir könnten uns tatsächlich ernsthafte Gedanken machen.

Ich würde mich freuen, wenn wir tatsächlich ernsthaft einmal frauenpolitisch hier herinnen diskutieren würden, wie wir die Frauen mit Migrationshintergrund tatsächlich am Arbeitsmarkt integrieren könnten, wie wir ihnen vielleicht tatsächlich ein eigenständiges Aufenthaltsrecht geben könnten, wie wir sie aus dieser Abhängigkeit herausholen könnten, dass sie hier in Österreich tatsächlich auch Fuß fassen. Ja Herr Dritter Landtagspräsident, es geht tatsächlich hier um frauenpolitische Ansätze und nicht um Stellvertreterdiskussionen wie ich schon gesagt habe. Auch ein Nest International lehnt ein Burka-Verbot ab, aber wie gesagt, ich will jetzt die Zeit nicht länger strapazieren, wir werden sicher im Ausschuss noch weiter diskutieren. (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Dr. Manhal.

Abg. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ich lebe seit 33 Jahren in Linz, aber ich bin noch nie einer Frau mit einer Burka begegnet, weder in einen Wartezimmer oder sonst wo. Und ich bin mir sicher, dass ich nicht die einzige unter den hier Anwesenden bin. Kein Wunder, gibt es doch laut Medienberichten abhängig vom jeweiligen Medium nur zwischen 150 bis 250 Burka-Trägerinnen österreichweit.

Für die Dringlichkeit des von der FPÖ eingebrachten Initiativantrages gibt es weder einen konkreten Anlass noch eine dringliche Ursache, weshalb wir heute vollkommen überhastet die vorliegende Resolution beschließen sollten. Ich sage es gleich vorweg, die ÖVP-Fraktion wird die Dringlichkeit ablehnen. Die Frage des Verbotes der Ganzkörperverschleierung ist nämlich so vielschichtig, dass sie breit diskutiert werden muss.

Alleine der vorliegende Resolutionstext wirft etliche Fragen auf. Was konkret ist etwa mit dem Begriff „Burka“ gemeint? Nur die afghanische Burka, also der Ganzkörperschleier mit einem Sichtfenster, in dem ein Gitter aus Stoff oder Rosshaar eingesetzt ist, oder auch die pakistanische Burka, bei der die Augen frei sind? Oder ist überhaupt eine weitergehende Auslegung angedacht, die auch einen so genannten Niqab umfasst. Das ist ein Gesichtsschleier, bei dem entweder die Augen frei sind oder der Schlitz für die Augen enthält? Oder ist generell das Verbot des Tragens von Hidschabs, das sind Körperbedeckungen von Frauen, die den Körper als Ganzes bedecken, intendiert?

Was versteht man unter öffentlichem Raum? Wikipedia etwa definiert öffentlichen Raum mit dem ebenerdigen Teil der Fläche einer Gebietskörperschaft öffentlichen Rechts, der der Öffentlichkeit frei zugänglich ist und von der Gebietskörperschaft bewirtschaftet und unterhalten wird. Demnach fielen unter das Burka-Verbot etwa Parks und Verkehrsflächen, nicht aber Amtsgebäude, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und Einkaufszentren. Oder ist mit öffentlichem Raum alles gemeint, was nicht privat ist? Was ist dann zum Beispiel mit dem privaten PKW, der auf einer öffentlichen Straße fährt? Bewegt man sich also im Auto fahrend im öffentlichen Raum? Ja oder nein? Falls nein und man darf in der Burka seinen PKW lenken, muss man sie ablegen wenn man aussteigt oder wie soll das konkret funktionieren?

Man sieht Fragen über Fragen. Dazu muss man sich bei diesem so sensiblen Thema jedenfalls auch eingehend mit Fragen der Religionsfreiheit, der Gleichstellung und der Säkularität auseinandersetzen. Uns ist das Thema zu wichtig, um es mit einem Schnellschuss-Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Wir wünschen uns eine seriöse Debatte im Ausschuss, bei der die aktuellen Zahlen und Fakten eingehend dargestellt und all die offenen Fragen mit Experten behandelt werden. (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann eigentlich dort nahtlos fortsetzen, wo Frau Kollegin Manhal aufgehört hat. Denn als ich mir den Antrag durchgelesen habe und die eigentliche Meinung der Freiheitlichen Partei so wie sie in den letzten Jahren immer wieder publiziert wurde und auch dargestellt wurde von ihrer Seite dazu in Erinnerung gerufen habe, dann denke ich mir, wäre das nicht sehr korrekt, wenn wir einen Antrag, der einen Begriff beinhaltet, nämlich die Burka, die ganz etwas Bestimmtes aussagt und auch ein bestimmtes Kleidungsstück einer bestimmten Bevölkerungsgruppe darstellt auf unserer Welt, hier gemeint ist. Aber wenn ich mir die freiheitlichen Meinungen in Erinnerung rufe, es ja noch wesentlich andere Kleidungsstücke auch gibt, die aber nicht als Burka bezeichnet werden. Und ich denke, wenn wir diesen Frauen wirklich etwas Gutes tun wollen und es ernst meinen, dann müssen auch wir uns dahingehend informieren was wir tatsächlich meinen und es korrekt angehen. Und ich halte diesen Antrag nicht für so korrekt, dass ich sagen könnte, wir können dem heute ungeschaut zustimmen sozusagen, sondern ich glaube und das ist dringend notwendig, dass wir, wenn wir hier über Frauen sprechen, und das meine ich jetzt ganz allgemein, wirklich klar definieren, worum geht es und worum geht es hier tatsächlich.

Es hat ja in den vergangenen Wochen einiges an Berichterstattung gegeben und möglicherweise haben Sie auch einen Profilbericht vergangenes Monat gelesen, wo ein Profiljournalist versucht hat, das Leben einer Burka-Trägerin auch nachzuvollziehen im alltäglichen Leben, in der er versucht hat, eine Burka in Österreich zu bekommen, das sich dann als größtes Hindernis herausgestellt hat, weil das gar nicht käuflich erwerbbar war in Österreich. Auf der zweiten Seite ja so verschiedene Alltagssituationen wie zum Beispiel sich eine Wohnung anzumieten oder bei einem Blumensteckkurs mit dabei zu sein, tagtägliche Situationen, die Frauen erleben, sich hiermit auch auseinandersetzen hat und auch seine Rückschlüsse daraus geschlossen hat.

Und ich glaube, es wäre nicht fair von unserer Seite, wenn wir diesen Frauen generell sagen wie sie das empfinden müssten. Wir leben in einem Weltbild, und ich sage das jetzt ganz bewusst dazu, weil ich mir gerne meine Kinderfotos anschau, ich bin aufgewachsen mit einem Kopftuch auf dem Lande. Das ist also Realität und ich kann Ihnen viele meiner Kinderfotos zeigen und heute fühle ich mich auch nicht mehr wohl darin. Ja, aber wenn ich mir das dann in der Realität anschau und sage, diese Frauen sind mit dieser Geschichte entsprechend auch groß geworden, dann glaube ich, haben wir damit anders umzugehen als nur ein reines Verbot auszusprechen.

Und eines Frau Kollegin Povysil, Sie haben hier einige Politikerinnen der Sozialdemokratie damals also noch der sozialistischen Regierung genannt, die sich also hier ganz klar geäußert haben. Ich würde Sie und Ihre Partei und gerade die Frauen in Ihrer Partei wirklich dazu gerne einladen, ehrlich mit uns zu diskutieren. Wir haben vieles an Anträgen (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Gerne!") eingebracht was die Gleichstellung, was die Würde der Frauen auch in Österreich, und da haben wir auch einiges an Nachholbedarf, manches haben wir ja heute schon diskutiert, wirklich betrifft, auch mitzutragen und entsprechend auch sich dafür miteinzusetzen. Ich denke, dass hier ein Stellvertreterinnenkrieg sozusagen aufgemacht wird, eine Nebenschaufront, die tatsächlich dann von den Problemen, die wir in Österreich haben und wo die Frauen noch immer nicht das gleiche bezahlt bekommen, wo sie noch immer eine gläserne Decke haben, wenn sie ihre Karriere machen möchten. Also da haben wir auch sehr viel Handlungsbedarf. Und ich möchte mich nicht mit diesem Antrag darüber hinwegschwindeln oder hinwegschwindelt wissen. (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Aber der hat ja einen ganz anderen Inhalt!") Und dazu lade ich Sie gerne ein, dass Sie also auch entsprechend mit dabei sind.

Und ich sage jetzt auch noch einen Satz abschließend dazu, weil das zum Beispiel eine Möglichkeit wäre, wo Sie ja den Herrn Landesrat darauf aufmerksam machen können, dass auch er Unterschiede macht zwischen Frauen, inländischen und ausländischen, nämlich auch dahingehend, wenn es darum geht, ob Wohnbeihilfe für Frauen zum Beispiel mit Migrationshintergrund gewährt werden darf oder nicht. Da sind ja auch schon die verschiedensten Vorstöße gekommen.

Wenn wirklich das ernst gemeint ist, die Freiheit dieser Frauen, dann ist auch der entsprechende Ansatz gegeben und würde Sie einladen, das auch mit zu überdenken. In dem Sinn gibt es für uns keine Zustimmung für eine Dringlichkeit, aber wir laden Sie gerne ein zur Diskussion darüber. (Beifall)

Erster Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 166/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordnete

ten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und weise die Beilage 166/2010 dem Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zur Vorberatung zu.

Bevor wir in der Tagesordnung weitergehen, darf ich die Schülerinnen und Schüler des Bundesrealgymnasiums Traun sehr herzlich bei uns im Landtag willkommen heißen und ihnen einen interessanten Aufenthalt wünschen.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 167/2010 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 167/2010 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend den Erhalt von Privatschulen als Angebot im Schulsystem. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 167/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Frau Mag. Silke Lackner das Wort erteilen.

Abg. Mag. Lackner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nur ein differenziertes Schulsystem ermöglicht eine Förderung der individuellen Talente. Den Eltern sollte es freistehen, welche Schule sie für ihre Kinder wählen.

Wie Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, aus den Medien entnehmen konnten, hat sich der amtsführende Präsident des Oö. Landesschulrates Fritz Enzenhofer nun öffentlich für eine Umsetzung der gemeinsamen Schule für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe Eins ausgesprochen. Dies hätte dabei unter anderem zur Folge, dass hierfür auch die Privatschulen abgeschafft werden müssten.

Laut Aussagen des Referenten der katholischen Privatschulen Oberösterreichs, Herrn Harald Prinz, werden derzeit fast 12.000 Kinder in 55 katholischen Privatschulen unterrichtet. Ein Absinken eines Lernniveaus, der steigende Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, besonders in den Ballungszentren, die damit verbundenen sinkenden Deutschkenntnisse, aber auch das Aggressionspotenzial in den Schulen, hier treten ja auch immer mehr Vorfälle ans Tageslicht, hält immer mehr Eltern davon ab, ihre Kinder eine öffentliche Schule besuchen zu lassen. Auch zahlreiche Studienergebnisse, wie die von dem deutschen Soziologen Michael Hartmann bestätigen ein zunehmendes Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Schulsystem, weil dort ein Absinken des Lernniveaus befürchtet werde. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Privatschulen sind seit jeher ein bedeutender Bestandteil des österreichischen Schulsystems. Sie ermöglichen eben die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Und werte Kolleginnen und Kollegen! Wie viele von Ihnen haben sich selbst von dem guten Ausbildungsniveau der Privatschulen überzeugt, entweder, weil Sie selbst eine Privatschule besucht haben oder weil Sie Ihren Kindern diese gute Bildung bieten können. Ich ersuche Sie daher, diesem Antrag die Dringlichkeit zu geben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. Hirz: Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren! Diese Woche ist jemand auf die Seite der Gesamtschulvertreter gewechselt, von dem ich es eigentlich nicht erwartet hätte, dass es wirklich einen sehr unerwarteten Meinungsschwenk von Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer gegeben, der sich klar und deutlich über eine echte Ge-

samtschule, wie er das nennt, ausgesprochen hat. Und er begründet den Meinungswechsel damit, dass er sagt, wir haben ein immer stärkeres Auseinanderdriften der bildungsfernen und bildungsnahen Schichten. Ich halte es wirklich für höchst erfreulich, dass erstens einmal Landesschulratspräsident Enzenhofer die Statistik anerkennt, die ja wirklich für sich spricht, aber auch gleichzeitig die richtigen Schlüsse zieht. Ich halte das wirklich für mutig. Er sagt auch, die Gesamtschule ist sinnvoll, wenn es keine Ausnahmen gibt. Ich gebe ihm in dieser Analyse absolut Recht. Das heißt für mich auch, dass es nicht ein dritter Schulzweig sein kann, also nicht eine Hauptschule, dann gibt es noch die AHS und dann führen wir sozusagen die Gesamtschule ein. Das wäre ja dann nicht die Gesamtschule.

Wo ich aber glaube, dass er in der Analyse falsch ist, ist, dass die Einführung der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen gleichzeitig bedeutet, dass es keine Privatschulen mehr geben dürfe. Die Privatschulen sind ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Schullandschaft und egal, ob es jetzt konfessionelle Träger oder freie Träger sind, ich halte nicht die Privatschulen für gefährdet bei Einführung der gemeinsamen Schule. Warum auch? Weil im Endeffekt es lediglich bedeutet, dass für die Privatschulen die gleichen Regeln gelten wie für die öffentlichen Schulen. Das heißt, es ist eine Abkehr von der Unterteilung in Hauptschule und AHS-Unterstufe. Das heißt, wir geben die frühe Selektion der Zehnjährigen auf, wie es in unserem Schulsystem momentan der Fall ist. Und die einzige Ausnahme ist die, dass natürlich der Zugang dann für alle Schüler und Schülerinnen gegeben sein muss. Das heißt, ich kann mir nicht mehr die Besten aussuchen, sondern ich muss alle nehmen, die in diese Schule gehen wollen.

Wir haben in Österreich zirka 6.000 Schulen. Ein Zehntel davon sind Privatschulen, zirka ein Zehntel der Schüler und Schülerinnen sind auch in Schulen von Privatschulen. Über die Hälfte dieser Schulen sind in kirchlicher Trägerschaft. Wenn wir uns das für Oberösterreich anschauen, dann sind das 55 katholischen Schulen mit zirka 12.000 Schülern und Schülerinnen. Jetzt haben wir 9 Prozent in den Volksschulen. Die sind einmal nicht betroffen. Dann haben wir 22 Prozent in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Die sind auch nicht betroffen. Bleiben also jene über, jene 20 Prozent, die in Privathauptschulen sind bzw. von den 49 Prozent, die in der AHS sind, ungefähr die Hälfte, wenn man die Unterstufen dazu nimmt, das ist jene Gruppe, die wirklich betroffen ist.

Und ich glaube, dass gerade die Privatschulen am wenigsten Probleme haben werden bei der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, weil ich erstens einmal weiß, dass sie von der Organisationsform her in den Hauptschulen sehr ähnlich der AHS-Unterstufen sind und ja im Großen und Ganzen wirklich eine gute Qualität bieten, vor allen Dingen auch die Nachmittagsbetreuung ist genau in den Privatschulen ein Kriterium, das immer wieder hervorgehoben werden muss, wie im Übrigen die katholischen Privatschulen schon eigentlich seit Jahrhunderten das Ganztagesmodell haben und meistens auch noch ein über den normalen Unterricht hinausgehendes gutes Förderangebot. Das heißt, dass ich davon ausgehe, dass gerade die Privatschulen hier wirklich ein ganz ganz starker Bündnispartner sein könnten bei der Einführung der gemeinsamen Schule. Wenn sie ihre Schulen öffnen für alle Schüler und Schülerinnen und wenn sie die normalen Qualitätskriterien erfüllen, die die österreichische Schule verlangt, dann können natürlich gemeinsame Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen auch Privatschulen sein.

Ich kenne Landesschulratspräsident Enzenhofer, ich glaube auch gar nicht wirklich, dass er möchte, dass die Privatschulen abgeschafft werden sollen. Ich glaube, er hat hier eher den Teufel an die Wand malen wollen. Ich glaube, dass man wirklich an dieser Stelle sagen muss, eine Einführung der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen hat nichts

mit der Abschaffung von Privatschulen zu tun. Ich gehe auch davon aus, dass eigentlich das gar nicht wirklich das Diskussionsthema derzeit ist. Ich glaube nicht, dass es Fraktionen in diesem hohen Haus gibt, die für die Abschaffung der Privatschulen sind. Ich kenne auch nicht die entsprechenden Positionierungen, was das Parlament betrifft und daher glauben wir auch nicht, dass wir heute diesen Antrag dringlich behandeln müssen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Dr. Frais das Wort.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe den Antrag zwar aus der zeitlichen Nähe zur Aussage von Herrn Präsidenten Enzenhofer irgendwo mit Verständnis verfolgen können, verstanden habe ich ihn nicht ganz, außer einen gewissen populistischen Ansatz dazu zu suchen, der meines Erachtens völlig daneben geht.

Es ist in Österreich so, dass wir ein Privatschulgesetz haben, das sehr klar und deutlich regelt, wie mit Privatschulen umzugehen ist. Wir haben zweitens eine Frage, die offen zu beantworten und anzugehen ist. Wie gut sind die öffentlichen Schulen im Verhältnis zu Privatschulen? Wie sehen wir uns im europäischen Vergleich, wenn ich an England denke oder auch an die USA, wenn ich den Sprung hinüber mache, in Frankreich mir anschau, wo tatsächlich Probleme auftauchen, nicht weil die Privatschulen so gut sind, sondern die öffentlichen Schulen tatsächlich schwächeln? Und das ist es, meine Damen und Herren, worum es geht. Die öffentlichen Schulen haben so gut als möglich zu sein und die Privatschulen werden immer nur eine Alternative dazu sein können.

Und wenn ich jetzt diesen Schritt weitergehe, dann stellt sich schon die Frage, Frau Kollegin Lackner, wenn wir alle so gute Erfahrungen gesammelt haben, dann breche ich hier heraußen eine Lanze für all diejenigen, die eine öffentliche Schule besucht haben, deren Kinder eine öffentliche Schule besucht haben und aus denen auch ordentlich ausgebildete Leute geworden sind. Reden wir mal von den neun Zehnteln und nicht von dem einen Zehntel. Ich glaube an sich, dass wir die Verpflichtung haben, für neun Zehntel tatsächlich einen Weg zu finden, dass sie die bestmögliche Ausbildung in Österreich erhalten. (Beifall)

Zweiter Punkt: Wir stehen doch letztendlich in der gesamten Diskussion davor, endlich den Weg der Sachlichkeit zu suchen. Und ich habe die Aussage von Herrn Präsident Enzenhofer, mit dem ich oft über viele Punkte gestritten habe, aber auch sehr richtig verstanden. Denn eines, meine Damen und Herren, kann es ja wohl nicht geben, dass wir hier herinnen von Privatschulen reden, wo sämtliche Lehrerkosten einschließlich des Direktors von der öffentlichen Hand bezahlt werden und dass dann diese Schulen die Probleme, die sich natürlich durch eine gemeinsame Schule ergeben, nicht durch Absonderung als eine spezifische Schule wegschieben und sich einen eigenen Raum schaffen. Öffentliche Mittel nehmen, aber nicht für die Öffentlichkeit da zu sein, das wäre ein zu einseitiger Zugang, den wir nicht teilen können. Wer der Träger einer Schule ist, dagegen haben wir überhaupt nichts einzuwenden. Aber dass jener Träger, der sich die öffentlichen Geldmittel beim Bund holt und der dann auch von den Ländern, wie ja viele Beispiele bekannt sind, für die Errichtung der Schulen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, dass er dann einen gleichen Zugang oder für die Schüler den gleichen Zugang schafft, dass sie dort ebenfalls aufgenommen werden können, muss klar sein. Es kann keine neue Selektion geben, um es so auszudrücken, die sich dann letztendlich in Privatschulen abspielt, wo wir doch jetzt die Diskussion haben mit der gemeinsamen Schule, dass diese Selektion letztendlich abgebaut werden sollte.

Aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmen wir diesem Antrag nicht zu, wenngleich wir glauben, dass es gar nicht um die Diskussion um die Abschaffung von Privatschulen geht, sondern wir wollen im Ausschuss darüber diskutieren, wer auch immer den Weg zur gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ernst nimmt, wobei die Privatschulen mit ihrem Teil, den sie inne haben, sich den gleichen Spielregeln zu unterwerfen haben wie die öffentlichen Schulen. Dann ist ein Ausgleich geschaffen, Chancengleichheit geschaffen und die Kinder werden im Wesentlichen bei gleichem Niveau, bei gleichen Standards und bei gleichen Voraussetzungen unterrichtet werden. Aus diesem Grund geben wir diesem Antrag keine Zustimmung zur Dringlichkeit, werden aber selbstverständlich bei weiteren Diskussionen in der Schulentwicklung gerne mit beraten. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Zwei wenig überraschende Sätze zum Beginn: Die ÖVP ist für die Privatschulen und die ÖVP wird der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen.

Die Privatschulen sind ein nicht nur gutes sondern sehr gutes Angebot in unserer Bildungslandschaft, sie sind beliebt, nachgefragt, ein unverzichtbarer Teil. Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler, die in Privatschulen zur Schule gehen, sind ja heute schon genannt worden und das ist auch der Grund, warum wir ja klare verfassungsrechtliche, rechtliche Grundlagen haben bis hin zum Konkordat, dass wir Privatschulen nicht nur zulassen, sondern sie auch unterstützen, fördern und entsprechend in der Entwicklung begleiten.

Und daher: Was bei uns selbstverständlich ist, das müssen wir nicht immer wieder mit einem Beschluss in diesem hohen Haus untermauern. Das ist auch der Grund, weil es der Kollege Nerat angesprochen hat, warum wir gesagt haben, wir möchten auch bei den Resolutionen aufpassen. Denn nicht die Zahl der Resolutionen, die wir, wohin auch immer, beispielsweise nach Wien schicken, wird über unsere Bedeutung entscheiden, sondern das Gewicht, das wir ihnen geben. Und wir glauben eben, dass wir diese Dinge, die vielleicht in Diskussionen, in Streit sind, unterstützen sollten und als Resolution nach Wien schicken sollten und nicht die, die selbstverständlich sind. Und daher, was selbstverständlich ist, müssen wir auch nicht immer wieder beschließen: dass das Wasser nass ist, der Himmel oben, die Erde unten oder die ÖVP für Privatschulen ist. Daher ist das also für uns klar, weil die Privatschulen auch zu einer Vielfalt, zu einer Breite und zu einer Differenziertheit in unserem System beitragen.

Zur Differenziertheit. Weil das eben so ist, dass nicht alle gleich gut in Mathematik sind, nicht jeder gut in Sprachen ist und zum Beispiel auch nicht jeder ganz gut im Zuhören oder im genau Hinschauen ist. Und das Letztere dürfte auch der Fall gewesen sein bei den Aussagen des Präsidenten Enzenhofer, wie sie manche nun verwenden, sage ich einmal wertfrei. Was er gemacht hat, das halte ich für höchst verantwortungsvoll und ich glaube, dass es auch hoch an der Zeit ist zu sagen, wer die Gesamtschule will, der soll nicht mit schleichen den Pfoten und nicht mit Kunstnamen und mit Behübschungen agieren, sondern der soll sagen: Wenn ich die Gesamtschule einführe, gibt es keine AHS-Unterstufe mehr, gibt es im Zentralraum Großschulen, wo man sich nicht mehr aussuchen kann, mit wem oder mit wem ich nicht in die Schule gehen kann. Und dann gibt es eben auch für dieses Alterssegment keine Privatschulen mehr im Sinne, wie wir sie heute haben, das haben meine Vorredner ja eindeutig unterstrichen und bestätigt. Und das sind die Bedingungen. Wir wollen, dass eine Schulentwicklung gesellschaftlich akzeptiert ist. Und wir glauben, diese Bedingungen, die eine Gesamtschule zeitigt, sind eben nicht gesellschaftlich akzeptiert. Und das sind im Übri-

gen auch die Gründe, warum zum Beispiel auch die ÖVP keine Gesamtschule will, um das auch noch einmal deutlich zu sagen.

Die Privatschulen tragen zu einer Differenziertheit bei, sie tragen dazu bei, dass wir uns weiterentwickeln können und sie sind auch im Übrigen gute Beispiele für innovative Schulentwicklung, weil gerade auch an Privatschulen sehr viele neue Schwerpunkte ausprobiert werden und weil es auch dort sehr viel Entwicklung gibt. Daher ist die ÖVP für eine Schulentwicklung, die gesellschaftlich akzeptiert ist, die wir vorantreiben, wie sie zum Beispiel auch mit den Schwerpunkten unserer Bildungslandesrätin Doris Hummer unterstützt und vor den Vorhang geholt wird. Wir sind aber dagegen, dass wir von diesen differenzierten Angeboten weggehen und nur mehr ein für alle verpflichtend gegebenes Angebot im Sinne einer Gesamtschule einführen. Daher sind wir für die Privatschulen und gegen die Dringlichkeit dieses Antrages. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 167/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und ich weise die Beilage 167/2010 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Für die Beilage 168/2010 wurde von Seiten des Herrn Schriftführers angekündigt, dass vorgeschlagen wird, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich bei dieser Beilage um einen Initiativantrag betreffend ein Modell für eine gemeinsame Schule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen in Oberösterreich. Es ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags dafür erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 168/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Oberösterreich erlebt, dass viele, eine Fraktion besonders, jahrelang gegen den Gratiskindergarten aufgetreten sind, mit ähnlichen Argumenten, da sollte man nicht vereinheitlichen, da sollte niemand vereinnahmt werden und ähnliches. Kollege Stelzer hat mich ein bisschen daran erinnert, was diese Einheitsschule betrifft ohne Vielfalt. Ich gehe davon aus, dass Österreich mit einigen Bundesländern Deutschlands ohnedies das Schlusslicht ist, was die gemeinsame Schule betrifft. Da gibt es an sich nichts, wo man nicht sagen könnte, da ist Nachholbedarf, Nachholbedarf in der Richtung, wie können wir den Kindern, den Jugendlichen und auch den Eltern manches erleichtern? Ich glaube, die Kollegin Lackner hat es heute gesagt, die Eltern müssen dann entscheiden, können besser entscheiden, meine Damen und Herren, aber es sind nicht die Eltern allein für mich, sie haben nur die Verantwortung, entscheidend ist, welche Talente, welche Veranlagung, welche sozialen Umfelderscheinungen bringt ein Kind mit, welche Mängel, welche Nachteile, wo ist zu fördern, wo ist im Grund das Bessere zu suchen dabei? Das ist unser Zugang, nicht durch eine vorzeitige Selektion Bahnen und Gleise und Wege zu begehen, von denen ein Kind, ein Jugendlicher nicht mehr weg kommt.

Wenn der Herr Präsident Enzenhofer dieses Thema angesprochen hat, dann war er eigentlich in Fortsetzung von der Frau Wissenschaftsministerin Karl, er war in Fortsetzung von Leitl, Industriellenvereinigung, also viele, die bereits beginnen, darüber intensiv nachzudenken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben diesen Antrag heute in diese Richtung gestellt, wegzukommen von einer schwarz-weiß Malerei, von den alten Hüten der Argumentation, dass das andere alles schlecht ist, sondern uns zusammensetzen mit den

Experten und zu schauen, wie ist der beste Weg für Oberösterreich herauszufinden? Nicht wiederum so: irgendjemand fährt voraus, macht eine öffentliche Ansage, ist dafür, macht dann, wie ich gesagt habe, aber im Krebsgang zwei Schritte zurück. Das kommt für uns überhaupt nicht in Frage.

Ich glaube, meine Damen und Herren, der Zug der Bildungsreform ist unaufhaltbar, es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich Oberösterreich in diesen Bildungsreformzug einklinkt. Ich ersuche Sie im Interesse der Jugendlichen, im Interesse auch der Eltern, weil man ihnen helfen würde, in der Entscheidung für ihre Kinder manches besser machen zu können, weil sich Talente zu diesem Alterszeitpunkt bereits besser herauskristallisiert haben. Dass wir nicht Verlierer produzieren, sondern dass es uns tatsächlich gelingt, mit motivierten Lehrerinnen und Lehrern, in diese wenn man so will verbesserte gemeinsame Schule zu gehen.

Wie man daneben liegen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist schon auch ein Hinweis an die ÖVP. Da hat es vor eineinhalb Jahren glaube ich, war es, vom SLÖ eine Umfrage gegeben unter den Lehrern in Oberösterreich, da haben sich so 55, 56 Prozent für die gemeinsame Schule ausgesprochen. Damals habe ich gehört, ist ja klar, wenn der SLÖ eine Befragung durchführt, dann muss ja das Ergebnis herauskommen. (Zwischenruf Abg. Mag. Baier: "Das stimmt ja auch!") Jetzt hat es, meine sehr verehrten Damen und Herren, in zwei Bezirken eine Blitzumfrage gegeben. Ein Bezirk war schon sehr fleißig und hat sie schon ausgewertet, ich gebe es Ihnen nachher, Herr Kollege. Ein Bezirk bei dem 93 Prozent der Lehrer und 81 Prozent von den Volks- und Hauptschulen sich beteiligt haben, ist mehr als repräsentativ. Es hat drei Fragen gegeben. Erste Frage war: Beibehaltung der bisherigen äußeren Differenzierung an Hauptschulen und Gymnasium? 23,2 Prozent dafür. Zweite Frage: gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen? 68,4 Prozent dafür. Dritte Frage, Trennung erst mit 12 Jahren? 6,1 Prozent dafür. Es ist ein Bezirk, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo man nicht sagen kann, dass er SPÖ-dominiert ist, sondern wo tatsächlich der CLV letztendlich den größten Einfluss dort hat. (Zwischenruf Abg. Mag. Baier: "Welche Schule?") Ein Bezirk. (Zwischenruf Abg. Mag. Baier: "Welche Schule!") Volksschulen und Hauptschulen. (Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: "Da fehlt ein Teil!") Wir können wieder alles so machen, dass wir sagen, auch das gilt nicht. Der SLÖ hat alle befragt, genau dort wäre es eigentlich das geringste Problem, ich habe es ja so dargelegt, wie die Umfrage gelautet hat, Herr Kollege. Tatsache ist, wenn praktisch 70 Prozent für die gemeinsame Schule eintreten, sollte das auch der ÖVP zu denken geben. Ich lade wirklich ein, intensiv in Diskussionen einzutreten, ich möchte aber ein offenes Signal, ich möchte nicht ein Verhungern eines Antrages in irgendwelchen Ausschüssen, sondern ich glaube, dass Oberösterreich wirklich gefordert ist, mit Experten usw. diesen neuen Weg zu gehen. Mein Einladung steht, ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Aichinger.

Abg. **Dr. Aichinger:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Klubobmann Frais! Nachdem ich mir ungefähr vorstellen kann, was mit diesem Antrag passieren wird, kann ich dir heute schon versprechen, dass wir intensiv gemeinsam über diesen Antrag diskutieren werden und versuchen werden, das Beste daraus zu machen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Einen Schritt zurück!") Vorwärts, nur mehr vorwärts. Heute ist in der Presse ein Artikel von der Redakteurin Martina Salomon, den sie betitelt: "Lasst uns Tacheles über die Neue Schule reden!" Untertitel: "Wer nicht riskieren will, dass mit der Gesamtschule ein Run auf die Privatschulen einsetzt, muss ernsthaft reformieren!" Ich glaube, diese Frau hat damit mehr begriffen, als so manche Wortspender und Gedankensplitterer, die hier im Bildungsbereich delektieren. Am Schluss nämlich, am Schluss dieses Artikels

sagt sie, denn eines ist klar, ohne Leistungsorientierung geht gar nichts, diese Wahrheit ist Politikern, Lehrern, Eltern und Schülern zumutbar. Ich glaube, das ist ein zentraler Satz bei all den Diskussionen, die wir bei der Schulentwicklung uns vergegenwärtigen müssen. In diesem Antrag wird in der Begründung von einer Studie oder Interpretation der OECD gesprochen, die diesen notwendigen Reformschritt im österreichischen Bildungssystem, nämlich die Einführung der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen fordert. Ich habe mich bemüht hier die OECD-Studien zu bekommen, die letzte ist mit 8. Juni herausgekommen, die zum diesem Thema etwas sagt, bringt ein bisschen etwas anderes, ein anderes Bild, da heißt es nämlich, Österreich verfügt über ein gut ausgebautes System zur beruflichen Bildung, es leistet einen wesentlichen Beitrag zur niedrigeren Jugendarbeitslosigkeit und es hilft jungen Erwachsenen einen vergleichsweise leichten Einstieg in das Erwerbsleben zu finden. Allerdings könnte über eine stärkere Betonung grundlegender Fähigkeiten eine solidere Basis für lebenslanges Lernen und damit für längere Erwerbszeiten gelegt werden. Ich sehe hier nichts von einer Empfehlung, die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen einzuführen, es wird darauf hingewiesen, dass die Berufsberatung eine zu verbessernde ist, es wird darauf hingewiesen, dass das 9. Schuljahr im Polytechnikum nicht gerade optimal ist, aber von einer Empfehlung für die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen habe ich nichts gefunden.

Noch einmal zum Begriff der gemeinsamen Schule oder Gesamtschule, ich stimme hier meinem Vorredner zu, er ist sicherlich ideologisch hoffnungslos überfrachtet, das erschwert manche Diskussionen. Es war ja in Wirklichkeit, gut wenn man ganz weit zurückschaut, die Idee der gemeinsamen Schule oder Gesamtschule ist ja nicht eine, die nicht erst in den letzten 10, 15 Jahren gekommen ist, im 17. Jahrhundert hat Comenius bereits von der Gesamtschule gesprochen, damals um die sozialen Unterschiede zwischen adeligen Kindern oder Arbeiterkindern oder Kindern aus einer Landwirtschaft auszugleichen, später hat Wilhelm von Humboldt als wesentlicher Schrittmacher eigentlich für einen Bildungsexperten diese Gesamtschule auch gefordert. Dann ist es später irgendwann einmal um die Jahrhundertwende, 19. oder 20. Jahrhundert ist es wieder in Deutschland gekommen. Schauen wir uns doch an, was in diesen Ländern, wo die Gesamtschule eingeführt ist, welche Strukturen und welche Probleme es wirklich gibt? Das war letztendlich ja auch der Impuls den Landesschulratspräsident Enzenhofer geben wollte, die Dinge zu Ende zu denken, sich wirklich konsequent damit auseinanderzusetzen. Wir werden es in diesem Ausschuss auch tatsächlich tun, konsequent sich damit auseinanderzusetzen und zu Ende denken. Was bedeutet es, am Beispiel von denen, wo Gesamtschule mehr oder weniger gelebt ist, wird oder wie sie sein sollte? Faktum ist, dass dieses Konzept der Gesamtschule mit der Hoffnung verknüpft war, dass die Bildungsergebnisse weniger stark von den sozialen Herkunft abhängen, diese Hoffnung hat sich aber nicht erfüllt bei der integrierten Gesamtschule. Bei der Analyse der PISA-Ergebnisse zum Beispiel ist aufgefallen, dass die Bestleistungen auf der Gesamtschule am stärksten von der sozialen Herkunft abhängen, dass ganz genau das Gegenteil von dem, was man eigentlich wollte, nämlich die sozialen Unterschiede durch die Gesamtschule auszugleichen, denen die schwächer sind, weil sie vielleicht in einem sozialen Umfeld groß werden, wo Lernen nicht so positiv befasst ist oder belegt ist, denen eine Chance zu geben, genau das Gegenteil ist gekommen. Es wäre das politische Ziel, natürlich möglichst vielen Schülern einen höheren Bildungsabschluss zu ermöglichen, das wird aber durch die Gesamtschule nicht erreicht, wesentlich ist auch noch, dass die Schulform der Gesamtschule besondere didaktische Kompetenzen und Fähigkeiten der Lehrer erfordert. Ich glaube, dass die Bildungsdiskussion der Zukunft nicht so sehr an der Oberfläche der Strukturen herumdoktern wird, sondern dass wir uns in der Tiefe unterhalten müssen, wie die Qualifikation derer ist, die Schule lebendig machen und mit Leben erfüllt, nämlich die der Lehrer. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Bevor ich in der Rednerliste fortsetze, darf ich eine Abordnung der SPÖ-Hagenberg ganz herzlich auf der Besuchergalerie willkommen heißen. Als nächsten Redner darf ich Herrn Klubobmann Hirz das Wort erteilen.

Abg. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe in diesem hohen Haus schon mehrmals gesagt, dass ich Anzeichen sehe, dass sich die ideologischen Fronten, was die gemeinsame Schule betrifft, sich zwischen den Großparteien ein Stück abbauen, ich persönlich interpretiere das auch so, dass sich da innerhalb der ÖVP doch einiges tut. Es hat ja begonnen mit dem Vorstoß der Bundesministerin Karl, was die Gesamtschule betrifft, da ist eine bestimmte Dynamik entfacht worden, ich sehe, dass da die einzelnen Positionen ein Stück aufgeweicht werden, dass es da reformwillige Bildungsvertreter der ÖVP gibt, die sich hier zu Wort melden und sagen, schauen wir uns das doch einmal ein Stück genauer an. Ich habe es schon gesagt, dass die Aussage von Landesschulratspräsident Enzenhofer, dass die bildungsfernen und bildungsnahen Schichten eigentlich immer weiter auseinanderklaffen, dass das auch der Grund war, warum wir Grüne uns immer für eine gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ausgesprochen haben. Es ist halt so, dass nicht nur die Noten entscheiden, welche Schule man besucht, sondern es noch zwei ganz wesentliche Gründe gibt, das ist auf der einen Seite die geografische Nähe und Ferne zu einer AHS und in zweiter Folge natürlich die soziale Herkunft, weil in Österreich überdurchschnittlich das Einkommen der Eltern, die Bildung der Eltern und auch die kulturellen Aktivitäten sehr stark den Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen beeinflussen. Deswegen glaube ich auch, dass es eine Möglichkeit ist, mit einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen gegen diese soziale Schieflage entsprechend anzukämpfen. Wir Grüne glauben, dass ein langfristiges Nebeneinander von Hauptschule und AHS-Unterstufe eigentlich nicht wirklich eine Zukunftschance hat. Ich gebe dem Kollegen Aichinger völlig Recht, dass das eine völlig neue Didaktik verlangt, dass eine Schule, eine Gesamtschule lebt von der inneren Differenzierung, das heißt, die Kunst darin besteht, dass man den sehr guten Schülern und guten Schülerinnen ein entsprechendes Angebot gibt, sie entsprechend fordert, für die schwächeren entsprechende Förderangebote hat. Was ich nicht sehe, Kollege Stelzer, dass die Gesamtschule automatisch Großschulen sein müssen, es können auch kleine Schulen Gesamtschulen sein, es ist ja nur die Organisationsform, die man damit meint. Ich verhehle auch nicht an dieser Stelle, dass die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht ein Allheilmittel gegen alle Probleme ist, die wir im Schulbereich haben, aber sie ist ein gutes Rezept gegen viele Leiden, die wir haben, insofern glaube ich, ist es wichtig, dass wir diesen Weg in Richtung gemeinsame Schule gehen.

Jetzt liegt ein Antrag vor, eine Arbeitsgruppe in Oberösterreich einzurichten, die sich mit der Einführung der gemeinsamen Schule beschäftigt, ich bin gerne bereit an dieser Gruppe teilzunehmen. Ich stelle mir allerdings ein bisschen die Frage, was soll herauskommen? Wir wissen, dass die Schulorganisation Bundeskompetenz ist, es hat viele Expertengruppen gegeben unter Ministerin Gehrler, unter Ministerin Schmied sind welche eingerichtet worden, die letzte Expertengruppe hat sich zur Lehrerbildung entsprechend gemeldet. Wir haben Ergebnisse, was die Schulverwaltung betrifft, OECD-, TALIS-, PIRLS- und PISA-Studien, es ist ja nicht so, dass nicht konkrete Forderungen daliegen, es mangelt halt an der politischen Umsetzung. Ich habe es schon gesagt, wir werden uns gerne an diesem Arbeitskreis beteiligen, aber für mich haben fast die Alarmglocken geläutet, wie es der Kollege Aichinger gesagt hat, wir werden uns Kollege Frais ganz intensiv damit auseinandersetzen. Ich sage es wirklich an dieser Stelle, ich bin nicht bereit, eine Debatte bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag über die Einführung der gemeinsamen Schule oder nicht zu führen, dafür stehe ich auch nicht zur Verfügung, dass wir jetzt sozusagen die Verlängerung des Schulstreites zwischen SPÖ und ÖVP in Oberösterreich weiterführen.

Wir lehnen die Dringlichkeit dieses Antrages aus zwei Gründen ab. Erstens einmal, weil so ein Antrag nur einen Sinn macht, wenn auch die ÖVP bereit ist, in dieses Gremium zu gehen, das heißt, es hier dringlich zu beschließen macht wenig Sinn, wir müssen über die Zusammensetzung in diesem Ausschuss entsprechend diskutieren. Ein zweiter Grund, den sage ich jetzt noch in Richtung SPÖ, weil da steht die Notwendigkeit in der Begründung, die Notwendigkeit des gemeinsamen Unterrichtes wurde nach jahrzehntelangen Forderungen der Sozialdemokratie zuletzt auch von den politischen Vertreterinnen der Sozialpartner, wie Wissenschaftsministerin Karl anerkannt, so sage ich jetzt, dass die Grünen seit mehr als einem Vierteljahrhundert die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen fordern. Ich glaube, dass da wirklich die historische Objektivität in der Begründung fehlt, ich gehe davon aus, dass man das dann im Ausschuss noch korrigieren wird können. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Mag. Lackner.

Abg. Mag. Lackner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es um die Entscheidung geht, ob ein Bildungssystem Gleichheit schaffen soll oder die Wahlfreiheit im Mittelpunkt stehen soll, dann soll die Freiheit den Vorrang haben. Durch die Umsetzung einer gemeinsamen Schule für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe Eins in Oberösterreich würde das Bildungsniveau nach unten gedrückt werden. Internationale Studien und Vergleiche zeigen, dass in Oberösterreich und Österreich die Bedingungen nicht die gleichen sind, wie in den skandinavischen Gesamtschulmutterländern Finnland oder Schweden, dort haben wir Schulgrößen von durchschnittlich 120 Schülerinnen und Schülern und rund 18 Kinder pro Klasse, dies bei einem Migrationsanteil von 1,2 Prozent und harten Auswahlverfahren für die Lehramtskandidaten, auch Ergebnisse von weniger für ihre Gesamtschule bekannten Länder, wie etwa Mexiko oder Brasilien regen nicht gerade zur Nachahmung an.

Wenn wir uns die viel und gern zitierte PISA-Studie ansehen, so können wir feststellen, dass zum Beispiel die deutschen Gymnasien besser abschneiden wie die Gesamtschulen, aber wie soll eine individuelle Begabung gefördert werden, ohne dass es zu internen Unterscheidungen kommt, das Ausbildungsniveau in den Gesamtschulen würde daher zwangsläufig sinken. Eine Verbesserung des Schulsystems wäre beispielsweise durch eine konsequente Schaffung kleinerer Klassen, oder einfach durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Hauptschulen zu erzielen. Auf jeden Fall sollte uns die Bildung unserer Jugend so wichtig sein, dass wir nicht Versuche damit betreiben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 168/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist, ich weise die Beilage dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Vom Herrn Schriftführer wurde weiters angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 169/2010 vorschlagen, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich bei der Beilage 169/2010 um einen Initiativantrag betreffend die Neuausrichtung der oberösterreichischen Anti-Atom-Politik. Es benötigt einen Geschäftsbeschluss des Landtags. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 169/2010 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Affenzeller.

Abg. **Affenzeller:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei diesem Tagesordnungspunkt um die Neuausrichtung der oberösterreichischen Anti-Atom-Politik. Wir fordern mit unserem Antrag eine Neuausrichtung zu diskutieren mit allen NGOs, gemeinsam mit regionalen und lokalen Interessensgruppen, und zwar auf breiter Basis, um die Anti-Atom-Politik in Oberösterreich neu zu konzipieren. Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn eines völlig klarstellen. Ich danke namens meines Klubs aber auch persönlich allen Organisationen, Aktivistinnen und Aktivisten, die in den letzten Jahren, Jahrzehnten in der Anti-Atom-Politik gearbeitet haben. Und wenn es jetzt darum geht, dass wir fordern in der Politik über eine Neuausrichtung nachzudenken, dann möchten wir voranstellen, dass wir diese Arbeit immer sehr geschätzt haben und ganz besonders auch heute noch schätzen.

Hintergrund jedoch dieses Antrages ist unter anderem auch der Rechnungshofbericht, der klar aussagt, meine Damen und Herren, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Ich möchte ganz kurz nur ein paar Punkte zitieren, wortwörtlich: Eine übergeordnete Gesamtstrategie für die Anti-Atom-Offensive ist vom Landesrechnungshof im Zuge der Prüfung nicht bekannt. Aus Sicht des Landesrechnungshofes wurden die wesentlichen Zielsetzungen des Landes, nämlich Nichtinbetriebnahme des AKW Temelin und Verbesserungen der Sicherheitsstandards für das AKW nicht erreicht. Messbare Ziele sollten festgelegt werden. Meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshofbericht enthält keinen einzigen positiven Punkt, wo man sagen könnte, naja, da haben wir zumindest Teile unserer Ziele erreicht. Und dies unter dem Hintergrund, meine Damen und Herren, dass im Prüfungszeitraum 13 Vereine mit immerhin einem Betrag von 996.000 Euro und 2006 und 2008 noch zusätzlich Projektförderungen von 88.000 Euro unterstützt wurden.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Kritik des Landesrechnungshofes denke ich, trifft der Rechnungshof ins Schwarze, oder wenn Sie so wollen, auch insbesondere ins Grüne. Man kann natürlich hergehen, wie es der zuständige Landesrat im Kontrollausschuss gemacht hat, und sagen, alle Punkte werden umgesetzt, die vom Landesrechnungshof gefordert werden. Uns ist das zu wenig. Uns ist das wirklich zu wenig. Wir glauben, dass jetzt und dringlich und sofort über eine völlige Neupositionierung, eine völlige Neuausrichtung in der Anti-Atom-Politik gesprochen werden sollte, insbesondere auch, weil auch Ressourcen, große Geldressourcen eingesetzt werden, wo wir als politische Verantwortungsträger schon schauen müssen, sind die richtig zielgerichtet eingesetzt.

Ich möchte nur einige Beispiele, die man diskutieren muss, in aller Kürze hervorheben. Macht es wirklich Sinn, mit über 50 Prozent der Förderungsmittel acht Vereine in Tschechien zu fördern? Bei aller Wertschätzung auch dieser Arbeit, aber ist es unsere Aufgabe das zu tun? Man stelle sich vor, Deutschland, ein anderes Land, fördert NGOs in Österreich gegen irgendwelche Projekte, die uns nicht passen. Also man muss das wirklich hinterfragen. Und es wurde auch im Landesrechnungshofbericht eindeutig gesagt, über bessere Koordination, Bündelung der Ressourcen muss man nachdenken.

Ein zweiter Punkt der heute schon angeschnitten wurde, EURATOM. Meine Damen und Herren! Wir haben hier Beschlüsse im Landtag gefasst, nur jetzt gibt es halt ein paar Gruppen und auch politische Entscheidungsträger, die sich da ein bisschen auf die Seite stellen. Ich frage mich nur, auf was warten wir? Wann ist der richtige Zeitpunkt ein Volksbegehren einzuleiten? Ich glaube, wenn eine Gruppe sagt, ich möchte jetzt ein Volksbegehren einleiten, wenn wir uns ernst nehmen, dann haben wir die Verpflichtung dieses Volksbegehren auch zu unterstützen. Man könnte auch über die Höhe der Förderungen diskutieren. Eine Gruppe die ich sehr schätze, Mütter gegen Atomgefahr aus Freistadt, haben laut diesem Rech-

nungshofbericht in einem Jahr 2.147 Euro oder 0,45 Prozent an Förderung bekommen. Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich an, was diese Mütter ehrenamtlich an Aktivitäten gesetzt haben. Andere Organisationen bekommen 20 Prozent und mehr. Ob da wirklich so viel mehr herauskommt, das möchte ich wirklich in Frage stellen.

Damit zum Schluss kommend. Meine Damen und Herren! Warum sage ich aus tiefster Überzeugung, dass die Anti-Atom-Politik in Oberösterreich gescheitert ist? Und ich möchte betonen, alle haben sich bemüht, auch die politischen Verantwortungsträger, alle haben sich bemüht, aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass ich erstmals, und das habe ich mir sehr genau angeschaut bei der Vorbereitung zur heutigen Sitzung, bereits 2003 hier im Oberösterreichischen Landtag darüber gesprochen habe, da waren die Grenzblockaden beendet, da hat es das Melker Abkommen gegeben, wir haben gesehen, dass das nicht so richtig umgesetzt wird, habe ich damals schon gefordert, man soll über eine Neuausrichtung nachdenken. Und dann jedes Jahr bei der Budgetdebatte wieder. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Heute wäre der richtige Zeitpunkt, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und zu sagen, setzen wir uns in einem Arbeitskreis mit Einbindung aller zusammen und reden wir über die Neuausrichtung der Anti-Atom-Politik in Oberösterreich. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zwischenzeitig hat eine Abordnung des Ring freiheitlicher Jugend auf unserer Besuchergalerie Platz genommen. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich darf als nächsten Redner zur Dringlichkeit Herrn Dritten Präsidenten Dr. Cramer das Wort erteilen.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie! Ich schicke es gleich vorweg, wir werden diesem Antrag zustimmen, wiewohl wir wissen, dass die Anti-Atom-Initiativen des Landes vor allem von den im hohen Haus vertretenen Fraktionen mitgetragen worden sind und in der guten Überzeugung, dass hier der richtige Weg eingeschlagen worden ist, auch durchgeführt wurden. Nichtsdestotrotz ist es, glaube ich, ein Gebot der Stunde, auch im Hinblick auf den vom Rechnungshof erhobenen Taten festzuhalten, dass diese Initiative, so wie sie hier gedacht und konzipiert war, nicht von Erfolg gekrönt war. Und es wäre eigentlich fast sträflich dumm, nicht daraus die Konsequenzen zu ziehen und nachzudenken, wie könnte man in Zukunft eine Initiative starten, der größerer Erfolg zugetraut werden kann.

Es ist heute Vormittag bereits in der Diskussion bzw. bei der mündlichen Anfrage herausgekommen, dass hier unsere Position im Vergleich zu der der Atomlobby eine sehr schwache ist. Dort werden Millionen Gelder für Marketing und Werbung in die Schlacht geworfen. Da machen sich die 1,2 Millionen Euro, die wir hier ausgegeben haben, ja nahezu lächerlich aus. Die Frage, ob es wirklich Sinn macht, hier in der Form einen Gegner zu bekämpfen, wohl wissend, dass es mit diesen Mitteln nicht möglich sein wird. Hier wäre es ungefähr so, wie wenn ich mit einem Pfitschipeil gegen eine mit Maschinenpistolen ausgestattete Armee treffen würde. Da habe ich von Haus aus keine Chance. Wenn ich das weiß, muss ich mir wohl die Taktik überlegen, um zu sehen, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt.

Dasselbe ist, dass es wahrscheinlich notwendig sein wird, mit einer Stimme zu sprechen, über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Ich bin überzeugt davon, dass hier diesbezügliche Einheit herrscht, sich zu überlegen, welche Möglichkeiten haben wir, diese Ziele, die hier gesetzt werden, zu erreichen, bzw. sind sie überhaupt erreichbar? Darüber hinaus wäre es sicher sinnvoll, auch eine sehr breite Diskussion darüber zu führen. Es sind selbstverständlich auch all jene NGOs mit einzubinden, die bereits in der Vergangenheit sich redlich bemüht haben, dass ist nicht in Abrede zu stellen, die aber möglicherweise nicht genügend koordiniert, nicht genügend effizient an die Sache herangegangen sind.

Wir werden diesem Antrag die Zustimmung geben, und ich hoffe, dass wir in einer breit angelegten Diskussion einen Modus finden, der uns befähigt, hier effizienter auftreten zu können. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Alfred Frauscher.

Abg. **Frauscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten bezieht sich auf einen Landesrechnungshofbericht über die Anti-Atom-Politik des Landes Oberösterreich. Den haben wir ja im Kontrollausschuss vom 20. Mai ausführlich behandelt. Und in diesem Bericht werden detailliert Empfehlungen ausgesprochen, wie diese Anti-Atom-Politik in Zukunft aus Sicht des Rechnungshofes optimiert werden kann.

Dass das Hauptziel, Temelin zu verhindern, nicht erreicht werden konnte und dass dies als Scheitern der Anti-Atom-Politik Oberösterreichs anzusehen ist, wie es im Antrag dargestellt ist, kann man aber, glaube ich, nicht so stehen lassen. Die Bemühungen in diesen ganzen Jahren waren intensivst und haben sich von Oberösterreich aus immer an die Bundesregierungen gewandt und konnten leider nicht die dementsprechenden Erfolge einführen und einfahren. Es ist über die Bundeskanzler Vranitzky, Schüssel, Gusenbauer bis Faymann gegangen, und es wurde hier vieles unternommen von Verhandlungstaktiken bis hin zu Klagen. Aber der ganz große Erfolg war nicht erreichbar.

Trotzdem wird das Abschalten von Temelin, das Verbessern der Sicherheitseinrichtungen und natürlich das Verhindern der Erweiterung weiterhin ein Hauptziel bleiben und auch ein Hauptziel sein müssen. Wir müssen aber trotzdem sagen, dass, wenn dieses ganz große Ziel nicht erreicht wurde in diesen Jahren, doch sehr viele Teilerfolge erzielt werden konnten. Es wurden auch am Vormittag diese Teilerfolge schon dargestellt. Und ich glaube, es war auch sehr wichtig. Gerade auch im Bereich der Bewusstseinsbildung ist sehr sehr viel erreicht worden, nicht nur bei uns, sondern auch in Tschechien. Abgesehen davon haben sich ja die Aktivitäten nicht nur in Tschechien fokussiert sondern auch natürlich auf Deutschland und auch auf die Slowakei gerichtet, weil auch dort entsprechend anfällige und alte Atomkraftwerke vorhanden sind.

Es wäre auf jeden Fall jetzt der größte Fehler, die Flinte sozusagen ins Korn zu werfen und den Widerstand aufzugeben, nur weil jetzt nicht alle Ziele gleich erreicht werden konnten. Es hat natürlich aber der Rechnungshofbericht aufgezeigt, dass vieles in der Struktur, in der Organisation und in der Abwicklung verbesserungswürdig und verbesserungsfähig ist. Das Ganze ist auch anzugehen. Zum Beispiel was die Förderungen betrifft, dass man nicht mehr vielleicht diese allgemeinen Förderungen hergibt sondern gezielt Projekte fördert. Man wird darauf achten müssen, dass die Zusammenarbeit innerhalb der betroffenen Vereine optimiert wird, eine bessere wird, die Zusammenarbeit besser gestaltet wird. Und es muss natürlich insbesondere, wie gefordert vom Landesrechnungshof, eine Gesamtstrategie hier erarbeitet werden.

Diesen Empfehlungen haben wir im Kontrollausschuss ja alle zugestimmt, alle Fraktionen. Und diese Umsetzung der Empfehlungen durch die betroffenen Ressorts hat natürlich auch zu erfolgen und wird natürlich auch erfolgen. Wir werden ja in einem Jahr dann die Follow-up-Prüfung des Landesrechnungshofes haben, und da wird man ja uns dann daran messen, inwieweit wir diesen Empfehlungen gefolgt sind.

Es wird deswegen eine Evaluierung der Anti-Atom-Politik Oberösterreichs geben. Und es wird auch, glaube ich, hat der Herr Landesrat Anschöber heute angekündigt, im Juli einen Anti-Atom-Gipfel geben, wo gerade auch diese Forderung, alle einzubinden, alle Fraktionen und auch die NGOs usw., sicher verwirklicht wird. Was das Geld betrifft, Herr Kollege Cramer, diese Parität werden wir ohnehin nicht erreichen können. Das ist völlig undenkbar. Trotzdem zu sagen, man unternimmt nichts, wenn man nicht in gleicher Stärke antreten kann, das wäre glaube ich ein Eingestehen von eigener Schwäche, und das werden wir sicherlich auch nicht dementsprechend machen. (Zwischenruf Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer: „Das habe ich auch nicht gesagt, dass man nichts unternehmen soll!“) Eine Einsetzung einer eigenen Arbeitsgruppe, wie im Antrag gefordert, ist deswegen, glaube ich, nicht notwendig, weil es diese Gruppe und diese Umsetzungsgruppe geben wird und gibt. Und wir werden deswegen der Dringlichkeit nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer! Der Antrag 169/2010, eingebracht von der sozialdemokratischen Fraktion und vorgestellt vom Kollegen Affenzeller, hat mich sehr erschüttert. Ich brauche nur zurückschauen auf die letzten sechs Jahre, auf die letzte Periode: es hat elf Anti-Atom-Gipfel gegeben, wo alle Parteien vertreten waren, wo die NGOs von Oberösterreich, Südböhmen aber auch Bayern dabei waren, wo wir immer wieder Expertinnen und Experten eingeladen haben, um unsere Anti-Atom-Strategie weiter zu entwickeln, gemeinsame Schritte zu setzen, von Rechtsexperten bis technischen Experten, von den Menschen die betraut waren auf Bundesebene, um das Melker Abkommen abzusegnet. Was waren dann diese elf Anti-Atom-Gipfel, wenn nicht eine gemeinsame Strategie des Landes Oberösterreich, um eben gegen diese Bedrohung der AKWs an den Grenzen nahe Oberösterreich aufzutreten?

Es hat zwölf Anträge gegeben in der letzten Periode, davon sieben einstimmig mit unterschiedlichsten Texten, einige oder viele auch davon zum Thema EURATOM-Ausstieg. Es ist für mich unverständlich und fast unerträglich, und es tut mir wirklich in der Seele weh, wenn jetzt die Erfolge und die Arbeit der letzten Jahre so schlecht gemacht werden, auch wenn sie vorab bedankt werden. Viele Bürgerinnen, engagierte Bürger, die sich auf die Straße gestellt haben und mit uns Unterschriften gesammelt haben, NGOs auf allen Seiten, alle beteiligten NGOs, aber auch wir Abgeordnete, ich fühle mich nämlich als Abgeordnete hier wirklich vor den Kopf gestoßen und finde es unerträglich, dass so ein Antrag über eine Neuausrichtung, wie wenn wir jetzt etwas Schlechtes gehabt haben, gestellt wird. Diese Formulierung hilft nur der Atom-Lobby und unterstützt nicht die gute Arbeit, die gemacht worden ist.

Ja, wir haben manche Ziele nicht erreicht. Wir haben das Hauptziel nicht erreicht. Aber wer hat da auch noch Mitverantwortung getragen? Wir haben wenig bis gar keine Unterstützung von der Bundesregierung bekommen, ganz gleich, unter welchem Bundeskanzler. Wir wollen die Anti-Atom-Politik weiter entwickeln, die Strategie weiter entwickeln, ja, effizienter gestalten, weiter entwickeln und hier schlagkräftiger werden und neue Ideen formulieren mit den NGOs, mit allen Expertinnen und Experten zusammen. Ja, das werden wir machen, machen wir so wie in der letzten Periode bei Anti-Atom-Gipfeln, bei gemeinsamen Anträgen. Und jedem und jeder von jeder Partei ist es unbenommen Vorschläge zu bringen und nicht nur Kritik anzubringen. Und all das, was wir gemeinsam gemacht haben, was wir mit den NGOs, mit den Bürgerinnen und Bürgern getragen haben, hier schlecht zu machen, das lasse ich mir nicht bieten. Und das haben wir auch nicht verdient in Oberösterreich, diese gemeinsame Strategie jetzt einfach in Frage zu stellen. (Beifall)

Nein, wir wollen hier gemeinsam weiter arbeiten. Ich kann auch keine unterschiedlichen Ziele bei den NGOs erkennen. Und ich bin viel mit den NGOs zusammen. Nicht alle sind mir so wohl gesonnen, wie der, in der ich auch im Vorstand vertreten bin. Ja, wir haben ein gemeinsames Ziel, und das ist ganz klar. Wir wollen die AKWs an den Grenzen verhindern, die Sicherheitsrisiken für die Menschen minimieren so gut es geht. Wir wollen vehement weiter auftreten. Wir wollen und wir treten ganz massiv gegen ein Atommüllzwischenlager oder -endlager ein, weil wir diese Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger abwenden wollen. Das ist das gemeinsame Ziel.

Dass wir unterschiedliche Strategien haben und dass wir auch bei EURATOM unterschiedliche Diskussionen haben, sollten wir jetzt aussteigen oder nur eine Reform machen, das ist doch bitte auch ein Sinn und Zweck der NGOs bitte. Denn, wenn alle das Gleiche wollen, brauchen wir nicht unterschiedliche NGOs. Hier gibt es unterschiedliche Ansätze. Und das ist gut so, weil die Diskussion weiter führt und befruchtend ist. Und daher werden wir gemeinsam diese EURATOM-Ausstiegsszenarien weiter treiben, auch das Volksbegehren. Es ist zum Beispiel auf unserer Homepage drauf, wie man zu dieser Unterstützung kommt. Ich habe sie unterschrieben. Nicht medial wirksam mit allem Pipapo, nein, weil es mir ein persönliches Anliegen ist. Und ich weiß, dass viele grüne Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Bürgerinnen und Bürger das unterstützt haben. Und das ist wichtig, und nicht das, was ich einmal medial verkaufe und vielleicht in einer Zeitung mit einem Bild vorn drauf liefere.

Ich finde es unerträglich, dass hier einzelne Punkte herausgepickt werden, weil eine Gruppe vielleicht nicht mit dem Ziel so einverstanden ist, wie es die anderen machen, finde ich unverantwortlich von einer politischen Partei, das hier zum Thema zu machen. Wir werden nicht resignieren. Wir werden gemeinsam die Strategie weiter entwickeln beim nächsten Anti-Atom-Gipfel. Und ich lade alle Parteien ein, hier weiter konstruktiv weiter mitzuarbeiten und den oberösterreichischen Weg mit den NGOs nicht zu verlassen. Denn nur so haben wir die Stärke, sowohl in Tschechien als auch in Bayern als auch in Oberösterreich, um die Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger abzuwenden, die wir abwenden können. Wir dürfen hier nicht locker lassen, auch wenn andere mehr Mittel einsetzen, wir wollen gemeinsam hier diesen Kampf gegen die AKWs an unserer Grenze nicht aufgeben, sondern wir wollen gemeinsam weiterkämpfen mit Ihrer Unterstützung, und darum bitte ich.

Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil ich glaube, es braucht keine Neuausrichtung, es braucht eine Weiterentwicklung, die wir gemeinsam so wie bisher getragen haben, auch wieder gemeinsam weiterführen werden, danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 169/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und weise die Beilage 169/2010 dem Umweltausschuss zur Vorberatung zu.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit auch zu den Ersatzwahlen in den Bundesrat. Ich darf Ihnen mitteilen, dass von Bundesrat Dr. Georg Spiegelfeld-Schneeburg folgendes Schreiben ergangen ist und uns zugegangen ist: "Ich verzichte mit Ablauf des 31. Mai 2010 auf meine Mitgliedschaft im Bundesrat." Zu dieser Verzichtserklärung darf ich feststellen, dass sie mit 1. Juni 2010 wirksam geworden ist. Auf Grund dieses Verzichtes ist das bisherige Ersatzmitglied Frau Mag. Dr. Angelilka Winzig ex lege als neues Mitglied des Bundesrates nachgerückt, sodass ein neues Ersatzmitglied an siebter Stelle zu wählen ist. Die Präsi-

dialkonferenz hat für diese Wahl einen einstimmigen Wahlvorschlag erstaten. Dieser lautet auf Frau Kollegin Landtagsabgeordnete Gabriele Lackner-Strauss.

Gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 erfolgt die Wahl durch Zustimmungserklärung. Ich bitte somit jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, welche dem verlesenen Wahlvorschlag ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Damit wurde Frau Kollegin Abgeordnete Gabriele Lackner-Strauss als Ersatzmitglied des an siebter Stelle in den Bundesrat entsandten Mitgliedes Mag. Dr. Angelika Winzig gewählt. Ich gratuliere Ihnen herzlich. (Beifall)

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage des FPÖ-Landtagsklubs an Herrn Landesrat Dr. Josef Stockinger zur Thematik des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes. Ich ersuche Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner, die dringliche Anfrage vorzutragen und zu begründen und darf in Erinnerung rufen, nachdem das heute das erste Mal der Fall ist, fünf Minuten Redezeit.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Damen und Herren auf der Galerie! Das ist eine sogenannte historische Stunde. Die erste dringliche Anfrage. Ich danke und bedanke mich nochmals bei den Abgeordneten, die es möglich gemacht haben, dass wir dieses Kontrollinstrument auch im Oberösterreichischen Landtag eingeführt haben. Weil wir es vereinbart haben, trage ich auch, nämlich wortwörtlich, die Anfrage vor. Wir werden uns noch unterhalten, ob das wirklich auf die fünf Minuten angerechnet werden muss, aber das zu einer anderen Gelegenheit.

Haben Sie sichergestellt, dass jene Bundesmittel, die auf Grund der Artikel 15a-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes für das Land Oberösterreich in den Jahren 2008 bis 2010 in der Gesamthöhe von 10,081.500 Euro vorgesehen sind, zur Gänze ausgeschöpft werden? Erste Unterfrage: Werden die Bundesmittel für den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots in der Gesamthöhe von 7,878.000 Euro zur Gänze ausgeschöpft? Zweite Unterfrage: Werden die Bundesmittel für die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gesamthöhe von 2,203.500 Euro zur Gänze ausgeschöpft? Dritte Unterfrage: Wie wurden die auf Grund der genannten Artikel 15a-Vereinbarung insgesamt ausgeschöpften Bundesmittel in den Jahren 2008, 2009 und im Jahr 2010 bis zum heutigen Tag jeweils konkret eingesetzt? Wie hoch war der Anteil der Bundesmittel, der im Bereich der frühen Förderung zur Beseitigung von Sprachdefiziten bei Kindern mit Migrationshintergrund von 2008 bis zum heutigen Tag eingesetzt wurde?

Jetzt muss ich natürlich bei einer dringlichen Anfrage die Dringlichkeit begründen, aber ich brauche es nicht. Diesen Teil spare ich, nachdem ÖVP und Grüne ja bereits heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, wo sie die Bundesregierung auffordern, jene Mittel und jene Zahlungsmittel längerfristig für das Land zur Verfügung zu stellen, ja sogar unbeschränkt zur Verfügung zu stellen. Jetzt sage ich, natürlich haben wir dem auch zugestimmt. Und weil es immer interessant ist, dass man sich an eine andere Gebietskörperschaft mit Finanzmittelforderungen wendet, das heißt, wenn der Bund zahlt, sind wir uns natürlich alle einig. Wenn wir bei uns sparen müssen, dann haben wir heftigste Diskussionen, wie bereits vorher bemerkt.

Was aber besonders dramatisch ist, dass, wenn bis heute laut Arbeiterkammer jene Mittel, die das Land Oberösterreich für die Kinderbetreuungseinrichtungen vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen hat, nicht abgeholt wurden, dann stimmt etwas nicht. Also, jetzt ist der ganze Landtag der Meinung, das es eine gute Sache ist. Wir wollen sogar diese Förderung für die Zukunft unbeschränkt haben. Berücksichtigen wir einmal nicht, dass der Bund alleine fast zehn Milliarden Euro Zinsendienst leistet für die Schulden, die wir dort haben. Aber bitte, wenn der Bund uns dafür Geld gibt, weil er eine entsprechende Zweckförderung hat, dann wollen wir das Geld auch haben. Weil wir es brauchen, weil wir natürlich das Geld optimal für unsere Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzen wollen.

Aber wer ist dann um Himmels willen verantwortlich, dass wir die Gelder nicht abholen? Da gibt es Bürgermeister, da gibt es die Probleme in den Kinderbereichen, und dann stellt der Bund, der eigentlich kein Geld hat, Geld zur Verfügung, das nicht abgeholt wird. Ja, wenn der Finanzminister in Wien halbwegs hell ist, wird er sagen, die holen sich nicht einmal das Geld für die Kinderbetreuungseinrichtungen. Also Schluss damit, während wir jetzt fordern, unbeschränkt zu verlängern. Das ist wohl der falsche Zugang.

Wenn es Bundesmittel gibt und wir der Meinung sind, wir brauchen diese Bundesmittel, dann hat die Verwaltung und die Regierung dafür zu sorgen, dass selbstverständlich jeder Euro in Wien auch abgeholt wird. Und wenn dieser Landtag das unbeschränkt haben möchte, so hat er es heute beschlossen. So muss es natürlich auch gewährleistet werden, wenn das weiter der Fall sein sollte, dass jeder Euro in Oberösterreich ankommt. Das sind wir unseren Familien schuldig. Das sind wir einfach unserer Aufgabe schuldig. Ich möchte deswegen, Herr Landesrat Stockinger, wissen, haben wir noch die Chance, dass wir alle Mittel bekommen? Wie schaut es jetzt konkret aus auf Grund der Fragestellung, die hier formuliert wurde? Und ist gewährleistet, dass nicht oberösterreichische Gelder, die in Wien bereit liegen würden, nicht nach Oberösterreich gelangen? Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich ersuche Herrn Landesrat Dr. Stockinger um die Beantwortung der Fragen, so wie in unserer Landtagsgeschäftsordnung vorgesehen, kurz und präzise.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Danke, Frau Präsidentin, hoher Landtag, geschätzter Kollege Klubobmann Günther Steinkellner! Ich bin sehr dankbar für diese Anfrage, gibt sie mir doch die Möglichkeit, vor dem Landtag und damit auch in der Öffentlichkeit aufzuklären, was es mit diesen nicht abgeholt Geldern, mit diesen angeblich nicht abgeholt Geldern für die Unterstützung des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen auf sich hat.

Vorweg, ich kann die Frage mit einem klaren Ja beantworten. Ja, es wird uns gelingen, jeden Euro, der im Artikel 15a-Vertrag für Oberösterreich vorgesehen ist, auch nach Oberösterreich zu holen. Es ist richtig, dass es Probleme mit der zeitlichen Bindung der einzelnen Förderbeiträge des Bundes gab. Es ist mir aber gelungen in den letzten Wochen, im Dialog vor allem mit der Frau Staatssekretärin Marek vom Bund nunmehr die schriftliche Zusicherung zu haben, dass die Abrechnungsfristen verlängert werden, sodass wir auch im heurigen Jahr bis zur Mitte des nächsten Jahres auf die noch vorhandenen Restmittel des Jahres 2008 und 2009 für diese Bauzuschüsse zurückgreifen können. Jeder weiß, dass momentan im Land enorm viele Kinderbetreuungseinrichtungen generalsaniert und gebaut werden. Das heißt, wir haben 2008 und 2009 weniger gebaut, bauen 2010, 2011 und 2012 extrem viel, sodass sich unter dem Strich die Abrechnung locker ausgehen wird.

Vielleicht sollte ich darauf hinweisen, was aus meiner Sicht ein wenig der Konstruktionsfehler dieser Vereinbarung war und warum wir in dieses vermeintliche Dilemma gekommen sind.

Wer sich zurückerinnern kann, dieser Landtag hat im Juli 2008 diesen Vertrag geschlossen. Die erste Tranche für die Baufinanzierung, die ersten 2,2 Millionen Euro pro Jahr auf drei Jahre versprochen, die ersten 2,2 Millionen Euro waren aber für das Jahr 2008 gedacht. Das heißt, das Jahr 2008 war schon zur Hälfte vorbei als wir überhaupt erst einmal quasi erfahren haben, dass es dieses Geld gibt – erster Konstruktionsfehler.

Zweiter Konstruktionsfehler war, dass dieses Geld vor allem zu 75 Prozent für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren gewidmet war, wir aber in dieser Phase in besonderer Weise im Kindergartenbau, also über drei Jahren investiert und ausgebaut haben. Das heißt, dort, wo wir es gebraucht hätten und sehr viel getan haben, haben wir es nicht einsetzen können. Wir haben bei den Krabbelstuben, das war auch budgetär bedingt, Kollege Ackerl, der damals zuständig war, nicht diese Bauvolumina genau in diesen Jahren auslösen können.

Dritter Konstruktionsfehler oder Mangel: Es gibt einen Zuschuss für einen ganztägigen Betreuungsplatz, der neu geschaffen wird, nachweislich neu geschaffen wird, von 2.500 Euro, einmalig vom Bund. 2.500 Euro – alle, die selber Verantwortung tragen in den Kommunen, wissen, das sind zehn Prozent der tatsächlichen Baukosten für einen Betreuungsplatz. Die Krux ist nun die, dass das Geld nur dann gegeben wird, wenn die Baukosten tatsächlich anfallen. Wenn eine Kommune spart, beispielsweise in bestehenden Einrichtungen eine Krabbelstube unterbringt, dann gibt es dieses Geld nicht. Das heißt, das ist sogar ein wenig kontraproduktiv, dass man sagt, du kriegst das nur bei Neubauinvestitionen und nicht für die Schaffung des Betreuungsangebots per se. Wäre mir eigentlich lieber, wenn man sagt, wo das untergebracht wird, ist mir gleich, es gibt das Geld unabhängig davon. Wir haben sehr viele Einrichtungen, wo nicht extra neu gebaut wurde. Für diese Plätze können wir leider diesen Bundeszuschuss nicht beanspruchen.

Aber nochmals zusammengefasst: Alles in allem, es ist sichergestellt durch die Fristverlängerung, dass wir unseren enormen Bauboom im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen, das ist ja jener Bereich, wo die Projekte auch auf kommunaler Ebene nicht zurückgestellt und gestoppt wurden, dass wir dieses Bundesgeld in voller, in voller Länge nach Oberösterreich holen können. Derzeit ist es so, dass 2,5 Millionen Euro aus den Jahren 2008 und 2009 übertragen wurden und diese Fristverlängerung in der Zwischenzeit schriftlich von Wien bei uns eingelangt ist.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass im Bereich der Schaffung neuer Betreuungseinrichtungen die aktuelle Kindergartenstatistik vom 15. Oktober 2009 uns ein riesen Kompliment macht in Oberösterreich. Es wurden in der ganzen Republik 10.455 Betreuungsplätze neu geschaffen. Davon entfallen auf Oberösterreich 3.747 Plätze. Das heißt, 37 Prozent der neu geschaffenen Kinderbetreuungsplätze im letzten Jahr sind in Oberösterreich geschaffen worden. Ehrlich gesagt, das ist ein Riesenkompliment für die Auswirkungen unseres neuen Kinderbetreuungsgesetzes und unserer Offensive. (Beifall)

Herr Klubobmann, ich bin in Ihrer dringlichen Anfrage, in deiner dringlichen Anfrage auch gefragt worden, wie es um die Ausnutzung jener Mittel geht, die der Bund für die verpflichtende frühe sprachliche Förderung zur Verfügung gestellt hat? Ich hatte ja die Möglichkeit in der letzten Landtagssitzung, über die Funktion und über die konkrete Umsetzung der Sprachförderung in unseren Kindergärten dem hohen Landtag zu berichten. Sie wissen, dass die Sprachstandfeststellung verpflichtend vorgesehen ist und dass wir mit dieser Aktion besonders darauf hinwirken wollen, dass unsere Kinder bis zur Schulpflicht sprachlich in der Form, in der deutschen Sprache so sattelfest sind, dass sie nicht nur dem Unterricht folgen

können, sondern dass eine gute Grundlage auch aus dem Kindergarten heraus, vor allem auch aus dem letzten verpflichtenden Kindergartenjahr heraus gelegt wird, dass die Schulpflicht erfolgreich, auch sprachlich erfolgreich bewältigt werden kann.

Zum Unterschied von den Bauzuschüssen, die wir vorher behandelt haben, ist das Geld für die Sprachförderung nicht befristet, kann also von vornherein übertragen werden. Konkret geht es in den drei Jahren um 734.500 Euro, die 2008, 2009, 2010 zur Verfügung gestellt werden. Wir haben im Anlaufjahr 2008/2009, das war ein Rumpffahr, ich habe schon darauf hingewiesen, wir haben ja erst im Juli begonnen, von diesen 734.500 Euro insgesamt 574.000 Euro ausgeschöpft. Wir haben im letzten Kindergartenjahr 712.000 Euro ausgeschöpft, und wir werden im heurigen Jahr über 800.000 Euro ausschöpfen. Das heißt, es ist ein Rest momentan in der Gesamtberechnung von knapp unter 100.000 Euro verfügbar. Dieser Rest verfällt aber nicht, sondern kann beispielsweise gezielt für Lehrmittel in der Sprachförderung dann entsprechend aufgebraucht und eingesetzt werden. Also ich kann auch hier dem hohen Landtag berichten, dass wir diese Mittel voll ausschöpfen und diese sehr positive Aktion entsprechend auch der Grundidee in Oberösterreich auch umgesetzt haben.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die heute noch zu beschließende Resolution des Landtags auf Umwandlung der befristeten Incentive-Förderung, die man den Ländern gegeben hat im Bereich der Sprachförderung und der Bauzuschüsse, in eine dauerhafte Beteiligung des Bundes umgewandelt wird. Das wäre sinnvoll, wenn wir Jahr für Jahr diese Mittel kriegen. Das würde die Budgets der Gemeinden und des Landes entlasten. Ob der Bund momentan dazu finanziell in der Lage ist, das kann ich hier nicht beantworten. Sinnvoll wäre es auch als Bundesunterstützung für die enormen Anstrengungen, die wir im Kinderbetreuungsbereich in der elementaren frühkindlichen Bildung in Oberösterreich unternehmen. Das baut auf auf die Bildungspyramide. Das entwickelt im positiven Sinn unsere Bildungslandschaft, und da würde es auch dem Bund gut anstehen, wenn er diese finanzielle Unterstützung auch weiter fortsetzt.

Ich bin abschließend gefragt worden, wie die Mittel, die Baumittel konkret eingesetzt wurden? 2008 für 10 Kindergartenbauprojekte; leider konnten es nicht mehr sein, weil wir nur 25 Prozent des Baugeldes für Kindergärten einsetzen dürfen, 75 Prozent für Kinderkrippen einsetzen müssen, diese Klausel der unter Dreijährigen. 19 Krabbelstubenprojekte und 10 Kindergartenbauprojekte sind 2008 in den Genuss der Bundesförderung gekommen. 2009 sind es 11 Kindergartenprojekte und 31 Krabbelstubenprojekte. Die Projekte des Jahres 2010, über die kann ich Ihnen noch nicht berichten, weil die müssen erst bis zum 30. Juni 2011 dem Bund vorgelegt werden. Aber ich kann Ihnen wirklich versichern, dass wir jedes mögliche Projekt hier einbringen, beispielsweise auch, das habe ich mit dem Bürgermeister Dobusch vereinbart, für die Stadt Linz diese Aktion voll zur Verfügung stellen, weil gerade in Linz momentan ein großes Bauprogramm im Bereich der Krabbelstubenprojekte im Gang ist.

Abschließend bin ich gefragt worden, wie hoch der Anteil der Bundesmittel in der frühen sprachlichen Förderung zur Beseitigung von Sprachdefiziten für Kinder mit Migrationshintergrund war? Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten, weil wir in der Mittelvergabe bei der Sprachförderung diese Mittel an die Träger vergeben und es nicht vorgesehen ist, dass dort getrennt aufgezeichnet und erhoben wird, ob die sprachlichen Probleme ein Kind hat, das österreichischer Staatsbürger ist oder eine ausländische Staatsbürgerschaft hat, weil nicht erhoben wird, ob die Sprachprobleme quasi aus dem Migrationshintergrund oder aus sonst einer sprachlichen Verwahrlosung oder Problemstellung heraus entstehen. Also, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Aber ich kann Ihnen sagen, dass die Förde-

rung an sich wirklich eine gute ist, dass das ein sehr wohl auch wichtiger integrationsfördernder Bestandteil unser Kindergarten- und Kinderbetreuungsentwicklung ist. Und dass es sicher so ist, dass die Mehrheit der Mittel, das traue ich mir schon zu sagen, in den Bereich der Kinder mit Migrationshintergrund geht. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich Herr Landesrat. Sie dürfen gerne Platz nehmen. Wir kommen nun zur Wechselrede. Und ich darf ersuchen für den antragstellenden Klub um die erste Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Wageneder bitte!

Abg. **Wageneder:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, geschätzter Herr Landesrat Stockinger! Ja liebe ÖVP, ich begrüße ja sehr, dass ihr euch nun auch dafür interessiert, dass diese Bundesgelder abgeholt werden, die vor allem auch für den Ausbau für die Kinder unter drei Jahren und für die Sprachförderung im Kindergarten der Bund zur Verfügung stellt. Bisher habe ich leider schon manchmal von FPÖ-Politikern und FPÖ-Politikerinnen hören müssen, ich möchte jetzt sagen viele Anwesende sind hier ausgenommen, dass halt da die Mütter doch daheimbleiben sollen und dass wir ja eh keine Krabbelstuben brauchen. Und es war ja bisher auch nicht gerade ein Schwerpunkt der FPÖ, dass sie für Kinder mit Migrationshintergrund Gelder für die Sprachförderung eingefordert haben.

Landesrat Stockinger hat es jetzt ausgeführt, erst Mitte 2009 wurden vom Bund diese Gelder zugebilligt und bereits im Oktober 2008 habe ich eine mündliche Anfrage an den Herrn zuständigen Landesrat Ackerl gestellt, wie es denn ausschaut mit der Abholung dieser Gelder. Ich bin jetzt höflich und sage, seine Antwort war damals eher ausweichend, um nicht zu sagen sehr enttäuschend. Weiters habe ich dann eine schriftliche Anfrage gestellt im April 2009 und damals fehlten in Oberösterreich noch laut AK in zwei Drittel der Gemeinden Krabbelstubeneinrichtungen. Die Betreuungsquote lag damals bei den unter Dreijährigen bei 6 Prozent. Also wir waren österreichweit am vorletzten Platz. Die Antwort war damals, dass bezüglich der 15a Vereinbarung, also jetzt im April 2009, 380.000 für die unter Dreijährigen abgeholt wurden, von 1,5 Millionen, die für den Ausbau für die unter Dreijährigen zur Verfügung standen, für 32 Gruppen. Und 2009 wurden immerhin von diesen 1,5 Millionen 800.000 Euro abgeholt. Schon etwas mehr aber noch lange nicht alles.

Und ich denke das war nicht deswegen, weil kein Bedarf war, der Bedarf war sehr wohl da bei sechs Prozent Betreuungsquote. Und ich habe es wirklich sehr vermisst, dass hier von Landesrat Ackerl mit Nachdruck an die Gemeinden auf diese Gelder, auf die Abholung und auf die Schaffung neuer Betreuungsplätze hingewiesen wurde. Ich sitze auch selber im Sozialausschuss der Stadt Ried und mir ist da kein einziges Schreiben bekannt vom zuständigen Landessrat Ackerl, das in den Jahren 2008 oder 2009 an die Gemeinden hier ergangen wäre. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Da bist du schlecht informiert!")

Aber trotzdem jetzt kann man sagen, happy end, die Gelder können jetzt auch rückwirkend abgeholt werden. Das ist sehr erfreulich. Es ist auch erfreulich, dass wir so viele zusätzliche Plätze in Oberösterreich geschaffen haben. Ich möchte aber auch noch sagen, es ist aber sicher auch deswegen, weil hier jetzt alle an einem Strang ziehen, aber schon auch deswegen, weil einfach ein großer Nachholbedarf auch war und vor allem eben bei den Kindern unter drei Jahren.

Eine Grafik habe ich noch mit, und zwar das ist die Grafik aus dem Jahr 2008 von der APA, wo steht, Oberösterreich hat nur 43 Prozent der Gelder, die der Bund zur Verfügung stellt, abgeholt. Das darf sich wahrlich nicht mehr wiederholen und wird sich laut Versprechungen

von Herrn Landesrat Dr. Stockinger auch nicht mehr wiederholen. Dafür stehen wir Grüne und wir stehen auch dafür, dass der Bund, das Land und die Gemeinden alle überfraktionell an einem Strang ziehen, eben für die Unterstützung der Familien und auch zum Ausbau der Kinderbetreuung zum Wohle der Kinder. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Wechselrede? Frau Kollegin Wall!

Abg. **Wall:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz reagieren auf die Worte von der Frau Kollegin Wageneder. Ich möchte noch einmal festhalten, dass ich keineswegs die Frauen zurück an den Herd schicken möchte, sondern ich habe nur gesagt, wir brauchen nicht mit Gewalt 33 Prozent der Kinder in außerfamiliäre Betreuungseinrichtungen geben, sondern sollen die Einrichtungen zur Verfügung stellen, die wir tatsächlich brauchen, damit die Frauen, die arbeiten gehen möchten, auch einen Platz für ihre Kinder haben. (Zwischenruf Abg. Wageneder: "Ich habe eh gesagt viele Anwesende sind ausgenommen!") Okay, passt.

Das ist das eine und das zweite, das ich noch sagen möchte, weil Sie darauf hingewiesen haben, dass wir uns nicht einsetzen für Sprachförderungen für Kinder in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Meine Kollegin Moser, meine Vorgängerin, hat sich vor langer Zeit bereits dafür eingesetzt, dass ein verpflichtendes Sprachscreening gemacht wird, nicht erst mit fünf Jahren, sondern schon früher. Weil sie gewusst hat, dass das medizinisch möglich ist. Es hat eine eigene Studie dafür gegeben. Also diesen Vorwurf darf ich auch zurückweisen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Roswitha Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Landesrat Stockinger ist ja sehr ausführlich und umfangreich in seiner Beantwortung auf die dringliche Frage eingegangen und er hat auch, denke ich mir, sehr gut ausgeführt, wo es hier Konstruktionsfehler gibt, wo es hier Mängel gibt. Und auch sichergestellt, dass es nun dazu kommt, dass alle Budgetmittel für diesen Bereich eben für den Ausbau und die Verbesserung bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, dass die abgeholt werden, dass es auch eine diesbezügliche Fristverlängerung gibt.

Ich möchte vielleicht nur dahingehend ergänzen, weil sich ja die Anfrage auch auf die Jahre 2008 und 2009 bezieht und in dieser Zeit Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl für diesen Bereich zuständig war und im speziellen eben für die Krabbelstuben, dass es hier schon sehr wohl Bestrebungen gegeben hat und Interventionen seitens Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl. Er hat zum Beispiel alle Gemeinden in einem Brief aufgefordert hier aktiv zu werden. Aber es ist halt so, dass die Gemeinden für den laufenden Betrieb zuständig sind und eben nicht die erforderlichen Anträge diesbezüglich eingelangt sind, welche dann für den entsprechenden Ausbau gesorgt hätten.

Und liebe Maria Wageneder! Ich kann deine Wortmeldung von heute Vormittag nicht ganz nachvollziehen, wo du gesagt hast, die Gemeinden muss man hier nicht in die Pflicht nehmen. (Zwischenruf Abg. Wageneder: "Das habe ich nicht gesagt!") Doch das hast du gesagt. Ich habe es mir extra aufgeschrieben. Denn es muss seitens der Gemeinden diesbezügliche Anträge geben, dass sie hier einen Ausbau möchten und das ist halt zu wenig geschehen. Das ist zu wenig geschehen und du bist auch diesbezüglich nicht gut informiert, dass es die-

ses Schreiben von Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl gibt, der alle Gemeinden aufgefordert hat, alle Bürgermeister aufgefordert hat, hier entsprechend aktiv zu werden.

Und ich möchte meinen Appell natürlich auch an die FPÖ richten, auch eure Bürgermeister, ich meine ihr habt zwar nicht so viele, aber auch eure Bürgermeister könnten hier entsprechende Anträge stellen, dass es hier zu einem verbesserten Ausbau von diesbezüglichen Kinderbetreuungseinrichtungen kommt. Ich denke mir, die Familien und die Kinder in diesen Gemeinden werden es euch danken. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Eva Maria Gattringer.

Abg. **Gattringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuschauerinnen und Zuschauer auf dem Balkon! Landesrat Stockinger und seine Vorgänger haben richtig gehandelt. Sie haben richtig gehandelt bei der Vorgehensweise, wie diese Gelder eingesetzt werden sollen und sie haben auch richtig gehandelt bei der Abholung. Nur sie können nichts abholen, wenn nicht vor Ort schon etwas geschehen ist. Und wir können noch so gute Ideen entwickeln, wenn nicht die Leute, die diese Ideen aufnehmen sollen, nämlich unsere Eltern draußen die Kinder in einem entsprechenden Alter haben, das nicht in Anspruch nehmen.

Und da muss man schon sagen, vor der Einführung des beitragsfreien Kindergartens war irgendwie ein Vakuum zwischen den unter Dreijährigen und sozusagen den Kindern, die kurz vor dem Schulbeginn gestanden sind. Bei Kindern kurz vor dem Schulbeginn war es selbstverständlich, dass die in den Kindergarten gegangen sind. Durch den beitragsfreien Kindergarten wissen jetzt die Eltern, wenn sie ihr Kind in den Kindergarten geben kostet es nichts mehr. Also können sie schon früher auf den Arbeitsplatz zurückkehren, weil sie haben nur einen kürzeren Zeitraum zu überwinden, wo sie mit Kosten rechnen müssen. Ich glaube wir müssen auch einmal im Sinne derer denken, die das nutzen und nicht sagen, warum habt denn ihr das Geld nicht abgeholt?

Wir haben richtig gehandelt und dieser Innovationsschub bei unseren Kinderbetreuungseinrichtungen ist erst dadurch gekommen. Sind wir ganz ehrlich. Jetzt tut sich vieles draußen in unseren Gemeinden. Und auf einmal werden dort Kleinkindbetreuungen gebraucht, wo man sie halt niemals gebraucht hat. Jetzt auf einmal ist das Interesse da und es wird gebraucht, nämlich von denen die es in Anspruch nehmen wollen. Weil der Bürgermeister baut ja nicht eine Krabbelgruppe für sich, sondern er baut die Krabbelgruppe für die Eltern in seinem Ort auf. Von daher hat Landesrat Stockinger ganz richtig gehandelt.

Wir lassen sicher kein Geld liegen. Aber wir handeln verantwortungsvoll. Wir machen nicht irgend jemand ein X für ein U vor und sagen ja, und das brauchen wir jetzt an Geld und in Wirklichkeit ist das nur Gerede. Wir schauen, dass wir Fakten schaffen, das heißt also Einrichtungen ins Leben rufen und für diese Einrichtungen werden wir uns auch dann das Geld nach Oberösterreich holen. Und das steht ja vor der Tür und wir sehen jetzt, dass etwas weiter geht. Ich muss sagen, draußen in den Orten, in den Kindergärten tut sich wahnsinnig viel. Es ist unwahrscheinlich wie viele neue Gruppen dazukommen, es ist unwahrscheinlich wie viele Kleinkindbetreuungen entstehen, es ist unwahrscheinlich wie viele Horte aufgebaut werden in unseren Gemeinden draußen. Und das ist erst dadurch möglich geworden, dass die Eltern jetzt ein durchgehendes Betreuungssystem zur Verfügung haben, vom Kleinkindalter bis hinauf zum Schulalter.

Zur Sprachförderung möchte ich noch kurz sagen, auch hier geht die Saat auf. Es war notwendig hier zu handeln. Es war notwendig hier Maßnahmen zu setzen und mit der Sprachstandsfeststellung, mit den garantierten Fördermaßnahmen, die auch bezahlt werden, ist es uns gelungen, dass wirklich Kinder einen besseren Start in die Schule machen können. Mit dem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr gemeinsam bringen wir unsere Kinder, zumindest aus momentaner Sicht, mit den besten Voraussetzungen zum Schulbeginn. Das ist eine gute Maßnahme für Chancengleichheit.

Und ich glaube Chancengleichheit zu geben für alle Kinder in Oberösterreich, das ist unser Ansatz und ich danke wirklich dem Landesrat Stockinger für seinen Einsatz für unsere Jüngsten und damit auch für unsere Schwächsten im Land. Das möchte ich ganz ausdrücklich sagen. Und ich danke auch der Abteilung Bildung und den Sachbearbeiterinnen, der Hofrätin Frau Dr. Trixner und den Inspektorinnen, weil die müssen nämlich dafür sorgen, dass diese Gruppen genehmigt werden. Und das ist ganz viel Arbeit, dass man das wirklich gut bewältigen kann und vielleicht geht manches auch nicht so schnell wie wir es uns wünschen. Aber das Ziel ist gesetzt, das alles rechtzeitig vor Kindergartenbeginn über die Bühne gebracht zu haben und dafür danke ich allen und ich finde wir sind auf einem guten Weg, uns das Geld nach Oberösterreich zurückzuholen. Landesrat Stockinger ist dafür unser Garant. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Kollegin! Richtiges Handeln ist angesprochen worden. Jetzt werde ich Ihnen sagen wie die Interpretation von richtigem Handeln aussieht. Hier in dieser Regierungsbank ist ein Mitglied der Landesregierung, der hat freiheitliche Politiker, die ein Gratiskindergartenjahr gefordert hatten, als Populisten beschimpft, weil das nicht finanzierbar ist. In diesem Landtag haben wir eine Budgetsitzung gehabt, da waren Sie noch nicht dabei, da verlangten wir die Finanzierung eines Gratiskindergartenjahres. Die Abgeordneten Damen und Herren dieses Hauses haben das Gratiskindergartenjahr abgelehnt.

Aber einige Tage plötzlich danach ein Gesinnungswandel innerhalb der ÖVP. War es jetzt wirklich die Information, dass die SPÖ in den Wahlkampf damit geht oder waren es die Argumente, die von den Freiheitlichen im Rahmen der Budgetsitzung etwas langsamer Wirkung gezeigt haben? Da hat der Herr Landeshauptmann eine Pressekonferenz gegeben und hat plötzlich drei Jahre angekündigt. Ich habe da nie von einem Populisten gesprochen, der das jetzt im Zuge des Wahlkampfes in irgendeiner Form durchsetzen will. (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Er hat es ja auch umgesetzt!") Der hat sich also offensichtlich die Argumente der Freiheitlichen im Rahmen der Budgetdebatte genau angehört und hat gesagt, das ist alles richtig was die Freiheitlichen wollen und hat das gleich drauf gegeben. (Beifall)

Auch in Ordnung, so haben wir es jetzt und jetzt hat halt der Landesrat die Finanzierungsprobleme und wir haben auch alle Probleme, die wir natürlich mit so einem neuen Gesetz haben. Der ist als Troubleshooter quasi hineingesprungen und versucht hier die Probleme zu lösen. Was juristisch nicht immer ganz so einfach war, wie manche Vorgespräche bereits bewiesen haben. Ich sage nur, so schnell kann man vom Saulus zum Paulus oder vom Populisten zum Realisten oder zu anderen Ergebnissen noch im Rahmen einer Budgetdebatte kommen. Das gab es halt.

Und Frau Kollegin Bauer! Gerne nehme ich Sie mit auf eine Bereisung durch die freiheitlichen Kinderbetreuungseinrichtungen in unseren Gemeinden. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl:

"Was sind denn freiheitliche Kinderbetreuungseinrichtungen?") Weil wir aber auch den ländlichen Raum besonders vor Augen haben, ist es jetzt erst durch das neue Gesetz möglich, dass man auch Tagesmütter und Tagesväter in diese Betreuung mit aufnimmt. Denn wir werden nicht in den Kleinstgemeinden überall entsprechende Einrichtungen errichten können, weil das einfach unfinanzierbar wäre. Aber gerne nehme ich dich da mit und zeige dir hier Möglichkeiten.

Und eines ist klar, wenn es uns so wichtig ist, was wir hier diskutieren, dann frage ich nun den Landesrat, wenn der Bund kein Geld mehr hat zum Zahlen, zahlen wir das dann zusätzlich? Und wird dieser Landtag dann im nächsten Budget die Geldmittel für diese Maßnahme in Oberösterreich auch zur Verfügung stellen? Sollte der Bund das Geld nicht mehr haben, weil der zahlt ziemlich viel Zinsen und hat mehr finanzielle Probleme als das Land selber, dann bin ich gespannt, ob jene die heute beschlossen haben, dass wir das unbefristet verlängern.

Weil eines muss uns klar sein, dass das eine Bildungseinrichtung ist und in einer Bildungseinrichtung geht es um Qualität. Und weil uns die Kinder so wichtig sind, müssen wir natürlich diese Qualität auch sichern. Ob der Bund das jetzt zahlt oder nicht, es geht um unsere Kinder in Oberösterreich. Also für den Fall des Falles, lieber Landesrat Stockinger, könnte da noch eine Nachbesserung notwendig werden. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Frau Kollegin Wageneder das Wort.

Abg. **Wageneder:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Kollegin Bauer! Also Sie haben meine Aussage wirklich stark missgedeutet. Ich habe da heraußen vorhin zuerst zum Antrag gesagt, dass in manchen Gemeinden die Eltern immer noch als Bittsteller behandelt werden und dass die Eltern ein Recht haben, ein Recht auf Betreuung. Und da nehme ich sehr wohl die Gemeinden sehr stark in ihre Pflicht und nicht wie Sie behaupten, dass ich das Gegenteil gesagt hätte. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Und mein Dank gilt auch zum Schluss noch den Damen und Herren der Bildungsabteilung, die sicher in den letzten Jahren mit sehr viel Mehrarbeit dazu beigetragen haben, dass wir hier diese Steigerung und diesen Erfolg in der Kinderbetreuung nun einfahren können. Danke.

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Stockinger.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Melde mich noch einmal, weil ich auf den Kollegen Steinkellner doch replizieren und darauf hinweisen will, die Dimensionen zu sehen. Du hast gesagt, wenn der Bund jetzt nimmer bezahlt, bricht das alles zusammen bei uns in Oberösterreich. Die Fakten sind, unser Kinderbetreuungsbudget des Landes, da sind die Gemeindemittel noch gar nicht dabei, sind 167 Millionen im Jahr und die gesamte Bundesförderung, die befristet gegeben worden ist für die drei Jahre, macht in Oberösterreich 2,2 Millionen im Bau und 734.000 für Sprachförderung aus, also nicht einmal 3 Millionen. 167 zu 3 Millionen, das sind nicht einmal 2 Prozent unseres Kinderbetreuungsbudgets. Bei aller Wertschätzung für das Bundesgeld, wir nehmen es gern und wir holen jeden Euro ab, aber in Wirklichkeit ist es die Dimension einer Lohnrunde und Gehaltsvorrückung im Kindergartenbereich, also man sollte hier auch die Kirche im Dorf lassen. (Beifall)

Dritter Präsident: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede zur dringlichen Anfrage. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen nun zur

Beilage 148/2010. Das ist ein „Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Tätigkeitsbericht 2009 und den Rechnungsabschluss 2009 des O.ö. Landmaschinenfonds“. Ich bitte die Frau Abgeordnete Annemarie Brunner über die Beilage 148/2010 zu berichten.

Abg. **Brunner:** 148/2010, Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Tätigkeitsbericht 2009 und den Rechnungsabschluss 2009 des O.ö. Landmaschinenfonds.

Die Oö. Landesregierung hat beantragt, dass der Landtag den Tätigkeitsbericht und den Rechnungsabschluss des O.ö. Landmaschinenfonds beraten soll im Ausschuss, das ist im letzten Ausschuss geschehen und heute hier zu beschließen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Abg. Brunner das Wort.

Abg. **Brunner:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Einen Landmaschinenfonds gibt es in Oberösterreich schon seit 55 Jahren, das ist eigentlich eine sehr lange Zeit und dieser Landmaschinenfonds hat sich sehr gut bewährt. Er gibt den Bauern einfach die Möglichkeit, zu günstigen Konditionen die Betriebe mit zeitgemäßen Maschinen auszustatten. Gerade für kleinere Betriebe ist es ein sehr gutes Instrument, nach wie vor ein sehr gutes Instrument, da die Untergrenze der Förderungshöhe bei rund 2.000 Euro liegt, somit hat auch jeder die Chance dort Geld zu bekommen. Der große Vorteil des Landmaschinenfonds zu anderen Förderungsmöglichkeiten ist, dass auch gebrauchte Maschinen angeschafft werden können. Der Landmaschinenfonds hat sich in diesen 55 Jahren zu einer fixen Größe für die Bäuerinnen und Bauern entwickelt. Und gerade in Zeiten, in finanziell schwierigen Zeiten, und da ist auch die Landwirtschaft nicht ausgeschlossen, ist es wichtig, neue Maschinen anzuschaffen und somit auch dementsprechende Impulse für die Bauern auf ihren Betrieben, aber auch für die Wirtschaft zu geben.

Im Tätigkeitsbericht, der ja allen vorliegt, war im Vorjahr zu vermerken, dass es im ersten halben Jahr eine unterdurchschnittliche Antragsstellung gab, dass eigentlich die Anträge länger angenommen werden konnten als ursprünglich geplant war, das heißt, alle Anträge bis 6. August konnten berücksichtigt werden. Dieser Trend setzte sich aber auch im Herbst fort. Erst zu Weihnachten ist wirklich wieder der Bedarf an Fördermitteln gestiegen, dies widerspiegelt eigentlich die wirtschaftlich schwierige Situation im Vorjahr, die Markteinbrüche, die Preiseinbrüche bei allen landwirtschaftlichen Produkten, die wir ja im Grünen Bericht in der nächsten Landtagssitzung sicherlich noch genauer diskutieren werden. Es hat 200 Anträge gegeben, die im Vorjahr übrig geblieben sind, die heuer bearbeitet worden sind. Es gab 406 Anträge, es wurde eine Gesamtsumme von über achteinhalb Millionen Euro an die Bäuerinnen und Bauern ausbezahlt. Besonders erfreulich ist, dass auch die Darlehensgrenzen erhöht worden sind von 25.000 auf 30.000 Euro und die Verwaltungskosten nach wie vor sehr, sehr niedrig gehalten sind. Für die gute Geschäftsführung möchte ich wirklich Herrn Mag. Dietachmair mit seinem Team ein herzliches Danke sagen. Es gilt aber auch der Dank an das Land Oberösterreich, namentlich erwähnt unseren Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und unseren Agrarlandesrat Dr. Josef Stockinger, die diese Förderaktion nach wie vor unterstützen werden und immer unterstützt haben. Wir stimmen natürlich zu. (Beifall)

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Peutlberger-Naderer.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Werter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Kollegin Brunner hat schon die inhaltlichen Schwerpunkte der Tätigkeit des Landmaschinenfonds sehr gut ausgeführt und ich bin auf den Gedanken kommen, dass gemessen an den rückläufigen Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebe dieser Landmaschinenfonds an Attraktivität gewonnen hat. Die Anträge kommen laufend herein und der Landmaschinenfonds ist offensichtlich für unsere landwirtschaftlichen Betriebe ein sehr gutes Instrument, um sich technisch gut auszurüsten. Der Zinssatz von 3 Prozent ist auf 2,5 Prozent gefallen, das möchte ich noch ergänzen, ist sehr erfreulich. Aufgrund der gesamten Zinssituation und der eingeschränkten Verwaltungskosten muss man wirklich die ganze Geschäftsführung hier beim Landmaschinenfonds sehr positiv hervorheben. Ich könnte auch noch anschließen, dass zu den 406 Anträgen, die im Berichtsjahr mit 8,1 Millionen Euro erledigt wurden, es noch 38 Anträge waren, die nicht zur Bewilligung gekommen sind, weil nachträglich der Antragsteller verzichtet hat und eben von der Darlehensgewährung Abstand genommen wurde.

Ergänzen möchte ich auch noch, dass die Darlehenslaufzeit zwischen 4, 5 oder 6 Jahren ist. Das ist also ein wirklich überschaubarer Zeitrahmen, wo man die Geräte auch wenn sie gebrauchte Geräte sind, glaube ich, dann ganz gut wieder ausfinanzieren kann. Ja, wir als Sozialdemokraten werden natürlich diesen oberösterreichischen Tätigkeitsbericht des Landmaschinenfonds zur Kenntnis nehmen. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 148/2010 „Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Tätigkeitsbericht 2009 und den Rechnungsabschluss 2009 des O.ö. Landmaschinenfonds“ zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu heben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 149/2010. Das ist der „Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2008“. Ich bitte Herrn Abgeordneten Dr. Aichinger über die Beilage 149/2010 zu berichten.

Abg. **Dr. Aichinger:** Beilage 149/2010 „Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2008“. Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht über die Tätigkeit enthält neben der Darstellung der gesetzlichen Grundlagen und der Organisation des Oö. Gesundheitsfonds die Organisation und die Aufgaben der Organe, die Beschreibung des Systems zur leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung; wesentliche Kennziffern der Fondskrankenanstalten und den Bericht schließlich über die Gebarung.

Der Sozialausschuss beantragt, der hohe Landtag möge beschließen, der Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2008, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 12. April 2010 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags als Subbeilage angeschlossen war, wird zur Kenntnis genommen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Wird zu dieser Beilage das Wort gewünscht? Nachdem das nicht der Fall ist, schließe ich die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 149/2010 „Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2008“ zustimmen, um ein Zeichen

mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 150/2010. Das ist der „Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend eine gesetzliche Verankerung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten“. Ich bitte Herr Abgeordneten Mag. Bernhard Baier über die Beilage 150/2010 zu berichten.

Abg. Mag. Baier: Beilage 150/2010 „Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend eine gesetzliche Verankerung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten“. Aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport gibt es eben den Antrag, gesetzlich verankerte Schülerinnen- und Schülerparlamente an Schulen einzurichten, wo es auch eine gesetzliche Schülerversretung gibt. Derzeit ist die Mitwirkung an der Schuldemokratie im § 58 Schulunterrichtsgesetz geregelt und auf diese Bestimmung zielt auch der Antrag ab, so dass es in weiterer Folge zu einer gesetzlichen Verankerung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten unter Vorsitz des Schülerversretung kommen soll. Insbesondere sind davon betroffen die Hauptschulen in dem Fall, die Polytechnischen Schulen, die höher bildenden Schulen und natürlich auch die AHS Unterstufe. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Dritter Präsident: Ich teile mit, dass zu dieser Beilage ein Abänderungsantrag eingelangt ist. Wir haben Ihnen diesen Abänderungsantrag als Beilage 171/2010 „Abänderungsantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Beilage 150/2010 (Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend eine gesetzliche Verankerung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten)“ auf den Plätzen aufgelegt. Ich eröffne die Wechselrede und stelle fest, dass dieser Abänderungsantrag in die Wechselrede miteinbezogen wird. Wünscht zu dieser Beilage jemand das Wort? Nachdem das nicht der Fall ist, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über den Abänderungsantrag Beschluss fassen. Ich bitte also jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Abänderungsauftrag mit der Beilagen Nummer 171/2010 zustimmen um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag keine Mehrheit gefunden hat.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Hauptantrag in der Fassung der beschlossenen Abänderungsanträge. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Hauptantrag, also der Beilage 150/2010 „Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend eine gesetzliche Verankerung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten“ in der Fassung des soeben beschlossenen Abänderungsantrages – Ich bitte um Entschuldigung, da habe ich mich jetzt leider in der Wortwahl geirrt. Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Hauptantrag und ich ersuche die Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 150/2010 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde, mit Mehrheit angenommen wurde.

Wir kommen zur Beilage 151/2010. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Verlängerung der Option bis zum 30. Juni 2013 hinsichtlich des Erwerbs des Grundstückes Nr. 1139, EZ 20, GB 45517 Nöstlbach, im Ausmaß von 24.065 m² durch die Firma Gruber & Kaja High Tech Metals GmbH, Gruber & Kaja Straße 1, 4502 St. Marien, zu den im Kaufvertrag vom 5./11. Juli 2001 vereinbarten Bedingungen“. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Arnold Weixelbaumer über die Beilage 151/2010 zu berichten.

Abg. **Weixelbaumer:** Beilage 151/2010 „Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Verlängerung der Option bis zum 30. Juni 2013 hinsichtlich des Erwerbs des Grundstückes Nr. 1139, EZ 20, GB 45517 Nöstlbach, im Ausmaß von 24.065 m² durch die Firma Gruber & Kaja High Tech Metals GmbH, Gruber & Kaja Straße 1, 4502 St. Marien, zu den im Kaufvertrag vom 5./11. Juli 2001 vereinbarten Bedingungen“.

Der Finanzausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Die Landes-Immobilien GmbH wird ermächtigt, die im Kaufvertrag vom 5./11. Juli 2001, abgeschlossen mit der Firma Gruber & Kaja High Tech Metals GmbH, Gruber & Kaja Straße 1, 4502 St. Marien, vereinbarte Optionsfrist betreffend den Erwerb des Grundstückes Nr. 1139, EZ 20, GB 45517 Nöstlbach, im Ausmaß von 24.065 m², zu den im Kaufvertrag vereinbarten Bedingungen, bis zum 30. Juni 2013 zu verlängern.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Kirchmayr.

Abg. **Mag. Kirchmayr:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie. Gegründet wurde dieses Unternehmen auf dem Betriebsgelände der ehemaligen voest. 1999 zählte Gruber & Kaja zu den bedeutendsten Druckgusslieferanten für diese Sparte im deutschsprachigen Raum. Die Firma Gruber & Kaja ist ein Spezialist in Druckgusstechnik und sichert ein hohes technologisches Niveau in seinem Standort Österreich, höchste Qualität in allen Aktivitäten ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Der Druckguss und seine optimale Verarbeitung ist nur ein Teil der technisch industriellen Anforderungen an die Firma Gruber & Kaja. Die Firma Gruber & Kaja erwarb im Jahr 2001 zum Bau einer Produktionshalle ein Grundstück vom Landesgut Ritzlhof. Gleichzeitig vereinbarte man eine Option, dass die Firma zu einem späteren Zeitpunkt das Nachbargrundstück erwerben könne. In der Landtagsitzung 2007 wurde dieser Vertrag bis zum 30.6.2010 verlängert.

Für die zukünftigen Expansionspläne und die beabsichtigte Verlegung des Konzernstandortes von Neudörfel im Burgenland nach St. Marien in Oberösterreich ist die Optionsfläche von großer Wichtigkeit für dieses Unternehmen. Aufgrund der in den letzten Jahren getätigten Investitionen und der derzeitigen leider pessimistischen Wirtschaftslage ist ein Erwerb der Optionsfläche bis zum Auslaufen des Vertrages am 30.6.2010 leider nicht möglich. Daher hat die Geschäftsleitung mit dem Schreiben vom 8. April 2010 um Verlängerung der Frist bis 30. Juni 2013 gebeten. Seitens der Landesimmobilien GmbH. und der Abteilung Gebäude- und Beschaffungs-Management spricht gar nichts gegen eine Verlängerung dieser Option. Arbeitsplätze und Produktionsstandort der Firma Gruber & Kaja können dadurch am besten abgesichert werden, wenn auch der Firmensitz an diesem besagten Standort liegt. Derzeit sind rund 335 Mitarbeiter in St. Marien beschäftigt, daher ist es für diese Region gerade ganz besonders wichtig, dass die Optionsfläche der Firma Gruber & Kaja einzuräumen ist und so auch den Konzernstandort nach Oberösterreich, in den wunderschönen Bezirk Linz-Land zu holen. Besten Dank! (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kepplinger, Kapeller pardon.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Meine Vorrednerin hat ja bereits sehr klar und sehr deutlich den Werdegang dieser Geschichte dargestellt. Nachdem ich doch schon etwas länger diesem Landtag angehöre, muss ich schon darauf hinweisen, dass sich der Landtag bereits zum dritten Mal mit dieser Materie

beschäftigt. Das erste Mal 2001. Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen, weil wir auch die Meinung vertreten, dass es wichtig für das Unternehmen ist, ich würde aber trotzdem ersuchen, dass sich die Verantwortlichen sehr intensiv und massiv dafür einsetzen, dass wir uns das letzte Mal hier im Landtag mit dieser Materie beschäftigen und dass 2013 diese Angelegenheit von den Verantwortlichen abgeschlossen ist. (Beifall)

Dritter Präsident: Da mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 151/2010 „Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Verlängerung der Option bis zum 30. Juni 2013 hinsichtlich des Erwerbs des Grundstückes Nr. 1139, EZ 20, GB 45517 Nöstlbach, im Ausmaß von 24.065 m² durch die Firma Gruber & Kaja High Tech Metals GmbH, Gruber & Kaja Straße 1, 4502 St. Marien, zu den im Kaufvertrag vom 5./11. Juli 2001 vereinbarten Bedingungen“ zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen nun zur Beilage 152/2010, das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend einer Haftungsübernahme. Ich bitte Herrn Klubobmann Mag. Thomas Stelzer über die Beilage 152/2010 zu berichten.

Abg. **Mag. Stelzer:** Beilage 152/2010, Bericht des Finanzausschusses betreffend einer Haftungsübernahme.

Der Finanzausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die Übernahme der Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für im Rahmen der Oö. Neubauförderungsverordnung 2009 bezuschusste Darlehen im Gesamtausmaß von bis zu 156 Mio. Euro beschließen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 152/2010.)

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und bitte wieder Herrn Kapeller ans Mikrofon.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Stelzer hat ja bereits in seinem Bericht darauf hingewiesen, dass es zurzeit eine sehr angespannte Budgetsituation gibt, welche auch das Wohnbauressort nicht ausnimmt. Kollege Stelzer, eine kleine Bemerkung dazu, die Beschlüsse, die in der letzten Legislaturperiode getroffen worden sind, sind auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen worden, und auch der Vorgriff, der sogenannte Vorgriff, der gemacht worden ist, war eine gemeinsam getragene Angelegenheit und eine gemeinsam getragene Sache. Aber diese angespannte Budgetsituation, die das Wohnbauressort auch nicht ausnimmt, führt dazu, dass das Land Oberösterreich in den nächsten Jahren die aushaftenden Wohnbaudarlehen im Wert von 320 Millionen Euro verkaufen wird. 160 Millionen Euro will der Finanzreferent im heurigen Jahr von diesen aushaftenden Wohnbaudarlehen noch einnehmen.

Uns allen muss natürlich klar sein, dass es sich dabei um eine Vermögensveräußerung handelt, oder wie es unser Landesrechnungshofdirektor formuliert hat, es handelt sich um Einmaleffekte, und künftige Darlehensrückflüsse fallen daher aus. Und es gab in Oberösterreich natürlich Zeiten, da standen die Direktdarlehensrückflüsse dem Wohnbau zur Verfügung, diese Zeiten sind leider schon längere Zeit vorbei. Denn diese einmaligen Verkaufserlöse fließen in das Landesbudget, und stehen dem Wohnbau leider nicht zur Verfügung. Wir wissen, dass durch diese angespannte Budgetsituation das Wohnbauressort nun keine Darlehen mehr auszahlen kann. Es soll daher vorerst nur mehr Zinsenzuschüsse geben. Ich hoffe

aber sehr, dass dieser nun einzuschlagende Weg der Zinsenzuschüsse nicht über einen längeren Zeitraum gegangen wird, denn nur mehr auf Annuitätenzuschüsse zu setzen, ist aus meiner Sicht ein falscher Weg und es ist daher unbedingt notwendig, dass wir uns trotzdem mit dieser Problematik beschäftigen, und dass wir aufgrund dieser momentanen budgetären Situation diesen heutigen Beschluss fassen.

Grundsätzlich vertrete ich aber die Auffassung, dass im Budget 2011 genügend Geld für den Wohnbau zur Verfügung gestellt werden muss. Ein weiteres Ziel muss es auch sein, wieder zu den Direktdarlehen zurück zu kommen. Mit diesem vorliegenden Antrag wird die Übernahme einer Landeshaftung für Wohnbaudarlehen von insgesamt 156 Millionen Euro beantragt, ohne diese Umstellung der Darlehen wäre eine sehr lange Wartezeit bei der Wohnbauförderung die Folge. Der Wohnbau ist, und das haben wir ja sehr oft schon hier in diesem Haus diskutiert, aber ein sehr wichtiger wirtschaftlicher Motor, nicht nur für das Baugewerbe, sondern auch für das Baunebengewerbe und für die Konjunktur, und daher ist es unbedingt notwendig, gerade in Zeiten wie diesen, dass wir hier diesen Schritt setzen. Wir werden daher diesem Antrag die Zustimmung geben. (Beifall)

Dritter Präsident: Wer hat zu dieser Beilage das Wort gewünscht? Landesrat Dr. Haimbuchner.

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren Kollegen! Ja, ich ersuche Sie natürlich, dieser Haftungsübernahme Ihre Zustimmung zu geben, und darf gleich darauf verweisen, dass das, was gesagt worden ist, vom Kollegen Stelzer und vom Kollegen Kapeller grundsätzlich natürlich richtig ist, und ich freue mich, dass ich schon die Zustimmung, oder die Zusage auch vom Kollegen Kapeller hier bekommen habe, dass man das Wohnbaressort unterstützen will, auch mehr finanzielle Mittel seitens des Landesfinanzreferenten beim nächsten Budget zur Verfügung zu stellen.

Keine Frage, Geld ist knapp, und aufgrund dessen hat es auch eine Kürzung des Wohnbudgets gegeben. Es ist uns erstmalig gelungen, dass man Landesdarlehen, die schon zugesagt worden sind, auch jetzt auf Landesdarlehen substituierende Bankdarlehen umstellt. Das ist eine Novität, aber das ist auch, und das möchte ich hier an dieser Stelle auch betonen, eine Notlösung. Das ist nicht mehr als eine Notlösung. Das ist notwendig, damit wir den mehrgeschossigen Wohnbau überhaupt in Oberösterreich dieses Jahr sicherstellen können. Ich darf darauf verweisen, wenn man weiterführt diese annuitätenbezuschusste Finanzierung, dass man dann am Ende dieser Legislaturperiode wahrscheinlich ein Darlehensvolumen hat, das zu substituieren ist, von 1 Milliarde Euro. Was das bedeutet an Zinsenlast, was das bedeutet an Annuitätenzuschüssen, vor allem wenn sich die Zinslage verändert, das ist natürlich klar, dann würde das das Wohnbaubudget überdimensional belasten, und deshalb kann ich nur sagen, das ist jetzt eine Notlösung, so kann der Wohnbau sichergestellt werden. Ich will auf die Vergangenheit gar nicht mehr näher eingehen, aber das war natürlich richtig, richtig ist natürlich, dass man hier vorgegriffen hat, richtig ist natürlich, dass man diese Beschlüsse einstimmig gefasst hat.

Ich war damals noch nicht in der Landesregierung vertreten, aber es geht jetzt auch nicht um die Vergangenheit, es geht um die Gegenwart, es geht um die Zukunft, und insofern soll das auch hier heute vermerkt sein, das wird auf die Dauer so nicht weiter gehen. Wenn man diese annuitätenbezuschusste Linie weiterfährt im mehrgeschossigen Wohnbau in den nächsten Jahren, fährt man wahrscheinlich das Wohnbaubudget gegen die Wand. Ich sage das so offen und so ehrlich, mir ist die Finanzsituation des Landes bewusst, mir ist klar, dass gespart werden muss, und ich habe auch meinen Beitrag schon dazu geleistet.

Und dann noch einmal zur Frau Kollegin Wageneder, die also hier heute mit ihrer Anfrage gesagt hat, wie wichtig dieser Direktzuschuss ist, ja, ich sage Ihnen eines, wenn man Geld verteilen jetzt, wenn man Geldgeschenke verteilen will, dann kann man das machen, ja, dann kann man das machen, aber dann muss einem bewusst sein, dass der Wohnbau einbrechen wird, dass man die finanziellen Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen kann, und dann, Frau Kollegin Wageneder, dann wünsche ich Ihnen viel Vergnügen mit den Gesprächen mit der Wohnungswirtschaft, mit der Gewerkschaft, mit der Wirtschaftskammer, mit den gewerblichen Bauträgern, mit den gemeinnützigen Bauträgern, das können Sie ja dann durchaus machen. Und deswegen warne ich davor, ich warne davor in allen Bereichen, Geld zu verschenken. Und wir tun das wirklich nicht im Wohnbau, und wir haben diese Lösung getroffen, und ich bedanke mich auch, dass es hier eine Einigkeit darüber gibt, dass man auch hier die Haftungen übernimmt.

Das ist natürlich ein Problem, dass die Wohnbaudarlehen verkauft werden. Aber der Verkauf alleine, das muss man auch einmal sagen, das ist nicht das Problem, natürlich, wenn man niemals Landesdarlehen verkauft, dann gibt es immer einen Rückfluss, keine Frage, das Problem ist beim Verkauf der Landesdarlehen, wenn kein Cent in das Wohnbaubudget zurückfließt. Wenn man einen Teil zumindest dem Wohnbau zur Verfügung stellen würde, vielleicht auch im Rahmen eines Sonderwohnbaus, dann würde das der Wirtschaft helfen. Aber wir sind auch gefragt, auch ich bin gefragt, überhaupt keine Frage, entsprechende Reformen einzuleiten, und wir haben das ja auch schon gemacht, dass Geld vernünftig eingesetzt wird. Nur zu sagen und zu fordern, mehr Geld, wir sollen mehr Geld verteilen, weil Direktzuschüsse, und Frau Kollegin Wageneder, ich würde mir eigentlich wünschen, dass Sie auch hier jetzt das Wort ergreifen zum Wohnbau, jetzt wären Sie gefragt Ihre Vorschläge zu bringen, wo man Geld zur Verfügung stellen kann. Denn Sie können mir glauben, sowohl der Wohnbausprecher der Sozialdemokratie hat es gesagt, der Wohnbausprecher der ÖVP, alle sind hier bemüht, zumindest den mehrgeschossigen Wohnbau, den sozialen Wohnbau für die Menschen in unserem Land auch sicher zu stellen, auch für die Häuslbauer sozusagen. Das Zinsenzuschussmodell, ich darf nur heute hier erwähnen, wir befinden uns in einer Niedrigstzinsphase, nicht einmal in einer Niedrigzinsphase, in einer Niedrigstzinsphase, wenn nur annähernd ein Zinsanstieg zu verzeichnen ist in den kommenden Jahren, und ich glaube gar nicht, dass das Jahre dauern wird, sondern dass das bald eintreten wird bei diesem Zinsniveau, dann wird das Wohnbaubudget so belastet, und zwar um zig Millionen Euro, dass man heute schon Vorkehrungen dazu treffen muss. Ich sage das in dieser Deutlichkeit, und deswegen müssen wir jeden Cent, den wir in diesem Bereich ausgeben, zweimal umdrehen.

Wir müssen uns auch alle Beschlüsse, die gefasst werden zweimal überlegen, was hat das für eine Auswirkung, und zwar nicht nur, was hat das für eine Auswirkung in diesem Jahr, was hat das für eine Auswirkung im Jahr 2011, was hat das für eine Auswirkung im Jahr 2012? Und mit einem Wohnbaubudget, um das Wort eines Altbundeskanzlers zu verwenden, das soll keine politische Suderei da jetzt werden, aber mit 288 Millionen Euro wird in Zukunft, in den kommenden Jahren der Wohnbau in Oberösterreich bei allen Reformen, die zu machen sind, nicht sichergestellt werden können. Ich sage das in dieser Deutlichkeit, das wird nicht gehen. Es ist meine Aufgabe, Mengenkontingente zu vereinbaren, zu schauen, dass auch die Verteilung funktioniert, ganz egal zwischen Stadt und Land und zwischen den verschiedenen Bauträgern, gewerblich, gemeinnützig, aber, es ist auch die Aufgabe der Landesregierung, auch des Landesfinanzreferenten, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich weiß, dass die Situation schwierig ist, und ich bin der Letzte, der hergeht und sagt, und wir fordern jetzt zig Millionen mehr, damit man dann irgendwas erreicht im Herbst, ich werde das nicht machen, ich werde hier wirklich auch ehrlich verhan-

deln, und habe Verständnis für alle Einsparungen, die zu tätigen sind. Das ist ja überhaupt keine Frage, und ich stehe auch dazu, und man soll auch einsparen, und ich will jetzt nicht sagen, beim Wohnbau kann man nicht einsparen, aber wir sind auf einem Level im Wohnbau angelangt, der wird so nicht weiterlaufen können die gesamte Legislaturperiode. Ja, in diesem Jahr völlig verständlich, im nächsten Jahr werden wir schauen, wie wir den Wohnbau auch sicherstellen können, aber ich möchte nur gleich vorweg sagen, auf die Dauer wird man das Annuitätenmodell nicht fortführen können. Das wird nicht gehen. Ich sage das in dieser Deutlichkeit, entweder es wird dann in den nächsten Jahren einmal mehr Budget geben, oder es wird die Bauleistung zu hinterfragen sein. Das möchte ich aber auf keinen Fall, sage ich vorweg, weil der Wohnbau, das ist ein Wirtschaftsmotor, das ist ein regionaler Motor auch in Oberösterreich letztendlich, das ist ein Motor in den Gemeinden und da sind alle gefragt, und es gibt da ja grundsätzlich gute Gespräche, das sage ich vorweg, und es hat auch jeder Verständnis für diese Situation, aber wie gesagt, es wird so nicht weiter gehen können. Und ich mache darauf aufmerksam, wenn sich die Zinslage verändert, da geht es gar nicht um eine dramatische Veränderung, sondern um einige Basispunkte, dann hat das Auswirkungen auf das Budget, die man sich zum Teil gar nicht vorstellen kann, und deswegen kalkulieren wir sehr, sehr vorsichtig.

Und die Frau Kollegin Wageneder wäre ja auch gefragt, entsprechende Vorschläge einmal zu bringen. Also, Frau Kollegin, ich würde Sie ersuchen, bringen Sie sich in diese Debatte ein, ich werde Ihnen aufmerksam zuhören. Sie sind sonst auch eine, die sehr, sehr gerne, ich bin froh, dass Sie sich doch bewegen lassen auch einige Worte zu verlieren, ich freue mich auf Ihre Vorschläge, wie man Geld einsparen kann, aber ich möchte wissen, wo möchten Sie einsparen? Möchten Sie bei den Alten- und Pflegeheimen einsparen? (Zwischenruf Abg. Makor: "Herr Landesrat! Wohnbaureferent sind aber schon Sie!") Sie können sich natürlich auch gerne zu Wort melden, das ist auch gut, wenn man von Ihnen einmal etwas hört, wenn man da einmal etwas vernimmt zum Wohnbau, denn das, was hier veranstaltet worden ist in der letzten Legislaturperiode, und wenn Sie sagen, es ist einstimmig beschlossen worden von der Landesregierung, dann sage ich Ihnen, da hat der Kollege Kapeller recht, ja, das ist richtig, aber wer hat die Amtsvorträge eingebracht? Das war Ihr Referent, das muss man auch einmal an dieser Stelle sagen. Also, bleiben wir einmal bei der ganzen Wahrheit, und nicht immer Geld fordern. Das Einzige, was Sie können von der Sozialdemokratie ist nur mehr Geld fordern, ich habe überhaupt noch nichts anderes gehört, da gehört eine Milliarde her, da gehört eine Milliarde her, da gehört eine Milliarde her.

Das ist das Gleiche wie bei den Grünen, der Herr Landesrat Anschober sagt, da fordere ich eine Sanierungsmilliarde, da soll es eine Energiemilliarde, oder wie das alles heißt, geben, wo wir ganz genau wissen, es gibt weniger Einnahmen. Mut zur Ehrlichkeit, Ehrlichkeit währt am längsten, und deswegen gehört an dieser Stelle auch Tacheles gesprochen, wie es weitergeht, und Sie werden von mir immer eine ehrliche Antwort hören (unverständlicher Zwischenruf Abg. Bauer) und liebe Rosi, du kannst auch gerne zum Wohnbau sprechen, das ist besser, der Wohnbau braucht eh mehr Aufmerksamkeit, auch von eurer Seite, denn das ist verpfuscht worden von euch in den vergangenen Jahren. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Geschätzter Herr Landesrat Haimbuchner, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Also, ich bin nicht die Wohnbaulandesrätin, die Vorschläge müssen von Ihnen kommen, und wir dürfen das auch entsprechend beurteilen und bewerten. Und ich möchte das noch sagen zur thermischen Sanierung. Die thermische Sanierung bringt erstens einmal erhebliche Einsparungen für die Menschen bei den Heizkosten, zweitens Arbeitsplätze, Ar-

beitsplätze in allen Regionen draußen, denn das sind sehr arbeitsintensive Aufträge, und vor allem auch sehr kleine Firmen führen diese Aufträge durch. Und ein Drittes, weil Sie mich, ich glaube dreimal aufgefordert haben, wir bringen auch konstruktive Vorschläge ein, ich würde mir wünschen, dass einmal die Eigenmittel und die Rücklagen der gemeinnützigen Wohnbauträger genau unter die Lupe genommen werden. Das haben wir ja auch bereits gefordert, denn da gibt es wirklich so gar sehr viele unbebaute, unbebaubare Grundstücke, die entsprechend bei diesen Wohnbauträgern liegen. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Makor.

Abg. **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat! Gleich einmal komme ich dem Ersuchen nach, zum Wohnbau ein paar kurze Worte zu sagen, weil ich es vor allem deswegen mache, weil Sie, Herr Landesrat, es hier heraußen nicht gemacht haben. Sie haben Ihre Wortmeldung dazu genutzt in den letzten zehn Minuten erstens einmal 15 bis 20 Fragen an die Abgeordneten zu stellen, und zweitens alles zu erklären, was Sie nicht machen wollen. Herr Landesrat, Sie sind seit einem dreiviertel Jahr Wohnbaulandesrat, und Sie sind die Antworten bis zum heutigen Tag schuldig geblieben. Und wenn Sie sich nicht mehr hinaussehen, und den Eindruck habe ich ein bisschen gehabt bei Ihrer Wortmeldung, dann wird es doch wohl in Ihrer Fraktion jemand anderen geben, der diese Funktion übernehmen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, in aller Deutlichkeit. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Viele können es übernehmen, viele haben die Fähigkeit!") Der Ball ist bei Ihnen, Sie sind am Zug. Sie müssen, Wohnbaulandesrat sind schon Sie, da sind wir uns einig. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Länger als wie sie, weil Sie sind es nicht!") Ja eh, aber darum ist das der große Unterschied, Sie sollten die Vorschläge machen, und auf die warten wir ja bis zum heutigen Tag. Danke sehr. (Beifall)

Dritter Präsident: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Dritte Präsidentin, Frau Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Ich versuche die männliche Hitze aus diesem Raum wieder heraus zu nehmen, und vielleicht kühlere Temperaturen, es herrscht heute offensichtlich eine männliche Hitze in diesem Raum. Aber ich möchte ein paar Worte dazu sagen, was den Wohnbau allgemein betrifft, und weil hier auch von dir, Maria Wageneder, angesprochen worden ist, und ich habe jetzt wirklich, ich sage es ehrlich, es satt, den Gemeinnützigen ständig zu unterstellen, ihr sitzt auf einem Haufen Geld wie Donald Duck, der nicht weiß, was zu tun ist. Wir haben in der Vergangenheit, und das ist wirklich nachweisbar, wir werden geprüft bis zum Sankt Nimmerleinstag, also ich will nicht jemandem wünschen, außer dem Rechnungshof natürlich, der so geprüft wird, wie da. Und dann ständig diese Unterstellungen, wir würden nichts tun mit diesem Geld, das ist bitte in den Grundstücken investiert, das ist wieder drinnen. Weil dann schaut euch einmal ganz konkret bitte an, wie Wohnbau überhaupt finanziert wird. Der Herr Landesrat, er gibt ein schönes Stückel dazu bei, aber die gemeinnützigen und alle Wohnbauträger tragen ihren Anteil dazu bei und auch die Mieterinnen und Mieter. Und wir sitzen nicht auf dem Geld herum, sondern das steckt drin, weil sonst könnte der Wohnbau eh schon lange nicht mehr finanziert werden bei dieser ganzen Sache. Nur eines gebe ich auch zu bedenken. Mittlerweile erzeugt es bei Mieterinnen und Mietern schon eine Heidenangst, wenn wir hier herinnen ständig diskutieren, dass Wohnen nicht mehr leistbar ist, dass wir uns Wohnbau nicht mehr leisten können. Und dann schauen wir auch bitte konkret nach, was tatsächlich an Entwicklungen im Wohnbau sind, und ich lade Sie gerne ein, weil da diskutieren wir nämlich wirklich darüber, welche Entwicklungen und welche Ansprüche es ständig wieder gibt an Neuerungen auch im Wohnbaubereich.

Und ich mache auch darauf aufmerksam und das sage ich jetzt nicht nur in Richtung älterer Bevölkerung, weil dort natürlich einerseits das Bedürfnis der Pflege, über das wir ständig diskutieren, auch gegeben ist. Ich mache auf einen anderen Aspekt aufmerksam, der nämlich auch wenn Sie so wollen, zum Trend geworden ist und sich immer mehr bemerkbar macht, dass Gott sei Dank der heute schon zitierte oder diskutierte Bereich auch bei den Frauen die Unabhängigkeit, die Eigenständigkeit, ein doch durchgehendes Erwerbsleben und damit auch eine eigenständige Pensionsabsicherung sich auch bemerkbar macht, gerade bei der etwas älteren weiblichen Bevölkerung, nämlich auch in Verselbständigung, dass es nicht mehr der Tatsache entspricht oder der Selbstverständlichkeit, dass heute Ehen oder Partnerschaften bis zum St. Nimmerleinstag wirklich tatsächlich bestehen, wie man sich halt einmal geschworen hat vor dem Traualtar, sondern dass diese Unabhängigkeit, auch diese finanzielle Unabhängigkeit, die wir ja auch wollen bitte, auch dazu führt, dass natürlich hier auch andere Bedürfnisse im späteren Leben sind, was also den Wohnbau, das Eigenheim oder eine eigene Wohnung betrifft. Das sind also auch Tatsachen. Wir müssen uns der Realität stellen, dass es immer mehr in Richtung Single geht, auch in der älteren Bevölkerung. Das hat aber noch lange nichts mit Pflegebedürftigkeit zu tun, sondern weil es der selbstverständliche Anspruch und auch die selbstverständliche Würde und Wertschätzung der Frauen geworden ist, dies entsprechend umzusetzen und nicht nur durch ihr eigenes Auslangen also auch in dieser Richtung den nächsten Schritt zu setzen. Das sind also Entwicklungen, die kommen noch massiver auf uns zu, aber wir spüren sie und wir merken sie. Und deswegen möchte ich dies hier auch einmal gesagt haben, weil ich denke, wir müssen uns ganz klar diesen Realitäten stellen, sonst können wir uns den Wohnbau sowieso im Sinne dessen "wirklich einmal denken", weil ich denke mir, die Menschen leben mittlerweile völlig andere Modelle und wir reden über Dinge, die da draußen nicht mehr verstanden werden. Die Leute wollen unabhängig sein, sie wollen eine Wohnung haben, die ihren Ansprüchen gerecht wird. Wir erleben im Moment nicht, dass es extreme Wünsche gebe, was riesige qualitative Mehrausstattungen oder Sonderwünsche oder Extrawünsche wären.

Aber eines gebe ich auch zu bedenken und weil der Herr Landesrat gemeint hat auf die Frage von Maria Wageneder oder auf den Einwand hin was die thermische Sanierung betrifft, dass das angeblich nicht messbar wäre. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Das habe ich eh nicht so gesagt!") Also den Nachweis kann man jederzeit liefern, in dem wir uns nämlich ganz einfach anschauen was war vorher kWh oder von mir aus Kubikmeterverbrauch oder was habe ich hinterher? (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "So nicht gemeint!") Sie haben das also auf die Wortmeldung der Frau Maria Wageneder hin, den Zwischenruf habe ich schon so verstanden von dieser Seite aus.

Und das ist also ganz leicht nachweisbar. Und dort gibt es massive Einsparungen. Das merken die Leute und die spüren das auch und das kann man nachweisen und ich glaube, dass das wirklich etwas Hervorragendes und etwas Gutes ist, was man hier den Menschen getan hat, dass wir also nicht nur im Sinne des Umweltschutzes, sondern wirklich in der Geldtasche spürbar es ist, dass also vom Energieverbrauch hier massiv zurückgegangen worden ist. Deswegen bitte ich auch wirklich im Sinne aller, die sich also mit Bauwirtschaft und auch mit Wohnbau in Oberösterreich beschäftigen, wieder etwas mehr Seriosität hier Einzug halten zu lassen. Und die Hitze, die vielleicht heute auch von außen hereindringt ein bisschen zurückzunehmen, wir brauchen Wohnbau, es wird noch eine massive Entwicklung geben in Richtung mehr an Wohnraum, das wir brauchen, eben auch weil ich gesagt habe, es gibt also Entwicklungen und Trends, die sind spürbar, aber die werden in den nächsten Jahren wesentlich intensiver noch werden und dem müssen wir gerecht werden, weil dann fühlt sich

die Bevölkerung wohl in unserem Land und weiß, was sie am Wohnbau in Oberösterreich hat. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Ing. Mahr.

Abg. **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin, ich verstehe schon, dass du ein großes oder große Sorge mit den Wohnungsgenossenschaften hast. Wir wollen ja sehr gut mit ihnen zusammenarbeiten, aber was das Geld betrifft, hält sich das Mitleid wirklich in Grenzen. Aber Herr Kollege Makor, bitte eines muss ich schon dazusagen, es gehört eine Portion Unverfrorenheit dazu, wenn ich die letzten Jahrzehnte das Wohnbauressort habe und so am Markt vorbei produziert wurde wie es die SPÖ in den letzten Jahrzehnten praktiziert hat. Es gibt keine rote oder schwarze Wohnungsgenossenschaft, die nicht massiv froh ist, dass wir einen neuen Landesrat haben, der diese Punkte, die er angeschnitten hat, endlich einmal ändern will. Wir produzieren permanent am Markt vorbei und ich frage eines, ihr redet immer vom sozialen Wohnbau. Wie sozial ist es denn, dass sich Leute eine 80 Quadratmeter-Wohnung überhaupt nicht mehr leisten können? Wenn ich von einem Budget, das 288 Millionen Euro schwer ist, 88 Millionen Euro, also rund 30 Prozent zuschießen muss an Direktbezuschussung für Leute, die eine geförderte soziale Wohnung kriegen und ich muss sie noch zusätzlich fördern auch? Da kann doch in dem System der SPÖ in den letzten 20 Jahren nicht wirklich was richtig gewesen sein oder? (Beifall)

Meine Damen und Herren von der SPÖ, fangen Sie bitte mit mir nicht eine Diskussion über den Bau an, weil ich kenne mich bezüglich den Bau gut aus. Und ich frage und ich habe Sie schon einmal eingeladen, schauen wir uns einmal eine Baustelle an, gehen wir einmal auf eine Baustelle mit 200 Wohnungen. Dort wird 200 mal ein Notkamin gemacht, der wird zugemauert und oben auch noch ein Deckel drauf und er ist komplett umsonst. Es kann keiner einen Ofen anschließen, gar nichts. 209 mal passiert in Leonding, Kostenpunkt 1.360 Euro pro Wohnung. Wir brauchen pro 50 Quadratmeter Vorschrift, bitte von euch initiiert, pro 50 Quadratmeter Wohnfläche, brauchen wir Abstellplatz Fahrrad, überdacht 1,4 Quadratmeter. Mittlerweile hat jede Wohnung über 50 Quadratmeter, das heißt pro Wohnung kommen 2,8 Quadratmeter mal 200, gerundet 600 Quadratmeter. Das neue Projekt, was derzeit in Linz geplant wird, würde einen Fahrradabstellplatz im Freien mit 480 Meter Länge kriegen, damit drei ausrangierte Fahrräder drinnen stehen, weil die, die wirklich ein gescheites Fahrrad haben, die haben es eh versperrt im Keller oder in der Wohnung. Produziert bitte auf eurem Mist und nicht auf unseren. (Beifall) Also haut mir nicht immer auf unseren Landesrat hin, sondern ich bitte euch gerne an, setzen wir uns zusammen und arbeiten wir diese sinnlosen Vorschriften von euch um. Ich biete es gerne an, aber nur alleweil hinhalten, das ist zu wenig, ihr müsst Lösungen anbieten. Die letzten 20 Jahre habt ihr es auf alle Fälle nicht gemacht. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Haimbuchner.

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren Kollegen, hohes Haus! Also, liebe Frau Präsidentin Gerda Hauer-Weichsler, es darf ruhig ein bisschen hitzig debattiert werden im Landtag auch über das Thema Wohnbau. Und der Herr Kollege Makor, der hält das auch schon aus, also das ist ja überhaupt keine Frage, der ist ja auch Politiker mit Herz. Aber man muss schon eines sagen, das was in den vergangenen, ich würde einmal sagen 5, 10, 15 Jahren im Wohnbau gemacht worden ist aufgrund gesetzlicher Vorschriften, das wird man nicht von heute auf morgen ändern können.

Und glauben Sie mir, wir haben intern im Büro schon einen Katalog von Maßnahmen, genau ausgerechnet auch von Professionisten, was etwas kostet, was sich auf den Quadratmeterpreis beim Bauen niederschlägt, was sich bei der Miete niederschlägt. Wir haben das schon für uns gemacht und wir sind schon am Verhandeln und das wird dann auch bei den Ausschüssen behandelt werden. Und ich sage Ihnen eines, da sind Vorschläge dabei, die kommen gar nicht von mir oder von mir nahestehenden Abgeordneten, sondern die kommen von der Wohnungswirtschaft, von der gemeinnützigen Wirtschaft und die steht jetzt weniger der Freiheitlichen Partei nahe. Die kommt von den gewerblichen Bauträgern auch, da gibt es Listen, da gibt es Kataloge, auch vom Verband der Gemeinnützigen.

Und ich sage hier an dieser Stelle, ich bedanke mich für diese Zusammenarbeit, die es da gibt zwischen den Gemeinnützigen, den Gewerblichen und meinem Ressort. Ich bedanke mich bei den Beamten auch der Wohnbauabteilung. Ich muss wirklich sagen, das sind ganz engagierte Beamte, überhaupt die Beamten, die meinen Ressorts unterstehen, Wohnbau und Naturschutz kann ich mich nur bedanken, wirklich. Und wir diskutieren viele Dinge durch, vom Förderausweis, Energieausweis, von der Vereinfachung, braucht man wirklich überall zwei Ausweise, diskutieren wir darüber so, dass es passt.

Und zur thermischen Sanierung, Frau Kollegin Gerda Hauer-Weichsler, Frau Präsidentin, (Zwischenruf links: "Weichsler-Hauer!") Entschuldigung, aber das ist wirklich so, dass man hier einmal auch festhalten muss an dieser Stelle, dass die normale Sanierung, das Sanierungsdarlehen nicht geändert wird oder höchstens verbessert wird. Wir sind auch da wirklich am Erarbeiten, das steht außer der Diskussion. Das wird auch weiterhin gefördert, außer es geht budgetär wirklich nicht mehr. Aber das ist völlig klar. Natürlich ist das auch messbar, das ist auch keine Frage, da bin ich, glaube ich auch, falsch verstanden worden. Natürlich kann man Energiesparung messen, das ist überhaupt keine Frage, das stimmt natürlich.

Ich sage aber auch gleich vorweg was Bestimmungen anbelangt im Wohnbau. Da darf es auch keine Tabus geben. Da muss man sich anschauen, was ist bei einem Objekt wirklich notwendig, was ist notwendig, wir wollen einen qualitativen Bau sicherstellen, das ist auch keine Frage, aber einen qualitativen Bau, den sich die Menschen leisten können, den sich die Alleinerzieherinnen leisten können, den sich die Familien leisten können, den sich die Singles leisten können. Das ist einfach einmal notwendig, das alles zu hinterfragen, wie schaut es mit den einzelnen Bestimmungen aus und wie wirken sie sich auch aus? Da gibt es eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinnützigen, mit den Gewerblichen, und dafür bin ich wirklich dankbar, das ist überhaupt keine Frage. Und ich bin zuversichtlich, dass wir da etwas Gutes zustande bringen, weil es auch breit getragen wird, glaube ich, ich bin davon überzeugt, sowohl von den Gemeinnützigen als auch von den Gewerblichen. Und unser Ziel ist es einfach in diesem Land, Wohnbau sicherzustellen für die Menschen, dass sie sich auch diesen Wohnbau leisten können.

Und ich bin jetzt als Freiheitlicher fast in dieser Lage zu sagen, ich muss die Gemeinnützigen verteidigen. Aber eines ist schon klar, man kann nicht überall hinlaufen. Mein Mitleid hält sich wirklich auch in Grenzen. Aber eines muss an dieser Stelle gesagt werden, wir sind starke gemeinnützige und gewerbliche Bauträger viel lieber als wie schwache. Mir sind starke Unternehmen viel lieber wie schwache, weil es einfach notwendig ist, dass auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Das ist überhaupt keine Frage. Wir wollen nicht, dass irgendeine Wohnungsgesellschaft einmal umfällt. Ich glaube, das wollen wir nicht, das wollen die Mieter nicht, das kann wirklich niemand vertreten in diesem Land. Und insofern braucht es einen Mix. Es braucht einen Mix von Gemeinnützigen, von Gewerblichen.

Jeder hat seine Stärken und seine Schwächen, alle gehören eingebunden und so werden wir auch das entsprechend veranlassen.

Und eine Reform, die unter meiner Leitung gemacht wird, die soll wirklich etwas bringen und wenn ich das Wort schon strapazieren will, nachhaltig sein. Es hat nämlich auch keinen Sinn, jetzt etwas zu ändern, weil wir etwas für gut befinden, ganz gach ändern wir irgendetwas und wir kennen dann die Auswirkungen nicht. Es soll getragen werden und man soll auch wissen, das schlägt sich nieder. Es bringt auch eine Reform nichts, wo man sich dann bei der Miete nichts erspart. Auch das ist ganz entscheidend. Wenn man eine Reform macht, wenn es Kostendämpfer gibt, dann muss sich das auch natürlich in der Miete niederschlagen. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist notwendig. Wir machen ja nicht Reformen für die Politik, sondern wir machen ja Reformen für die Mieterinnen und die Mieter in unserem Land.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen jenen, die hier mithelfen, die hier ihre ehrlichen Anliegen vorbringen. Wir haben eine offene Tür bei uns im Ressort, das ist überhaupt keine Frage. Das können auch die Bürgermeister und die Bürgermeisterinnen auch bestätigen in Oberösterreich, dass wir hier offen diskutieren und sagen was geht und was geht nicht. Und es sind alle eigentlich sehr engagiert und es gibt auch viele, viele Ideen auch seitens der Gemeinden, die man durchaus auch umsetzen kann. Also reden wir auch mit den Praktikern, binden wir ein, das mache ich auch. Ich bin gut im Gespräch auch mit dem Verband der Gemeinnützigen, auch mit den Gewerblichen bin ich gut im Gespräch. Alle sollen in dem Sinn auch eingebunden werden, aber wichtig ist auch, dass Professionisten dementsprechend auch mitreden, damit man auch wirklich sagen kann, was wirkt sich immer wie aus. Das ist ganz entscheidend, das auch sich bei jedem Gesetz zu überlegen und bei jeder Verordnung, wie wirkt es sich im konkreten Fall aus?

Wie gesagt, wir sind dabei, das entsprechend zu erledigen. Und ich bin mir sicher, ich muss auch eine Mehrheit finden, so ist es ja nicht, so ist es in der Demokratie, dass wir im Jahr 2011 neue Regelungen haben, die nicht die Welt komplett verändern, das ist auch keine Frage, aber die zu einem Mehr an leistbarem Wohnen führen. Eines macht sicher keinen Sinn, dass wir alle möglichen Standards haben, dass wir, weil es halt abstrakt sich einmal anhört, irgendwelche Richtlinien überall erfüllen müssen auf der einen Seite und auf der anderen Seite sich die Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können. Und das sehen wir aufgrund des exorbitanten Anstieges der Wohnbeihilfe. Und das macht mich sehr nachdenklich. Das zeigt nämlich auch, dass die Schere zwischen so genannt arm und reich immer größer wird oder dass man auch zum Teil am Bedarf vorbei baut. Denn es gibt Leerstände zum Teil wo man hinterfragen muss, warum gibt es diese Leerstände? Ja, die gibt es oft deswegen, nicht weil der Bedarf nicht vorhanden wäre, der ist durchaus gegeben, aber weil die Leute sagen, ich kann mir das einfach nicht leisten, wenn ich mir anschau mein Einkommen, wenn ich mir ansehe was ich ausgeben muss für die Wohnung oder auch für andere lebensnotwendige Dinge.

Und eines ist auch ein Problem, Armut, meine sehr verehrten Damen und Herren, Armut gibt es viel in unserer Zeit. Und Armut, das kennt man nicht irgendjemanden an, das hat nichts mit Kleidung zu tun oder mit einem Lebensstil, sondern viele Menschen gibt es bei uns, die schämen sich dafür, dass sie arm sind, dass sie wirklich an der Grenze des Existenzminimums auch leben müssen. Und da ist es eine Aufgabe auch des Wohnbauressorts entsprechend sicherzustellen, dass das Grundbedürfnis des Wohnens leistbar ist. Und dafür trete ich ein und ich glaube, wir bekommen auch eine entsprechend gute Reform zustande. Alles Gute in diesem Sinne. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich melde mich nicht ein zweites Mal zu Wort, weil ich Öl ins Feuer gießen möchte, damit es noch heißer wird, sondern ich melde mich zu Wort, weil ich die Feststellung des Kollegen Mahr, wo er gemeint hat, wir haben in der Vergangenheit am Markt vorbei produziert, zurückweisen möchte. Wir haben gerade in der letzten Periode sehr intensiv immer gemeinsam hier in diesem Haus betreffend des Wohnbaus versucht einen Konsens zu finden. Wir sind nicht einmal, sondern viele Male beisammen gesessen und haben nicht nur im Bereich der Wohnbaugesetze, sondern auch im Bereich der Verordnungen die Diskussion gesucht. Wir haben Meinungen ausgetauscht. Da gab es unterschiedliche Phasen und unterschiedliche Positionen dazu, die man auch diskutieren kann und auch diskutieren muss, aber letztendlich war die Wohnbaupolitik der Vergangenheit geprägt davon, dass wir gesagt haben, wir wollen dort Wohnungen errichten, wo Wohnungen benötigt werden. Zweitens, wir wollen Wohnungen errichten, die sich die Menschen leisten können.

Und Herr Landesrat, ich bin bei Ihnen, wenn man darüber diskutiert über leistbaren Wohnraum. Nur, man muss schon auch wissen, dass die Wohnungskosten sich nicht nur aus den Mieten zusammensetzen, sondern auch aus den Betriebskosten. Und man muss natürlich auch sehen, dass man, wenn man über leistbaren Wohnraum und über Armut, wie Sie gerade gesprochen haben, spricht, dass man auch wissen muss, dass natürlich auf der anderen Seite wir das große Problem im Bereich des Wohnbaus haben, weil bei uns die Wohnbeihilfen von Jahr zu Jahr steigen und wir inzwischen eine Summe erreichen, die, wenn man sich die anschaut, auch in Zukunft weiter steigen wird. Und wenn man sie umrechnet in Schilling, dann klingt es noch ein bisschen mehr wie im Euro, bereits die Milliarde erreicht haben. Und das ist nicht deswegen alleine, weil sich die Entwicklung im Bereich des Wohnbaus und der Wohnungskosten in die Höhe begibt, sondern das hat natürlich auch die Ursache, dass die Einkommen der Menschen in diesem Ausmaß nicht mitgehen und dadurch natürlich hier durchwegs große Probleme entstehen. Aber wir haben immer versucht den Konsens zu finden.

Wir haben auch, und es war nicht so wie beispielsweise Kollege Mahr in unsere Richtung gesagt hat, ihr habt diese Vorschriften gemacht, ihr müsst es umbauen, ihr ward schuld. Wir haben alle diese Vorschriften, die in Wirklichkeit Gesetze und Verordnungen waren, hier in diesem Haus diskutiert und in diesem Haus beschlossen und wenn man etwas verändern soll oder etwas verändern will, dann muss man darüber diskutieren und dann muss man es einbringen.

Und das war meine Frage heute in der Früh an den Herrn Landesrat, ob er vor hat, im Bereich der Gesetze, im Bereich der Verordnungen, etwas zu tun. Und das verstehe ich schon, Herr Landesrat, wenn heute Stimmen laut werden, die sagen, ja bis dato haben wir also nur in den Medien Ankündigungen gehört, aber am Tisch liegt konkret noch nichts, mit Ausnahme, mit Ausnahme eines Schreibens, das die Gemeinnützigen im Vorjahr vor dem Budgetlandtag den Klubs und auch Ihnen zur Verfügung gestellt haben, wo bestimmte Vorschläge wie die Notkamine und so weiter drinnen gewesen ist, aber sonst war noch nichts da. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Kümmert euch um den eigenen Bereich! Aber wieso ist diese Reform eigentlich nicht gemacht worden?") Aber Kollege, aber Herr Klubobmann! Bitte bleiben wir doch auch bei der Ehrlichkeit, die ja schon oftmals heute angesprochen worden ist. Wenn man zurückdenkt in die letzte Periode oder weitere Perioden zurück, (Unverständlicher Zwischenruf) wie viele Anträge von Seiten der freiheitlichen Partei gekommen sind. Wenn man das umgesetzt hätte, durchdiskutiert haben wir es ja, aber umgesetzt hätte, was

das dann noch zusätzlich gekostet hätte, wage ich doch heute gar nicht zu berechnen. Bitte was sagen Sie? (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Warum ist eigentlich das nicht umgesetzt worden? Die Vorschläge, die gibt es ja schon seit einiger Zeit. Das ist ja nicht völlig verrückt. Sie kennen ja diese Problematik!")

Herr Landesrat, das Papier der Gemeinnützigen ist Ihnen genauso wie uns vor dem Budgetlandtag zur Verfügung gestellt worden. Es hat der Landesrat Kepplinger mit den Gemeinnützigen Mitte des vergangenen Jahres vereinbart, das sie ein derartiges Papier ausarbeiten und das ist dann vorgelegt worden. Und ich erinnere mich noch gut, wie der Kollege Mahr heraus gegangen ist, das Papier genommen hat und gesagt hat: Das ist die freiheitliche Wohnbaupolitik. Das ist nicht die freiheitliche Wohnbaupolitik, sondern das sind die Vorschläge der Gemeinnützigen. (Zwischenruf Abg. Ing. Mahr: "Nein!") Und wenn es zu Änderungen kommt, dann muss man es einbringen, dann muss man es diskutieren, dann muss man es behandeln. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Das machen wir eh!") Aber dass wir am Markt vorbei produziert haben, das weise ich entschieden zurück. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mahr.

Abg. **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um die tatsächliche Berichtigung. Herr Kapeller! Ich bin da heraußen gestanden und habe das Papier von der GBV gehabt. Jawohl. Ich habe nicht gesagt, dass es meine Idee ist, sondern ich habe gesagt, kümmert euch um eure Genossenschaften, weil die haben mir das Papier gegeben mit der Bitte und um Hilferuf, dass man endlich diese Normen ändert. Und die paar Normen, die ich bis jetzt aufgezählt habe, ist ja nur ein Bruchteil. Es geht ja so weiter.

Aber ich sage nochmals, ich bin gerne bereit, mit den Vertretern der SPÖ-Fraktion mich zusammen zu setzen und ordentlich zu diskutieren. Dann kommt's mir aber ihr nicht daher wie der Herr Makor und sagt, der Landesrat tut nichts und es geht nichts weiter. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Und ich bin der Feind!" Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Stelzer.

Abg. **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache mich jetzt sicher sehr beliebt, vor allem bei meinen Kollegen, weil ich das jetzt auch noch verlängere. Ich möchte aber noch einmal zurückkommen darauf, was wir heute eigentlich beschließen. Eine Haftungsübernahme für Darlehen, die aufzunehmen sind, weil es sonst einen Stillstand im Wohnbau gäbe in Oberösterreich. Das heißt, wir hätten oder das Wohnbauressort hätte heuer und wahrscheinlich auch in den nächsten zwei, drei Jahren keinerlei Zusagen für neuen Wohnbau machen können, würden wir diesen Beschluss nicht fassen und hätte nicht die Landesregierung im Vorfeld ihren eigenen Beschluss dazu gefasst.

Das zeigt zweierlei: Erstens, die Leute in Oberösterreich können sich darauf verlassen, wenn es wirklich eng wird, dass trotz aller Hitze offensichtlich in diesem Haus zusammen gehalten wird und eine Lösung gemacht wird. Es wird ja offensichtlich einstimmig heute zugestimmt. Das Zweite ist aber auch, es zeigt schon, vor welcher dramatischer Situation wir stehen. Und jetzt kann man ruhig über die Vergangenheit reden. Wir haben in der letzten Periode über Diverses gestritten. Da könnte man auch noch darüber streiten. Es ist letztendlich dann zu einem gemeinsam getragenen Paket gekommen.

Aber jetzt sind die Situationen wieder anders. Es liegt wirklich eine Mammutaufgabe vor uns und es sind heute in den Wortmeldungen ja alle Interessen angesprochen worden, die wir

jetzt unter einen Hut bringen müssen. Die ausreichende Wohnbauleistung. Ich bitte nicht zu vergessen die Häuslbauer. Was ich so höre, glaube ich nicht, dass wir da Zuwachsraten haben aufgrund der Wirtschaftslage. Ich glaub eher, dass die Anträge derer, die für sich selber ein Haus bauen wollen, zurück gegangen sind aufgrund der Wirtschaftslage. Wir haben die Leute, die einen Betreuungsbedarf haben, an das so genannte betreubare Wohnen Riesenerwartungen stellen, wir dort ein Riesengeld hinein geben und ich zumindest persönlich nicht glaube, dass diese Erwartungen und das, was wir an Geld einsetzen, zusammenpasst. Wir haben die Leute, die die Wohnbeihilfe brauchen, damit sie sich Wohnen leisten können. Wir haben die Herausforderungen des Klimaschutzes und, und, und, und.

Und bisher war es eben so, das muss man taxfrei zugeben, dass wir gesagt haben, da haben wir das Wohnbausystem und jetzt haben wir das Interesse, dann erfinden wir was dazu. Und dann haben wir das andere Interesse und geben wir eine andere Regelung dazu. Das konnten wir machen, weil die Situation und die Lage so war.

Jetzt wie gesagt, stehen wir vor der Situation, dass eigentlich am Beginn des Jahres gar kein Geld da war und wir jetzt mit Intelligenz und gemeinsamer Vorgangsweise dazu kommen müssen, wie können wir mit den gegebenen Mitteln all diese Interessen bestmöglich bedienen, damit wir die Leute, und da gebe ich der Frau Präsidentin Recht, nicht über Gebühr verunsichern, weil halt nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik Stimmungen eine wesentliche Rolle spielen.

Und daher ersuche ich sehr, dass wir trotz aller politischen Debatten uns da gegenseitig nichts unterstellen, weil ich glaube, dass alle wollen, dass Wohnen leistbar bleibt, aber dass wir auch nicht von der Prämisse ausgehen dürfen, dass wir business as usual betreiben und das System, wie es in sich war, einfach nur mit gewissen Steinen, die wir drauflegen, weiterbauen können, sondern dass es schon wirklich da und dort um grundlegende Änderungen in der Struktur geht.

Ich bin zumindest froh und ich glaube, das ist ein gutes Signal der Sicherheit, das wir heute geben, dass wir mit einem gemeinsamen Beschluss den Leuten sagen, wir haben einen Stillstand im Wohnbau abgewehrt, indem wir heute auch als Landtag ermöglichen, dass die Wohnbauträger die geplanten Bauvorhaben auch entsprechend umsetzen können. (Beifall)

Dritter Präsident: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor und ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 152/2010 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen nun zur Beilage 153/2010. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend der Einbringung einer Mehrheitsbeteiligung am Grundkapital der Energie AG Oberösterreich in die OÖ. Landesholding GmbH. Ich bitte Herrn Abgeordneten Mag. Strugl über die Beilage 153/2010 zu berichten.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beilage 153/2010. Bericht des Finanzausschusses betreffend die Einbringung einer Mehrheitsbeteiligung am Grundkapital der Energie AG Oberösterreich in die OÖ Landesholding GmbH. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 153/2010.)

Der Finanzausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge die Oberösterreichische Landesregierung ermächtigen, von den im Eigentum des Landes Oberösterreich

stehenden Aktien der Energie AG Oberösterreich 46,726.200 Aktien unter Aufrechterhaltung der bisherigen Zuständigkeiten des Oberösterreichischen Landtags an die OÖ Landesholding GmbH im Wege einer Sacheinlage als Gesellschafterzuschuss ohne Erhöhung des Stammkapitals der OÖ Landesholding GmbH zu übertragen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Wird zu dieser Beilage das Wort gewünscht? Ich erteile Frau Mag. Jahn das Wort.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geschätzter Herr Präsident, werte Damen und Herren! Einen kurzen side-step noch zur Diskussion vorhin. Es ist nur der Wohnbaulandesrat nicht mehr da. Ist er schon noch da? Wenn er dauernd die Abgeordneten fragt, wo denn das Geld herkommen soll für sinnvolle Förderungen im Wohnbaubereich, dann frage ich die Freiheitlichen, warum sie sich denn gegen jede Form von Vermögensbesteuerung stellen? (Beifall) Denn es wird schlicht und einfach zu wenig sein, (Unverständlicher Zwischenruf) den Leuten immer mit einer Blut-und-Tränen-Politik ganz ehrlich zu erklären, dass sie den Gürtel enger schnallen werden müssen (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Schaffen wir alle Stiftungen ab?") und dass wir uns all diese Wohltaten nicht mehr leisten können, die übrigens auch wirtschaftsschädlich sind. Denn es geht natürlich um die Frage, (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Wie schaut's mit den Stiftungen aus?") Herr Landesrat, haben Sie nicht vorhin allen, die einen Zwischenruf gemacht haben, gesagt, dass es eine Frage des Anstandes ist, ob man die ausreden lässt oder nicht? Gilt das für Sie nicht, Herr Landesrat? (Beifall) Also, vielleicht sollten Sie doch einmal auch darüber nachdenken, dass die, die in Saus und Braus leben, ihren Beitrag leisten sollten, damit man den anderen nicht ganz ehrlich eine Blut-und-Tränen-Politik in den Mund legen muss. (Beifall)

Sehr geschätzte Damen und Herren! Zur Energie AG, zur Einbringung in die Landesholding bin ich nur deshalb herausgegangen, weil die Energie AG wir wissen alle, es ist eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Versorgungsunternehmen in Oberösterreich und es wurde im Landtag damals ein Beschluss gefasst, dieses Unternehmen, also die Mehrheit an diesem Unternehmen in der Landesverfassung festzuschreiben, weil wir uns bewusst waren, weil man sich bewusst war, dass solche Versorgungsunternehmen mehrheitlich in der öffentlichen Hand sein sollen. Damit wird Versorgungssicherheit gewährleistet und wir sehen überall dort, wo das private Element, sozusagen das private Gewinnstreben in der Versorgung überwiegt, sind zwar die Gewinne exorbitant, aber beispielsweise die Investitionen teilweise nicht einmal und die Versorgung nicht einmal mehr gewährleistet.

Wenn es jetzt darum geht, die Energie AG in die Landesholding aus steuerlichen Gründen einzubringen, dann werden wir dem natürlich nicht entgegenstehen, auch wenn wir bei der Gruppenbesteuerung so unsere Schwierigkeiten haben. Aber die Möglichkeiten, die es gibt, sollten wir selbstverständlich nützen und eine unserer oder unsere Grundbedingung war, dass auch im Zuge dieses Einbringungsverfahrens festgelegt wird, festgeschrieben wird, dass die Mehrheit des Landes Oberösterreich sicher gestellt ist. Es wird explizit festgehalten mittels Syndikatsvertrages, dass hier die entsprechenden Landtagsbeschlüsse natürlich zu beachten sind und die Verfassung zu beachten ist. Unter diesem Aspekt ist für uns selbstverständlich, dass wir dieser Einbringung zustimmen im Interesse der Versorgung und der Energie AG in Oberösterreich. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schön, dass Sie das so sehen, Frau Mag. Jahn, dass Sie selbstverständlich auch dafür sind,

dass diese Steuervorteile genützt werden. (Unverständlicher Zwischenruf) Auch wir freuen uns darüber. Wie meinst du das? (Zwischenruf Abg. Schenner: "Wenn wir weniger Steuern einnehmen, dann können wir weniger...") Na selbstverständlich, das ist ja alles ein sehr großer Kreislauf, an dem wir alle miteinander beteiligt sind. Also die Katze läuft ohnedies auf den selben Beinen. Darum ist es auch völlig wurscht, wer das Geld kriegt. Uns ist es trotzdem lieber, es bleibt im Lande. Und deswegen ist auch dieser Schritt, mit dem wir uns einen zweistelligen Millionenbetrag an Steuern in den nächsten zwei, drei Jahren ersparen können, ein richtiger.

Und die Frau Kollegin Jahn hat auch richtig gesagt, dass damit ja auch die Möglichkeiten, die beispielsweise auch in der Verfassung zugrunde gelegt sind, was also auf der einen Seite die Mehrheitseigentümerschaft des Landes Oberösterreich an der Energie AG, die ja verfassungsrechtlich abgesichert ist, dass die davon nicht berührt ist und das auch entsprechend in einem Syndikatsvertrag abgesichert ist. Also insgesamt werden nicht ganz 51 Prozent eingebracht in die Landesholding. Einen kleinen Teil wird sich das Land direkt behalten, aber das hat rein bilanztechnische Gründe. Und wie gesagt, wir werden damit auch die Möglichkeiten der Gruppenbesteuerung nutzen.

Ich weiß, dass es hier auch unterschiedliche politische Meinungen gibt, auch was die Gruppenbesteuerung betrifft. Wir glauben, dass das sehr wohl seine Berechtigung hat. Ich kenne genügend Beispiele in Oberösterreich, die von dieser Möglichkeit - nämlich Unternehmen - insofern profitieren, als sie damit auch Betriebe, die sie vielleicht sonst ins Ausland verlagern würden, in Österreich halten können.

Man sollte diese Facette nicht ganz außer Acht lassen. Also es geht nicht immer nur in dieser Diskussion um Steuergeschenke für Unternehmen. Es geht schon auch um Standortpolitik in diesem Zusammenhang. Und ich denke, das sollte man mit bedenken. Das ist eine Frage auch letztlich der Strategie. Und weil Sie gesagt haben, sozusagen als guter Ratsschlag auch an die Wohnbaupolitik des Landes, mit der Vermögensbesteuerung könnte man das selbstverständlich alles finanzieren, weil da gibt es ja welche, die leben in Saus und Braus, haben Sie gesagt. Also, ja so war die Formulierung. (Unverständlicher Zwischenruf) Also, wenn Sie mit Vermögensbesteuerung meinen, diejenigen, die in Saus und Braus leben, ja es wird die auch geben, ja, dann kann ich Ihnen ganz verlässlich sagen, Frau Mag. Jahn, damit werden Sie, nämlich wenn Sie die anders oder mehr besteuern, die öffentlichen Haushalte nicht wesentlich weiterbringen. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie viel tiefer gehen und dann treffen wir genau wieder die, die wir nicht treffen wollen, nämlich den Mittelstand. Und da stehen wir nicht zur Verfügung. Das wollen wir ganz einfach nicht. (Beifall)

Also, es ist sehr schnell und locker hier heraußen gesagt, wie denn das alles ganz einfach funktioniert. Aber dann möge man auch, wie gesagt, daran denken, was heißt das letztlich in der Konsequenz, wenn man wirklich hier auch Effekte generieren will, die uns helfen, entsprechende finanzielle Mittel auf den Weg zu bringen.

Aber zurück noch einmal zur Energie AG. Wie gesagt, wir diskutieren ja dieses Thema nicht zum ersten Mal in diesem Haus. Wir haben es ja schon einmal probiert im Jahr 2005. Haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass es aufgrund der politischen Konstellation damals nicht möglich war. Umso mehr freue ich mich, und das meine ich jetzt auch wirklich so, dass es jetzt möglich ist, einen gemeinsamen Beschluss in diesem Haus herbeizuführen. Ich möchte dabei auch allen Fraktionen dafür danken. Denn wie gesagt, es wird letztlich das Land Oberösterreich davon profitieren. Aber der Kollege Schenner hat Recht, der Herr Finanzminister freut sich vielleicht nicht so. (Beifall)

Dritter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Damit schließe ich die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung, wobei ich feststelle, dass dieser Beschluss gemäß Art. 2 der Oö. Landesverfassungsnovelle 2004 nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 153/2010 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 154/2010. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Übernahme einer Haftung bzw. Garantie des Landes Oberösterreich für eine von der EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH im Zuge des Großinvestitionsprojektes "Aquapulco & Therme 2010" aufzunehmende Fremdfinanzierung. Ich bitte den Ersten Präsidenten, Herrn Friedrich Bernhofer, über die Beilage 154/2010 zu berichten.

Abg. Präsident **Bernhofer:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beilage 154/2010. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zur Übernahme einer Haftung bzw. Garantie des Landes Oberösterreich für eine von der EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH im Zuge des Großinvestitionsprojektes "Aquapulco & Therme 2010" aufzunehmende Fremdfinanzierung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 154/2010.)

Der Finanzausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge die Oö. Landesregierung gemäß Art. 55 Abs. (5) Z. 2 Oö. L-VG ermächtigen, seitens des Landes Oberösterreich für eine von der EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH im Zuge der Umsetzung des Großinvestitionsprojektes "Aquapulco & Therme 2010" hereinzunehmende Fremdfinanzierung im Ausmaß von 20 Mio. Euro zuzüglich der daraus resultierenden Zinsen die Haftung bzw. Garantie zu übernehmen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Präsidenten Bernhofer das Wort.

Abg. Präsident **Bernhofer:** Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir haben schon jetzt allen Grund, stolz zu sein auf unsere Eurothermen in Bad Schallerbach, Bad Hall und Bad Ischl, der Herr Geschäftsführer ist ja in unserer Mitte. Diese Thermen haben in den letzten Jahren eine ganz hervorragende Entwicklung genommen und sind führend in ganz Österreich. Ich kann mich noch erinnern an Diskussionen hier in diesem Saal, als die Steirer begonnen haben mit dem großen Ausbau ihrer Thermen, wo wir alle beklagt haben, dass wir leider Gottes nicht mithalten können, heute brauchen wir derartige Reden nicht mehr halten, sondern wir können uns mit allen anderen Anlagen in der Republik vergleichen. Wir haben wirklich allen Grund uns darüber zu freuen, an diesem heißen Tag brauchen wir uns nur vorstellen, wie schön es wäre, wenn wir heute noch eine Abkühlung in diesen Thermen genießen könnten. Vielleicht trägt diese Vision auch zur Kürze der Debatten am heutigen Tage noch bei, ich möchte gerne auch ein gutes Beispiel dafür leisten, noch ganz schnell darauf hinweisen, dass vor allem im Freizeit- und Tourismusbereich der alte Grundsatz gilt, wer stehen bleibt, fällt zurück. Daher glaube ich, sollten wir uns einer Vorwärtsstrategie befleißigen, damit auch die Zukunft dieser Thermen eine gute ist, daher würde ich Sie bitten, gemeinsam dafür einzutreten, dass diese sinnvollen Investitionen in unseren Eurothermen-Ressorts auch getätigt werden können. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Pilsner.

Abg. **Pilsner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das Angebot nehmen wir wahr, wir gehen nach der Tagung nach Schallerbach baden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Eurothermen sind heute wichtige Leitbetriebe für den oberösterreichischen Tourismus, ein Betrieb mit anfänglichen Startschwierigkeiten, wir haben es ja gehört vom Präsidenten Bernhofer, ist es heute zu einem touristischen Vorzeigebetrieb geworden. Die Mitarbeiterzahl im Eurothermen-Ressort Bad Schallerbach hat sich in den letzten 15 Jahren von 90 auf zirka 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fast vervierfacht, ist damit ein wichtiger Arbeitgeber natürlich für die Region Grieskirchen. Wenn wir heute eine Haftungsübernahme für die Eurotherme Bad Schallerbach beschließen, dann ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Eurotherme Bad Schallerbach nicht als Bittsteller heute zu uns kommt, denn sie ist ein echtes Erfolgsprojekt, sogar im Krisenjahr 2009 ist es gelungen, das Rekordergebnis vom Jahr 2008 zu wiederholen, eine Leistung, die nur wenigen Unternehmen wirklich gelungen ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir können daher stolz sein auf unser Flaggschiff in der Thermenlandschaft, mit 700.000 Gästen im Jahr 2009 war die Eurotherme Bad Schallerbach die klare Nummer Eins, nicht nur in Oberösterreich, sondern in ganz Österreich, doch ist es klar, dass niemand, auch nicht ein Marktführer sich auf dem Erfolg der Vergangenheit ausruhen darf. Die Zeiten der großen Thermenbooms ist vorbei, Standardangebote reichen nicht mehr aus, um gute Auslastungen zu garantieren, was heute zählt, ist die Ausrichtung auf spezielle Zielgruppen und die Sicherung von hoher Qualität. In Bad Schallerbach haben wir eine zweifache Zielgruppenausrichtung, einerseits auf die Familie und Spaß im Bereich Aquapulco, andererseits im Paradiso auf Familien und Erholung. Mit dieser Strategie werden große Teile der Bevölkerung angesprochen und die hohen Besucherzahlen beweisen, dass diese strategische Ausrichtung auch richtig ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die hervorragende Auslastung des Thermenhotels Paradiso hinweisen, die mit 99 Prozent im Jahr 2009 wirklich beeindruckend war. Die enorme Bedeutung der Therme in Bad Schallerbach, aber auch für die umliegenden Gemeinden und die ganz Region stehen natürlich außer Streit, gerade in Zeiten der großen Wirtschaftskrise sind Einrichtungen wie die Eurotherme besonders wertvoll, weil sie auch viele gute wichtige Arbeitsplätze für die Region bietet. Damit das auch in Zukunft so bleibt und noch weitere gute Arbeitsplätze entstehen, muss investiert werden, wir sprechen heute von einem Gesamtinvestitionsvolumen von 30 Millionen Euro, 10 Millionen Euro aus eigenen Mitteln der Therme, 20 Millionen Euro durch Aufnahme von Fremdmitteln, wir haben es bereits gehört. Schon im Herbst dieses Jahres soll begonnen werden, die Garantie des Landes für das Darlehen für diese Investition bringt der Eurotherme Bad Schallerbach einen deutlichen Zinsvorteil von 1,5 Prozentpunkten, viel Geld, das wir unserer Eurotherme ersparen können. Diese Investition ist aber gleichzeitig auch der Grundstein für die Fortsetzung des erfolgreichen Kurses der Therme Bad Schallerbach und besonders wichtig und zu erwähnen, die Investition kann laut Plan innerhalb von zehn Jahren vollständig aus den Eigenmitteln der Eurotherme abbezahlt werden. Auf das Land Oberösterreich sollen daher keine Kosten zukommen, eine echte Win-win-Situation also, neue Arbeitsplätze für Bad Schallerbach und Umgebung, ein noch attraktiveres Eurothermenangebot und Wertgewinn für das Land Oberösterreich als Mehrheitseigentümer der Eurotherme Bad Schallerbach. Ich wünsche daher der Eurotherme Bad Schallerbach eine Fortsetzung ihres erfolgreichen Kurses und darf für die sozialdemokratische Fraktion erklären, dass wir diese Haftungsübernahme natürlich unterstützen und die Zustimmung geben. Ich möchte aber hier die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bedanken für ihr Engagement, auch dem Direktor Achleitner, welcher da ist, ich danke dir, ich wünsche euch weiterhin viel Erfolg. (Beifall)

Dritter Präsident: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, somit schließe ich die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 154/2010 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 155/2010, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oberösterreichischen Landesrechnungshofes über die Initiativprüfung "Förderung von Anti-Atom-Vereinen". Ich bitte die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz über die Beilage 155/2010 zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Beilage 155/2010, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Förderung von Anti-Atom-Vereinen". (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 155/2010.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Förderung von Anti-Atom-Vereinen" sowie die Festlegungen des Kontrollausschusses werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.
3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Kontrollausschuss festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede, zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Affenzeller.

Abg. **Affenzeller:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dem Rechnungshofbericht ist nichts Besonderes mehr hinzuzufügen, wir haben im Kontrollausschuss allen Empfehlungen unsere Zustimmung gegeben. Ich möchte noch einmal festhalten, es ist ein sehr professioneller, gut recherchierter Rechnungshofbericht, der auf die wichtigen Schwachstellen innerhalb der Anti-Atom-Bewegung auch im Förderbereich Rücksicht nimmt. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, dem Rechnungshof zu danken, dass hier wirklich sehr mutig diese Punkte aufgegriffen wurden. Die Diskussion jetzt gibt mir die Gelegenheit auf ein paar Punkte, die am Vormittag schon diskutiert worden sind, noch kurz darauf einzugehen.

Präsident Cramer hat was sehr Richtiges gesagt, er hat gesagt, wir sollen in Oberösterreich, so wie in der Vergangenheit mit einer Stimme sprechen. Wir waren immer sehr stolz, dass es parteiübergreifende Übereinstimmung in der Anti-Atom-Arbeit gegeben hat. Meine Damen und Herren, das mit einer Stimme sprechen wird aber nur dann funktionieren, wenn man auf Anregungen, auf Kritikpunkte, auf Vorschläge auch eingeht. Wenn das so gemeint ist, dass Grün einen Vorschlag macht, Schwarz das akzeptiert, weil sie in einer Koalition sind, damit akzeptiert das, liebe Freiheitliche und liebe SPÖ, dann wird das nicht funktionieren. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, wir haben sehr oft Kompromissen zugestimmt, nur jetzt hat es so den Anschein, dass, wie wenn man sagt, ihr seid Quertreiber, ihr kritisiert nur, obwohl wir Punkte haben und sogar einen Verbündeten, nämlich den Landesrechnungshof, das wird einfach nicht akzeptiert. Das möchte ich wirklich klar sagen, das kann keine Einbahnstraße sein, lieber Herr Landesrat, das muss dir bewusst sein. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Her mit den Vorschlägen!") Wenn du sagst, alle Punkte, wir haben einen Antrag eingebracht, die Dringlichkeit ist nicht zuerkannt, werden wir sehen, wie es im Ausschuss aussieht, an den Vorschlägen mangelt es nicht, das weißt du ganz genau, das gibt es auch an Empfehlungen. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Dann her damit!") Der Kollege Frau-

scher hat gesagt, Empfehlungen umsetzen, das ist der richtige Schritt, das ist okay, ich betone noch einmal, uns ist dieser Schritt zu wenig, wir möchten eine Neuausrichtung der Anti-Atom-Politik und nicht nur die Empfehlungen, die wichtig sind, überhaupt keine Frage, wir sind am richtigen Weg. Wenn wir das machen, der Kollege Frauscher hat auch aufgezählt, dass wir keine Verbündeten gehabt haben, er hat gemeint von Vranitzky über Schüssel bis zum Faymann, das ist auch richtig, das wissen wir, dass wir auf europäischer Ebene und Bundesebene nicht immer gleich Verbündete gehabt haben. Ich möchte nur darauf hinweisen, das bringt überhaupt nichts, das gegenseitig vorzuwerfen, es hätte auch Umweltminister gegeben, die in einer Bundesregierung zuständig waren, jetzt Berlakovich, vorher Pröll, Molterer, das ist Faktum. Es ist dort auch nicht unbedingt das gewesen, wir sind ein paar Mal unten gesessen beim Pröll, Kollege Anschöber, alle Parteienvertreter waren dabei, haben dort oft Dinge ausgemacht, so wirklich die Unterstützung über alle Parteigrenzen, insbesondere die Verantwortungsträger hinweg hat es letztendlich nicht gegeben.

Du hast gesagt, den Widerstand nicht aufgeben, ich glaube, es hat keiner gesagt, den Widerstand sollen wir aufgeben. Die Frage ist, wie können wir Ressourcen, Geldeinsatz effizient für die Zukunft, wie können wir uns da aufstellen? Weil der Kollege Anschöber erst gesagt hat, Vorschläge auf den Tisch. Ich bin der letzte, der da obergescheit sein will, ich bin nicht der, der Wunderdinge hat. Damit bin ich bei der Kollegin Schwarz, ich werde es das letzte Mal tun jetzt, weil es mittlerweile sehr schwierig ist, mit dir wirklich einen Dialog insofern zu führen, weil Kritik einfach nicht akzeptiert wird. Es war eine weinerliche Wortmeldung, ein paar Aussagen waren schon dabei, du hast gesagt, unerträglich ist es. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Ja, unerträglich!") Das heißt, unerträglich ist es, wenn man eine andere Meinung hat. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Nein!") Du bist erschüttert über das, dass jemand einen Antrag da herinnen einbringt, ich frage mich, (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Nein, bin ich nicht!") ja, habe ich wortwörtlich mitgeschrieben, ich frage mich, was für ein Demokratieverständnis da dahintersteckt, weil deine Wortmeldung war eine massive Kritik Richtung Rechnungshof, das ist überhaupt keine Frage. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Nein, wirklich nicht!") Eine massive Kritik Richtung Rechnungshof, das ist überhaupt keine Frage, weil wenn wir Kritik des Rechnungshofes aufgreifen, da diskutieren wollen, du sagst, das ist unerhört, das ist unerträglich, das ist eine Katastrophe, ich muss sagen, das tut mir leid, da habe ich ein anderes Demokratieverständnis, ich habe auch einen anderen Zugang mit allen Anti-Atom-Organisationen. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Du hast nur das Schlechte herausgelesen!") Wenn du nämlich sagst, du kennst niemand, zuhören ist auch ein wenig schwierig mittlerweile, ich weiß es, es ist halt leider so. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Ich kann reden und zuhören!") Wenn du sagst, du kennst niemanden, der unsere Kritik verträgt, dann darf ich dir sagen, dann hast du nur Kontakte mit gewissen Kreisen, wahrscheinlich ein Verein, wo du selber Vorstandsmitglied bist, wo es mitgetragen wird. Wir haben auch Kontakte mit vielen, ich traue mir zu, als einer, der in der Jugendbewegung 1976, 1977 und 1978 gegen Atomkraftwerke schon aufgetreten ist, mein Zugang zur Politik war wegen diesem Thema, damals gegen Zwentendorf, wo wir es innerhalb der Partei auch nicht leicht gehabt haben, seitdem habe ich immer in diese Richtung gearbeitet. Ich traue mir zu, dass ich Kontakte zu anderen Bereichen habe und traue mir zu, dass viele Organisationen in den nächsten Wochen sich mit diesen Vorschlägen, die wir jetzt gemacht haben, mit dieser Neuausrichtung beschäftigen werden, da bin ich mir sicher, vielleicht nicht mit dir, aber mit uns mit Sicherheit. Danke schön. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jachs.

Abg. **Jachs:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Prüfbericht über die Anti-Atom-Vereine ist heute schon oftmals Teil von Wortmeldungen gewe-

sen, auch ich möchte jetzt Stellung dazu nehmen. Wir haben gehört, es wurden 13 Vereine geprüft, 5 in Oberösterreich, 8 in Tschechien, ich möchte schon hier klar feststellen und festhalten, dass der Rechnungshof klar festgestellt hat, dass die Gelder des Landes Oberösterreichs hier widmungsgemäß verwendet worden sind, dass wir, so weit ich mich erinnern kann, in der letzten Sitzung des Kontrollausschusses einstimmig mit den Maßnahmen, mit den Empfehlungen einverstanden waren. Darum verstehe ich es nicht, wenn heute hier der Herr Kollege Hans Affenzeller vorne steht und immer wieder Kritik übt, ich glaube diese Annahme, diese einstimmige Annahme der Empfehlungen, ist der erste Schritt, dass wir wieder etwas Gemeinsames zusammenbringen. Ich glaube nicht, dass man hier vorne gscheiteln muss und alles besser wissen muss, selber keine neuen Ideen einbringt. (Beifall) Wenn, das möchte ich auch sagen, wenn auch das große Ziel Temelin abzuschalten und zwar für immer abzuschalten, bis jetzt noch nicht erreicht worden ist, verwehre ich mich heute aber auch gegen eine pauschale Schlechtmacherei der vielen wertvollen Aktivitäten der Anti-Atom-Vereine. (Beifall) Ich glaube nämlich, es waren gerade diese Vereine, die den vielen Atomgegnern und -gegnerinnen in den letzten Jahren eine Stimme gegeben haben, dadurch, dass sie gehört worden sind und Druck ausgeübt haben, ist dort vieles erreicht worden und vieles auch zum Guten erreicht worden, auch das darf nicht vergessen werden.

Darum möchte ich noch einmal eine kurze Rückblende machen, denn die Geschichte gegen das AKW Temelin aufzutreten, ist jetzt schon eine lange Geschichte. Sie begann in den Zeiten, wo eigentlich niemand mehr daran glaubte, dass das AKW Temelin überhaupt noch fertig gebaut wird, weil es jahrelang eine Baustelle war, brach gelegen ist. Schon damals haben sich ein Handvoll NGOs aus der Region und auch, muss ich heute sagen, es war vor allem die Junge ÖVP aus Oberösterreich, die hier vor Ort in Tschechien drüben schon Bewusstseinsbildung gemacht hat, aufgezeigt hat, welche Gefahren eigentlich so ein Atomkraftwerk in sich birgt. Gerade diese jungen Menschen waren es, diese NGOs, die aufgezeigt haben, dass großen Gefahren in den Atomkraftwerken liegen. Es hat schon in den 80er Jahren eben dieses Aufzeigen gegeben, diese Bewusstseinsbildung gegeben, da gab es in Tschechien noch keine freie Berichterstattung in den Medien, damals wurde noch gesteuert, damals wurde nicht die Wahrheit gesagt, auch nicht nach dem Unfall in Tschernobyl. Es war vor allem damals schon Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, der diese Aktivitäten wesentlich unterstützt hat, es ist auf Druck der NGOs und der Jugend 1987 erstmals gelungen, dass Tschechien Journalisten aus Oberösterreich eingeladen hat und die beginnende Baustelle Temelin gezeigt hat, das war damals ein Fortschritt für uns, es folgten in weiteren Jahren immer wieder auch mehr Kontakte mit Tschechien, wo einfach das Thema Temelin auf der Tagesordnung stand. Gerade Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer hat jede Chance genutzt, um dieses Problemkind, möchte ich sagen, anzusprechen, auf der Tagesordnung zu haben, hat Briefe geschrieben, hat geprüft, um Klagen einzureichen gegen den Betreiber, und es wurde dann auch 1998, und das haben wir dann gemeinsam hier im Landtag beschlossen, der Temelinbeauftragte eingesetzt und mit einem großen Auftrag ausgestattet.

Damals waren wir uns alle miteinander einig, dass das die richtige Vorgangsweise war. Und vor zehn Jahren, wenn wir zurückschauen, waren es Tausende Menschen, die dann an der Grenze aufgetreten sind, die Protest ausgeübt haben, die Grenze gesperrt haben, weil sie sich einfach nicht mehr anders zu helfen gewusst haben, weil sie nicht anders gehört worden sind. Und auch damals sind wir alle beisammen an der Grenze gewesen. Mir selber wäre es auch lieber, wenn ich heute hier stehen könnte und verkünden könnte, dass Temelin für immer abgeschaltet wird. Aber schlimmer wäre es für mich, wenn wir in den letzten Jahren nur zugeschaut hätten und nichts getan hätten.

Wir haben zwar unser Ziel noch nicht erreicht, aber mit unseren Aktivitäten und unserer Beharrlichkeit viele andere aufgerüttelt, und wie schon gesagt einige Verbesserungen erreicht. Und Temelin ist somit, das kann ich zurecht behaupten nach all diesen Aktivitäten und all diesen Demonstrationen, zum bestbeobachteten AKW weltweit geworden.

Danke möchte ich heute sagen an alle, die mitgearbeitet haben in der Anti-Temelin-Bewegung, allen Aktivisten, die mit so vielen Ideen unterwegs sind in den Schulen, in den Vereinen, die Aufklärung betreiben und nicht müde werden, davon zu reden, dass es genug ungefährliche Alternativen zu Atomstrom gibt. Und so lade ich heute hier auch alle ein, statt Kritik an der Arbeit, an der Anti-Atom-Arbeit zu üben, neue Ideen und Vorschläge einzubringen, statt an der Kritik von zu vielen Vereinen die wertvolle Arbeit in der Vielfalt zu sehen und in der Vielfalt der Zugänge zu sehen. Nutzen wir auch weiterhin unsere Chancen zur Verhinderung, als viel Energie in der gegenseitigen Kritik zu vertun. Was ich noch zum Schluss mitgeben möchte, ist, würde es morgen wieder so einen Reaktorunfall wie damals in Tschernobyl geben, was ich mir sicherlich nicht wünsche, aber wenn das passiert, dann glaube ich, würde hier herinnen auch mancher anders wieder denken und auch anders wieder sprechen. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Nerat.

Abg. **Nerat:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesen Ausführungen kommen mir ja beinahe die Tränen. Ich bin auch überzeugt davon, dass im Falle eines Unfalles in Temelin die radioaktive Wolke sich nicht in eine andere Richtung umleiten lassen würde dadurch, dass wir knapp 500.000 Euro im Jahr in dieses Anti-Atom-Programm investieren. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Arbeiten Sie einmal mit!") Und eines hat mich erschüttert, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Arbeiten Sie einmal mit!") dass muss ich wirklich sagen, eines ist erschütternd, dass Kritik an bewiesenen und aufliegenden Missständen, und etwas anderes ist es nicht und um etwas anderes handelt es sich nicht, dass Kritik beinahe wie Gotteslästerung oder noch viel schlimmer empfunden wird. Die Frau Kollegin Schwarz ist gleich erschüttert, die Frau Kollegin Jachs, du weißt es, ich schätzte dich ja sehr, aber jeder sieht die Welt untergehen, wenn man sich nur die berechnete Frage stellt, ob alles genau so richtig ist, wie man es jetzt macht.

Stattdessen heißt es, bringt Vorschläge. Na bitte, es stellt sich die Frage, wie soll man überhaupt Vorschläge bringen, wenn das Erkennen von Missständen schon beinahe ein strafbarer Tatbestand ist? Zumindest wird es so in dieser Diskussion übermittelt. Ich ersuche wirklich, dieses Thema mit einer ruhigen Sachlichkeit anzugehen. Und eine ruhige Sachlichkeit beinhaltet natürlich auch Kritik. Kritik kann auch eine Chance sein. Kritik kann auch eine wirkliche Möglichkeit zur Verbesserung sein. Ich glaube, in diesem Sinne sollten wir dieses Thema angehen, und nicht mit einer weinerlichen oder "mein-Gott-ihr-habt-uns-alle-nicht-mehr-lieb-Stimmung". Danke. (Beifall. Zwischenruf Abg. Schwarz: "Das war jetzt auch entbehrlich!")

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich weiß, ich rede oft sehr schnell, und manches in langen Sätzen. Daher möchte ich noch einmal klarstellen, was scheinbar nicht von allen verstanden wurde oder missinterpretiert wurde. Meine Erschütterung hat sich dahingehend geäußert - und so habe ich das auch zur dringlichen Debatte gesagt - dass wir eine Neuausrichtung brauchen nur auf Grund von zweier Aussagen, die unter anderem auch im Rechnungshofbericht sind. Die zwei Aussagen herzu-

nehmen und zu sagen, alles war schlecht, das war meine Betroffenheit, weil ich glaube, und das ist schon von vielen bestätigt worden, es ja nicht so war, dass wir nicht die letzten sechs Jahre überall falsch gelegen sind, sondern wir gemeinsam etwas weitergebracht haben. Nicht mit der Erreichung des großen Zieles, aber doch gemeinsam.

Das war mein Appell beim Antrag und der Grund, warum wir keinen eigenen Arbeitskreis wollen. Weil es ja genau diesen Arbeitskreis in der Form der Anti-Atom-Gipfel gibt, aber auch in Form der Treffen der NGOs zur Strategiebesprechung und zur einzelnen Bearbeitung der Projekte. Ich möchte nachher auf die Empfehlungen und die Kritik, die vom Rechnungshof gekommen ist, eingehen. Und Kollege Nerat, ich weiß nicht woran du erkennst, dass ich Kritik nicht vertrage und ich die Kritik zurückweise, wir haben die Rechnungshofpunkte einstimmig angenommen. Ich werde auch schon zu einigen Punkten etwas sagen können, weil das ja sofort auch in Umsetzung gekommen ist und ich auch beim Antrag gesagt habe, ja, wir werden die Weiterentwicklung so wie bisher vorantreiben. Gemeinsam mit den NGOs, gemeinsam mit den Expertinnen und Experten. Vielleicht, Kollege Nerat, bist du ja dann dabei, bei diesen Treffen mit den NGOs und kannst dir dann auch ein Bild machen, wie da zusammengearbeitet wird und wie da die gemeinsamen Interessen weiterentwickelt werden.

Wogegen ich mich wehre, und das hat auch der Rechnungshof mit keinem Wort gesagt, dass die Arbeit schlecht war. (Zwischenruf Abg. Makor: "Der Affenzeller auch nicht!". Zwischenruf Abg. Schenner: "Der Affenzeller auch nicht! Und im Antrag steht das auch nicht!") Im Antrag steht drinnen, dass eine Neuausrichtung notwendig ist. Und eine Neuausrichtung heißt für mich, (Zwischenruf Abg. Schenner: "Neuausrichtung hast du gesagt! Du hast das als Erste erwähnt!") die Neuausrichtung steht im Antrag. Die Neuausrichtung steht im Antrag, oder? (Zwischenruf Abg. Schenner: "Wie du jetzt gefragt worden bist, hast du gesagt, natürlich arbeiten wir an einer Neuausrichtung!") Eine Weiterentwicklung! Nein, die Neuausrichtung habt ihr im Antrag stehen. (Zwischenruf Abg. Makor: "Was bedeutet das?". Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Also, den Antrag haben wir geschrieben!") Mei, ihr seid so empfindlich, (Zwischenruf Abg. Makor: "Nein, nicht wir!") und ich weiß, was da der Hintergrund ist. Aber ich möchte jetzt einfach zum Rechnungshofbericht zurückgehen. Weil es schaut jetzt so aus, als ob ich die Kritik am Rechnungshof geäußert habe. Ich weiß nicht, ob es angekommen ist, aber vielleicht bin ich da wirklich so falsch in meiner Einschätzung.

Ich möchte mir jetzt einfach die einzelnen Punkte noch einmal anschauen, die der Rechnungshof berechtigter Weise sich da genau angeschaut hat und auch Empfehlungen ausgesprochen hat. Und wir haben ja auch alle unterstützt, sonst hätten wir nicht zugestimmt. Die Formulierungen über die einzelnen Maßnahmen und Beschlüsse gehen hinaus in eine Gesamtstrategie innerhalb der Anti-Atom-Offensive.

Ich habe schon gesagt, es ist nicht immer ganz einfach, unterschiedlichste NGOs mit unterschiedlichsten Werthaltungen auch zusammenzubringen und hier eine gemeinsame Strategie. Und das, was ich gesagt habe in meiner ersten Rede war, dass ich nicht eine einzelne Kritik kenne, sondern ich habe gesagt, dass ich kein unterschiedliches Ziel finde, weil das Hauptziel bei allen NGOs ist eigentlich gleich, und wir bemühen uns gemeinsam mit den NGOs hier Umsetzungsschritte zu machen und hier auch Maßnahmenbündel zu kreieren. Die weitere Entflechtung des Aktivitätsportfolios der Vereine und der Projektförderungen, Einstellung der Förderung bestimmter Aktivitäten, genau das wurde auch gemeinsam mit den NGOs diskutiert.

Mit dem neuen Maßnahmenpaket, das von der Regierung am 19. April beschlossen worden ist, hat das schon Berücksichtigung gefunden, hier auch gemeinsam zu schauen, dass nicht

jeder das Gleiche macht, sondern dass wirklich zielgerichtet die einen sich mehr mit den UVPs beschäftigen, mit den rechtlichen Grundlagen, die anderen sich mehr mit den Schulinformationen beschäftigen. Das macht ja auch Sinn, und das war auch der Prozess der letzten Jahre hier sich abzustimmen, um eben die Kräfte zu bündeln, um die Mittel effizient einzusetzen. Und es ist in keinem Bericht drinnen gestanden, dass die Mittel nicht effizient eingesetzt wurden oder dass die Mittel nicht widmungsgemäß verwendet wurden. Das lese ich aus dem ganzen Bericht nicht heraus. Und wenn einzelne Organisationen sagen, nein, wir verlagern unsere Schwerpunkte, Mütter gegen Atom haben sich entschlossen nur mehr ein Projekt einzureichen, dafür mehr bei „Stopp Temelin“ mitzuarbeiten, und die Gabi Schweiger und der Roland Egger machen hier eine gute gemeinsame Arbeit und haben sich dieser Strategie verschrieben, wo eben die Projekte gemeinsam eingereicht wurden, dann kann ich das nicht einfach mit Prozenten so darstellen. Ich glaube, diese faire Beurteilung und auch das faire Lesen des Rechnungshofberichtes ist einfach auch wichtig, und hier genau zu schauen, worum es geht.

Die explizite Festlegung der bestehenden Zusatzrichtlinien bei der Förderung ist ein enorm wichtiger Beitrag gewesen, den wir auch dankend vom Rechnungshof entgegengenommen haben, wie viele andere Punkte, die angesprochen wurden. Gerade auch bei der Durchsicht der einzelnen Vereine, wie können wir hier vergleichbare Berichte auch schaffen. Wie können wir es auch schaffen, dass die vielen Arbeiten, die dort auch ehrenamtlich passieren, das muss man ja auch sagen, da sind ja nicht nur hauptberufliche Geschäftsführer dort, die das machen, da ist ja sehr viel ehrenamtliches Engagement dabei. Jeder Verein hat hier seine Mitglieder und seine Vorstandsfunktionen. Die machen die Arbeit auch ehrenamtlich und nicht mit Bezahlung. Und hier einen einheitlichen Evaluierungsbericht zu machen ist einfach ein wichtiges Ziel, um diesen Mitteleinsatz noch viel besser auch belegen zu können bzw. zielgerichteter zu machen. Die Fördermitteldeckelungen, die Beibehaltung darüber hinaus. Sollten wir die Fördermittel von den Vereinen aus der Anti-Atom-Offensive ausscheiden, nicht mehr eingesetzt werden? Ich glaube, das muss man sich genau anschauen, welche Pakete sind denn notwendig, wie kann das gemacht werden?

Die Verbesserung der Aussagekraft habe ich schon angesprochen. Die wird in den nächsten Berichten schon eingeführt werden. Das heißt, der Großteil der Maßnahmen, das hat auch der Landesrat Anschöber schon bei seiner Rede am Vormittag bei der Anfragebeantwortung besprochen, wurden ja eigentlich schon gemacht. Auch die mittelfristige Planung, die Zielsetzung. Ich glaube das Papier ist ja beim letzten Kontrollausschuss ausgeteilt worden. Daher war es mir ja noch weniger verständlich, hier von einer Neuausrichtung zu reden, weil wir hier gemeinsam mit den NGOs und mit Radko Pavlovec von der Abteilung, mit den Expertinnen und Experten hier diese gemeinsamen mittelfristigen Zielsetzungen für den Zeitraum von 2010 bis 2015 schon erarbeitet haben. Also hier zu sagen, das ist alles Null und nichtig und wir machen eine Neuausrichtung, das ist das, was ich der SPÖ einfach ankreide. Und dabei bleibe ich auch. Dass das laut SPÖ alles weggeschmissen werden soll und alles neu aufgesetzt werden muss, obwohl wir eigentlich sehr gute Maßnahmen schon haben und auch schon konkrete Ziele herabgebrochen auf die Umsetzung auch möglich sind.

Ich bitte noch einmal um eine gute Zusammenarbeit und die Emotionen, auch die vorhergehenden, vor der Wahl, die vor vielen Wahlen immer wieder aufgetretenen parteipolitischen Zerwürfnisse im Bereich der Anti-Atom-Bewegung. Ich glaube, das soll es nicht geben. Hier muss es ein Zusammenhalten geben, um eben weiterhin mit einer Stimme zu sprechen. Ich habe bis jetzt noch nicht gesehen, dass sie verloren gegangen ist. Nur mit Anträgen wie diesem, schaffen wir das alles ab, was so furchtbar und schlecht ist, damit ist uns nicht gehol-

fen. Wir müssen gemeinsam wieder, gerade beim nächsten Anti-Atom-Gipfel, der Mitte Juli oder Anfang Juli sein wird, hier wieder gemeinsam mit den NGOs weiter arbeiten.

Und ich danke nochmals dem Rechnungshof, und ich glaube, das habe ich auch schon bei meinen Vorgesprächen immer wieder gesagt, für die Arbeit. Es war eine sehr gute Zusammenarbeit. Das wurde auch von der Abteilung so bestätigt. Und die Kritikpunkte wurden aufgegriffen. Und hier genauer zu schauen, wie können wir Ziele erreichen, wie können wir Ziele festlegen, die wir auch erreichen können, ist glaube ich, ein wichtiger Bereich, den wir uns auch nehmen müssen, um eben diese Anti-Atom-Politik in Oberösterreich, die wirklich herzeigbar und Vorreiter für viele andere Bundesländer bzw. auch Länder ist, gerade in Zeiten, wo die Atomlobby wieder Aufwind bekommt und wo die Renaissance der Atomkraftwerke kommt, hier müssen wir einfach gewappnet sein, und uns nicht mit inneren Reibereien und Streitereien Kräfte rauben, sondern wirklich gemeinsam voran gehen, um eben dieser Atomlobby auch wirklich etwas entgegen setzen zu können. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Fraiss.

Abg. Dr. Fraiss: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin schon, und jetzt Kollegin Schwarz, tatsächlich erschüttert, wenn ich diese Wortwahl mitverfolgt habe, was alles nicht erlaubt ist in diesem Haus hier herinnen. Da wagt es tatsächlich die Sozialdemokratische Partei Oberösterreich auf der Grundlage eines Rechnungshofberichtes, der ausdrücklich festhält, dass mit allen Maßnahmen die Hauptziele in den wichtigen Hauptbereichen der Forderungen nicht erreicht wurden, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Das Hauptziel!“) bitte? (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Das Hauptziel!“) den zwei Hauptzielen, ich sage das ausdrücklich, der Verhinderung von der Temelinbetriebnahme und zweitens dass wir von unseren Zielsetzungen Richtung Sicherheit ja im Grunde in den zentralen Punkten ja auch keinen Erfolg gehabt haben. Kollege Anschöber, ich mache es niemanden zum Vorwurf. Es ist nur eine Feststellung des Rechnungshofes. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Wir waren uns eh einig, was die Ursachen waren bisher!“)

Und da komme ich jetzt dazu: Da ich zum Glück noch der Älteste des Hauses bin, von Alzheimer noch nicht ganz befallen bin, muss ich der Frau Kollegin Jachs schon sagen: Wenn man einen historischen Rückblick macht, Frau Kollegin Jachs, dann sollte er historisch auch einigermaßen sauber gestaltet werden. Glück eines Älteren mit dabei gewesen zu sein, als der Landeshauptmann Dr. Ratzenböck gemeinsam mit Dr. Grüner, und ich war damals auch dabei als sein Büroleiter, wir mit Beranek dort diskutiert haben, und im Grunde festgestellt haben, wie gering unsere Möglichkeiten sind, und jetzt zitiere ich, und der Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck würde mir Recht geben dabei, dass ich es richtig mache, "über den Eisernen Vorhang hinweg unsere Möglichkeiten halt sehr sehr beschränkte und begrenzte waren".

Die Chance hat sich absolut erst eröffnet nach 1989, und ich kann mich noch gut an Diskussionen erinnern da herinnen, wie es geheißen hat, was sollen wir denn da drüben machen, die fahren ja eigentlich in der Politik genauso drüber wie es früher der Fall gewesen ist? Kollege Anschöber, ich glaube, du wirst mir Recht geben. Tatsächlich war die entscheidende Phase, als es um den EU-Beitritt von Tschechien gegangen ist. Und jetzt beginnen wir mit Protokollen, wenn wir die tatsächlich herausnehmen wollen. Wie viele Anträge, die ich selber zum Teil geschrieben habe, darum weiß ich es noch so gut, als es darum gegangen ist, das Energiekapitel nach einem Besuch in Brüssel, wo wir gesagt haben, Moment, die Bundesregierung hat das Energiekapitel geschlossen, das kann ja wohl nicht der Fall sein, und die fallen uns ja mehr oder weniger in den Rücken, Anträge hier herinnen, Frau Kollegin Jachs,

eingebraucht, manche davon gescheitert, weil wir im Grunde die 29 Unterschriften nicht zustande gebracht haben. Großer Kampf jedes Mal darum, die 29 Unterschriften zustande zu bringen.

Zweiter großer Punkt, um den es gegangen ist, war das Melker Abkommen. Für das Melker Abkommen, Kollege Anschöber, haben wir auch gemeinsam gekämpft hier herinnen, als wir wirklich gemeint haben, und ich kann mich erinnern, es war eine Budgetlandtagssitzung, als es darum gegangen ist, das Melker Abkommen in dieser Form nicht so zu akzeptieren. Und Kollegin Schwarz! Ich weiß noch, wie ich gerauft habe da dabei. Da warst du leider noch nicht da. Und darum lasse ich es mir auch so ungern für unsere Fraktion sagen, dass wir im Grunde illoyal seien oder nicht für diese Sachen eingetreten seien. Da waren andere noch nicht dabei. Und der Kollege Anschöber weiß, wie wir miteinander schon in Wackersdorf gewesen sind. Also es gibt auch andere Zeiten, wo wir zurückgreifen könnten. Da lassen wir uns das bei bestem Willen auch nicht nehmen. Und ich würde es nie machen, weil ich eine Politik verabscheue, die immer in Schwarz-Weiß malt, im Grunde die anderen, wenn sie etwas kritisch angehen, sofort negativ beurteilt werden, obwohl sie etwas Positives damit meinen.

Und es ist meines Erachtens eine ganz wichtige Entscheidung jetzt darüber nachzudenken, wenn man wesentliche Hauptbereiche als Ziele nicht erreicht hat, der Rechnungshof feststellt, dass manches, was die Projektarbeit usw. betrifft, als nicht effizient einzuschätzen ist, und dass empfohlen wird, dass hier eine bessere Koordination stattfinden soll. Überhaupt nichts, was so besonders ist. Haben wir in vielen anderen Bereichen in Rechnungshofberichten auch bereits als sinnvolle Feststellung hinnehmen müssen. Aber daraus jetzt zu sagen, über das darf man nicht reden, das verstehe ich nicht. Es müsste doch eigentlich umgekehrt sein, wenn jetzt der Kollege Anschöber der zuständige Referent ist, geradezu eine Einladung an alle, gemeinsam zu diskutieren. Und unser Zugang, Kollege Anschöber, und das ist auch klar, bei der Kritik, die da liegt, war es, dass wir gesagt haben, ein Anti-Atom-Gipfel in der bisherigen Form, dass wir uns um 9 Uhr treffen, fünf Minuten vor 9 Uhr von Pavlowec irgendeine schriftliche Unterlage kommt, dann sitzt man dort, dann diskutiert man noch ganz schnell und dann um 11 Uhr Pressekonferenz, wo man sagt, sollten wir doch gemeinsam einen Schulterschluss betreiben, da haben wir gesagt auf Grund des Rechnungshofberichtes, auf Grund der Dringlichkeit, die sich daraus ableitet, wäre es gescheit, im Grund nicht mit einem Atom-Gipfel in der bisherigen Form weiter zu machen, sondern einen Arbeitskreis zu schaffen, wo alle die, die auch beim Atom-Gipfel dabei sind, eingebunden sind, wo die Fraktionen eingebunden sind, wo man hinterfragt, wie schaut denn die neue Strategie grundsätzlich aus? Wie gehen wir mit der Endlagerungsfrage um? Akzeptiert man plötzlich dann, dass Temelin halt in Betrieb ist als eine, von mir aus notwendige Sache oder betreibt man es anders? Ich stelle es nur als Fragezeichen hin. Wie geht man um mit, das wurde das letzte Mal angesprochen, Isar I in Bayern? Wie geht man um mit anderen Fragen? Haben wir allein die Kompetenz, EuGH-Entscheidung? Das Letzte hat uns eigentlich gezeigt, wo unsere Grenzen im Grund auch in rechtlichen Belangen zu sehen sind.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollen nicht warten, bis Tschernobyl wieder passiert, Kollegin Jachs, damit wir anders denken. Wir brauchen kein anderes Denken, sondern wir wollen so effizient arbeiten, dass wir wirkungsvoller im Wesentlichen bei den Leuten draußen auch ankommen. Denn eines ist ein Faktum. 80 Prozent sind gegen Atomkraft. Aber jeder, der ehrlich ist, und draußen dann das diskutiert, hört als eine zweite Antwort darauf, es wird eh alles nichts nutzen. Und genau dieses "es wird eh alles nichts nutzen", das sich so breit macht, was man auch an den Demonstrationen gemerkt hat, dass es immer weniger geworden sind, die dann dort waren, genau das ist die Herausforderung für uns als

Politiker des Landtags, zu sagen, setzen wir uns zusammen, versuchen wir wirkungsvollere, effizientere Maßnahmen zu setzen als wie wir von mir aus auch gemeinsam bislang vorgegangen sind. Das ist nichts Trennendes, sondern ich versuche oder wir versuchen es, und das hat der Kollege Affenzeller heute sehr, sehr deutlich gesagt, da wird eine Neuausrichtung in manchen Punkten notwendig sein. Man soll nichts schön reden, da gibt es ein Ergebnis, wo man einen Spiegel vorgehalten gekriegt, dass halt auch Mängel aufgetreten sind in einer bestimmten Richtung.

Und der Rechnungshof, Kollegin Schwarz, hat nicht gesagt, dass die Mittel effizient eingesetzt worden sind. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Hab ich eh nicht gesagt!") Er hat auch, gesagt, ich habe es mir aufgeschrieben, ist im Protokoll nachlesbar, er hat festgehalten, dass sie widmungsgemäß verwendet worden sind. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Ja, habe ich gesagt!") Das war dann eine doppelte Wortmeldung, also eine Doppelmeldung, einmal widmungsgemäß und effizient. Effizient hat er nicht geschrieben, und das ist ein Punkt, wo wir sagen, gehen wir gemeinsam vor.

Dritter Punkt, meine Damen und Herren: Wie geht man mit "RAUS aus EURATOM" um? Da wird von einem Schulterchluss gesprochen, und dann stelle ich plötzlich fest, nachdem wir es im Landtag, glaube ich, dreimal beschlossen haben, dass von dem Schulterchluss auf einmal herzlich wenig zu spüren ist. Ich lese plötzlich, da gibt es Vereine, die sind dagegen, andere unterstützen das, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Die Strategie ist unterschiedlich, aber das Ziel, das wir im Landtag beschlossen haben, ist einheitlich!") Siehst du, Kollege Anschober, und das ist es, was mir halt im Grund wirklich negativ aufstößt: Es kann doch nicht jetzt eine bestimmte Gruppierung, die sich immer auf einen Schulterchluss beruft, plötzlich hergehen und sagen, ja, inhaltlich sind wir schon gleich, aber strategisch wollen wir das überhaupt nicht haben.

Ich erinnere mich daran beim letzten Atom-Gipfel, es war eine glatte Diskussion, müssen wir im Grund machen, soll passieren. Und urplötzlich verabschieden sich (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Volksbegehren!") Bitte? (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Aber über das Volksbegehren ist kein Wort gesprochen worden beim letzten Anti-Atom-Gipfel!") Da sind die gelben Papiere damals schon verteilt worden. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Ja, die gelben Papiere sind verteilt worden, aber wir haben !") Ja, ich gehe davon aus, wenn ich einen Gipfel mache, und die liegen dort auf und wir diskutieren den Ausstieg, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Haben wir einen Beschluss in Richtung Volksbegehren?") Bitte? (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Haben wir einen politischen Beschluss in Richtung Volksbegehren?") Das zeigt mir ja genau das, warum wir im Grund eine neue strategische Orientierung vornehmen sollen, weil, wenn ich mich jetzt immer auf einen Beschluss berufe und dann sage ich, wenn du nicht mittust dabei, dann seid ihr nicht im Schulterchluss dabei. Aber wenn im Grund etwas anderes geschieht: Waren wir einmal gefragt, welche tschechischen Vereine im Grund strategisch, jetzt rede ich nicht vom Geld, strategisch wirklich so eingebunden sind, dass es für uns wirkungsvoll ist? Hat es da einmal ein Gespräch darüber gegeben? Ich habe das immer alles so gesehen, wird organisiert, es gibt gemeinsame Vorgehensweisen, die sollen von uns auch nicht gestört werden.

Aber eines, was wir uns als Sozialdemokraten, und mit dem schließe ich, überhaupt nicht umhängen, weil wir konstruktiv mit einer Kritik des Rechnungshofes umgehen und ausgehend von dort sagen, da gibt es Bereiche, die sollten wir neu definieren, die sollten wir uns neu anschauen, man soll die Strategie koordinieren, damit es nicht passiert, dass halt ein paar sagen, so ist es, und die anderen sagen, wir sind mit der Strategie nicht einverstanden. Das ist sonst verlorenes Geld, denn da ist schade darum, das sage ich ausdrücklich dazu.

Wenn jetzt eine Aktion wesentlich läuft, viele von euch, Kollege Anschober, mitunterschrieben haben, ich selber auch unterschrieben habe, wir als Klub, wir auch der Meinung waren, es geht, und plötzlich treten andere, die aber auch gefördert werden, auf und sagen, nein, aus strategischen Gründen sind wir eigentlich nicht dafür, sondern dagegen, da kann etwas nicht ganz stimmig sein dabei, da wird nicht an einem Strang gezogen. Damit ist die Effizienz auch nicht mehr gegeben. Der Mitteleinsatz ist im Grund eher kontraproduktiv, denn, wenn einer gefördert wird und die andere Gruppierung redet dagegen, dann können wir nicht mehr sagen, dass das weiß Gott wie gut koordiniert war.

Ich ersuche wirklich um eines. Lassen wir die Geschichte, Kollegin Jachs, Melker Abkommen, alles, was es gegeben hat, bis zum Herrn Bundeskanzler Schüssel in Ansfelden draußen, was dort versprochen worden ist, was alles geändert wird, und ich könnte jetzt die Geschichte fortsetzen bis zum damaligen Umweltminister Pröll, der vor unseren Augen gesagt hat, er wüsste gar nicht, dass jetzt irgendwann einmal die Kollaudierung im Raum steht, obwohl das im Grund alle gewusst haben. Wir haben bewusst immer auf all diese Dinge an Kritik verzichtet, weil wir gesagt haben, wir wollen mehr oder weniger eine gemeinsame Linie fahren. Aber wenn man dann einmal später sagt, und jetzt, nachdem das alles passiert ist, und Temelin steht und wir jetzt vor der Endlagerungsfrage stehen, wie gehen wir dort weiter um damit, und wie setzt man dort die Mittel am besten ein, wenn man uns das Recht dazu nicht mehr zugesteht, aber stattdessen im Wesentlichen alle gescheitern, keine Loyalität und keine Vorschläge einbringen. Deshalb sagen wir: Setzen wir uns zusammen, finden wir vielleicht eine Vorgehensweise, die auch zeitangemessen ist, zeitangepasst ist, die der momentanen Problemsituation entspricht.

Da ersuche ich schon um so viel Entgegenkommen bei dem ganzen. Und da glaube ich auch, Kollege Anschober, dass auch du gut beraten bist, wenn man eine Arbeitsgruppe im Vorfeld eines Atom-Gipfels macht, wo man sich wirklich zusammensetzt, darüber diskutiert, dann das als eine Grundlage für einen Anti-Atom-Gipfel nimmt und dann auch mit so einem Ergebnis in die Pressekonferenz geht. Das wäre, glaube ich, auch die richtige Antwort, die richtige Würdigung des Berichtes des Rechnungshofes und eine entsprechende Reaktion. Und wir hätten gelernt daraus, was da drinnen steht, und die Reaktion sollten wir miteinander verfassen. Ich ersuche also schon, nicht gegeneinander auszuspielen, nicht die SPÖ plötzlich schuldig werden zu lassen. Dazu, glaube ich, waren unsere Einbringungen, unsere Leistungen auch in der Geschichte zu groß. Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe auf jenes Verständnis, das eigentlich die Anti-Atom-Politik in Oberösterreich bisher ausgemacht hat, danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Anschober.

Landesrat **Anschober:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt wahrscheinlich doch etwas umfassender werde, obwohl es schon 16.07 Uhr ist. Aber dennoch, es ist ein Thema aus meiner Sicht, wo es notwendig ist, dass man darauf eingeht und zwar präzise darauf eingeht. Da steht sehr, sehr viel am Spiel. Wir haben einen Rechnungshofbericht vor uns, der korrekt erstellt wurde in einer guten Zusammenarbeit, für den ich mich bedanke, denn dieser Rechnungshofbericht zeigt uns in manchen Details Effizienzsteigerungspotenzial. Das wollen und werden wir nutzen.

Aus meiner Sicht haben wir in dieser heutigen Debatte ein bisschen stark zwei Ebenen verschoben und miteinander vermischt, das war mein Eindruck, mein subjektiver, gebe ich zu. Jeder hat eine subjektive Herangehensweise. Jeder ist bei so einem Thema, nachdem viele

bei diesem Thema mit Herzblut über lange Zeit dabei waren, auch mit einer gewissen Emotionalität und damit einem Schuss Subjektivität mit dabei.

Meine Sicht der Dinge: Wir haben heute zwei Dinge miteinander vermischt. Einerseits den Rechnungshofbericht und dessen konkrete Empfehlungen, das ist eigentlich der Tagesordnungspunkt. Und das Erfreuliche ist, glaube ich, und ich weiß nicht, ob der Herr Landesrechnungshofdirektor schon einmal so eine Debatte erlebt hat, dass der zuständige Referent schon bei der Debatte sagen kann, alle Empfehlungen sind umgesetzt. Alle Empfehlungen sind umgesetzt, die in meinem Wirkungsbereich sind. Es gibt einen Empfehlungspunkt, der im Zuständigkeitsbereich des Landeshauptmanns ist, was die Vereinsförderung in grundsätzlicher Natur betrifft. Ich gehe davon aus, dass das der Herr Landeshauptmann auch umsetzen wird. Ich kann nur meinen Bereich beurteilen und alle anderen Bereiche, die hier jenseits dieses einen angesprochenen Punktes thematisiert sind. All diese sind bereits umgesetzt. Es gibt eine Umsetzung in allen Bereichen.

Das, was aber teilweise heute aus meiner Sicht passiert ist, war eine Grundsatzdiskussion. Und der Rechnungshof hat keine strategische Grundsatzbewertung in politischer Hinsicht dieser Arbeit durchgeführt, ist ja auch nicht seine Aufgabe. Wir sind ja auch im Kontrollausschuss so verblieben, dass der Rechnungshof ausdrücklich betont hat, dass das nicht seine Aufgabe ist, sondern dass es Aufgabe ist, die effiziente Umsetzung eines politischen Programms zu kontrollieren und zu evaluieren, und das hat er ausgezeichnet gemacht.

Wir haben das heute mit der politischen Evaluierung vermischt. Das ist natürlich auch legitim, und mit einem Schuss Frustration, den wir haben, alle miteinander, weil ich kenne da herinnen viele, die seit langer Zeit mit dabei sind, seit langer Zeit sich engagieren, seit langer Zeit kämpfen. Und wenn man sich dann in der Kernfrage, für die man angetreten ist, und das war der entscheidende Punkt, den der Rechnungshof festgestellt hat, ich bin ein Optimist, und deswegen formuliere ich es so, noch nicht durchgesetzt hat, obwohl wir zehn, fünfzehn Jahre bereits kämpfen, na dann erzeugt das einen Frust. Aber das darf aus meiner Sicht nicht dazu führen, dass wir uns in so einer Debatte auseinanderdividieren. Keine Schuldzuweisung von meiner Seite, sondern es muss der Grundkonsens auch am heutigen Abend dann da sein, dass die Herausforderung so groß ist und dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns da so locker durchsetzen, eine so bescheidene ist, wenn wir das ganz ehrlich anschauen, weil auch die Größenverhältnisse, die Machtoptionen, der Mitteleinsatz so gigantisch unterschiedlich ist, dass wir nur dann eine Chance haben in dieser Schlüsselphase der energiepolitischen Entwicklung in Europa und der Atomentwicklung, wenn wir zusammenstehen und wenn wir zusammenhalten und wenn wir das, was wir heute als Diskurs absolviert haben, in Richtung einer kreativen Weiterentwicklung eines neues gemeinsames Geistes, den wir schon oft gezeigt haben in diesem Haus, auch weiterentwickeln.

Das Ziel war ein enormes. Zu sagen, wir als kleines Bundesland, das ein Nachbar, ein potenziell betroffener ist, 60 Kilometer weg von Temelin, 60 Kilometer südlich von Temelin, dass wir, wo wir keinerlei Grundkompetenzen, was den Entscheidungsbereich betrifft, haben, eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, dass wir uns mit unserem Kurs durchsetzen, das hat ja von Beginn an keiner geglaubt. Und jeder hat es ehrlich formuliert, wir kämpfen, weil wir uns das schuldig sind und weil wir das dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung schuldig sind, dass wir alles unternehmen, was wir tun können. Ich glaube, das können wir uns gegenseitig attestieren, dass wir das bis zum heutigen Tag versucht haben und weiter versuchen werden. Da mag der eine oder der andere an manchen Details eine Kritik haben, das ist ja legitim und das gibt es in jedem Arbeitsprozess, aber diese Kritik sollte dazu führen, Karl Fraiss, und ich habe deine Worte sehr positiv vernommen in die Richtung, dass wir es konstruktiver

umsetzen und dass wir gemeinsam weiterkommen auf eine produktive Art und Weise, dass es also nicht ein parteipolitisches Spielchen wird, das wir daraus machen, sondern dass wir schauen, dass jeder seinen Beitrag liefert, damit wir positiv weiterkommen, so wie der Rechnungshof seinen Beitrag hin in Richtung mehr Effizienz der Umsetzung geleistet hat und wir diesem Beispiel folgen werden.

Was mich, ehrlich gesagt, heute ein bisschen gestört hat, sage ich auch ganz offen und ehrlich, war, dass es eine Fraktion in diesem Haus gibt, die offensichtlich, so habe ich zumindest die Worte vom Kollegen Haimbuchner verstanden, ein bisschen politisch damit spielen will, dass wir Vereine in Tschechien mitfinanzieren. Ich halte das nicht für gut. Denn, wo fallen die Entscheidungen? Die Entscheidungen fallen in Tschechien. Und nur, wenn wir dort Informationsarbeit machen, nur, wenn wir dort mehrheitsfähig sind, nur, wenn wir dort eine stärkere Lobby haben, werden wir uns durchsetzen können. Und noch einmal: Der Kollege Steinkellner hat als Umweltlandesrat genau die selben Förderungen für tschechische Vereine unterschrieben wie ich. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner) Der Kollege Haimbuchner, der Kollege Haimbuchner, nein, hör auf zum Herumpolemisieren, jetzt wollen wir einmal ehrlich Tacheles reden miteinander.

Der Kollege Haimbuchner ist hergegangen und hat vor fünf Wochen in der Regierung zugestimmt, dass all die Vereine subventioniert werden. Und sich dann herzustellen und öffentlich zu polemisieren dagegen, nur weil es halt tschechische Vereine sind, bitte sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "In Zeiten wo man sparen muss!") schenken wir uns das, schenken wir uns das, gehen wir korrekt miteinander um und versuchen wir, eine wirklich engagierte Anti-Atom-Politik gemeinsam zu verwirklichen. Da brauchen wir jeden; vom Hans Affenzeller bis zum Günther Steinkellner. Da brauchen wir alle und die gesamte (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "... werden wir das Geld nicht nach Tschechien schicken. Und das ist jetzt interessant, dass du das nicht mehr diktieren kannst. Sonst haben wir keinen gemeinsamen Konsens mehr!") Okay, ich nehme das gerne zur Kenntnis. Wir lassen es protokollieren. Das wird auch schwarz auf weiß festgestellt sein.

Und ich sage dir eines, lieber Günther Steinkellner. In der Öffentlichkeit werden die Spalter in einer Überlebensfrage wie Temelin nicht mehrheitsfähig sein, ganz sicher nicht. (Beifall) Wir brauchen keine Spalter. Wir brauchen ein Miteinander, und dafür werbe ich, und dafür kämpfe ich, und dazu lade ich ein. Wir hatten dieses Miteinander bisher immer. Und ich habe die Kritik vom Kollegen Affenzeller, von Karl Frais als eine konstruktive empfunden. Die kann uns weiterbringen, wenn wir einen Arbeitsprozess gemeinsam, wie wir es dann organisieren rund um den nächsten Anti-Atom-Gipfel, das schauen wir uns an, da reden wir darüber. Aber wichtig ist, dass wir die Herausforderungen annehmen und dass wir das als gemeinsames Ziel und als gemeinsame Aufgabe für uns miteinander empfinden und nicht als Ort billiger Polemik.

Ich komme zurück zu deinem Punkt EURATOM, weil das ist einer, der in der Öffentlichkeit kaum verstanden wird, und ich verstehe es, dass er kaum verstanden wird. Noch einmal zur Abfolge. Klar ist, wir haben jetzt im Nationalrat am 23. Juni 2010 die Chance, eine Abstimmung über den Ausstieg aus EURATOM, Temelin wäre auch schön, aus EURATOM zu gewinnen. Erstmals steht dieses Thema zur Abstimmung. Meine Bitte ist, versuchen wir diese Tage bis zum 23. Juni 2010 zu nutzen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Die Entscheidung Volksbegehren haben wir in Oberösterreich!") Nein, Kollege Karl Frais, was ist denn das Ziel eines Volksbegehrens? Das Ziel eines Volksbegehrens ist, eine parlamentarische Entscheidung herbeizuführen. Genau die gleich parlamentarische Entscheidung kann ich mit einem Parlamentsantrag herbeiführen. Genau das wird am 23. Juni 2010 passieren. Meine Bitte ist

ganz einfach diejenige, dass jeder und jede im Bereich seiner Bundesparteien wirbt dafür, dass es da eine Zustimmung gibt; den eigenen Abgeordneten aus Oberösterreich, Nationalratsabgeordneten oder die Abgeordneten in den nächsten Tagen einmal kontaktiert und sagt, hallo, am 23. Juni 2010 Entscheidung im Nationalrat, bitte vertritt die oberösterreichische Linie, die wir gemeinsam definiert haben und steh dazu, steh gerade dazu, dann haben wir eine Mehrheit.

Wenn das nicht gut geht, ich kenne die Situationen, was den Klubzwang und ähnliches betrifft, wenn das nicht gut geht, dann müssen wir uns beim Anti-Atom-Gipfel zusammensetzen und definieren, was ist dann der nächste Schritt, den wir gemeinsam als Land Oberösterreich tragen, die Unterstützung des Volksbegehrens, das ja bereits in der Vorbereitungsphase ist und wo viele von uns bereits unterzeichnet haben. Ich glaube, das ist korrekt vom Prozedere, Schritt für Schritt das so durchzuführen. Aber die erste Priorität muss aus meiner Sicht sein, jetzt alles zu unternehmen, dass wir im Nationalrat mehrheitsfähig sind und dass zumindest die oberösterreichischen Abgeordneten den oberösterreichischen Landeskurs mittragen und mitunterstützen. Ich sage ganz offen und ehrlich, ich werde mir das sehr genau anschauen. Es wird eine namentliche Abstimmung dazu im Nationalrat geben und man wird publizieren müssen, welcher Nationalratsabgeordnete aus Oberösterreich hat wie gestimmt, weil das ist eine Frage der Ehrlichkeit und der Glaubwürdigkeit in dieser Frage und eine derartige Chance haben wir nicht oft.

Einiges ist nicht erreicht worden, einiges ist erreicht worden. Einiges ist erreicht worden, ich habe es heute schon gesagt, dass es keine hoch riskanten Brennstoffelemente mehr gibt in Temelin und die ausgetauscht wurden, dass es ein völlig neues Steuerungssystem geben wird, dass es, Kollegin Jachs hat es richtig formuliert, wahrscheinlich das best kontrollierte AKW der Welt ist, weil darauf geschaut wird. Das sind Fortschritte, aber das ist kein Erfolg in dem Sinn, wie wir ihn geplant haben und wie wir ihn anstreben wollen und weiterhin anstreben werden. Dass wir erreicht haben, dass das tschechische UVP-Gesetz völlig novelliert werden muss, dass die EU-Kommission darauf schaut, dass es eingehalten wird, dass wir erreicht haben, dass sich keine einzige tschechische Gemeinde bereit erklärt, Ort eines Atommüllendlagers zu werden, dass es da eine entschlossene gemeinsame Ablehnungsfront gibt, etc., etc., etc – viele, viele Detailpunkte, die wir gemeinsam geschafft haben.

Aber einiges ist nicht erreicht worden. Und ich spreche das heute, weil so viel ehrlich diskutiert wird, das finde ich ja sehr positiv, auch offen und ehrlich an. Es ist nicht erreicht worden, dass sich drei Landesparteien bei ihren Bundesparteien durchsetzen. Das ist nicht erreicht worden. Deswegen hat es Bundesregierungsentscheidungen bei schwarz-blau gegeben gegen die oberösterreichische Positionierung und bei rot-schwarz oder schwarz-rot gegeben gegen die oberösterreichische Positionierung – ist so. Das haben wir nicht geschafft, dass wir uns von Oberösterreich aus durchsetzen. Es ist auch nicht geschafft worden, dass wir uns bei den Schwesterparteien in Tschechien durchsetzen; dass es mittlerweile im tschechischen Parlament keine einzige Partei mehr gibt, die gegen Atomenergie ist und gegen den Ausbau der Atomenergie. Das spricht auch nicht dafür, dass wir besonders stark unsere Schwesterparteien beackert haben und uns dort durchgesetzt haben. Ich könnte da noch einiges mehr aufzählen in diesem Bereich, aber sei's drum.

Das heißt aber, wir können dieses Kapitel nicht zuschlagen. Also eine Resignation ist in einer derartigen Überlebensfrage ein Luxus, den wir uns nicht leisten können, den wir auch nicht verantworten können. Und ich möchte nicht darauf warten, und Kollegin Jachs hat es ja nicht so gemeint, dass wir jetzt darauf warten, bis es zum nächsten Mal tuscht, dann werden wir alle wieder aktiv, sondern wir müssen arbeiten und alles tun, damit eben so etwas nicht

eintritt. Auch wenn das Risiko vielleicht bei einem Prozent, bei drei Prozent, bei fünf Prozent liegt. Aber wenn etwas passiert, ich war in der Todeszone von Tschernobyl, ich habe mir das angeschaut, ich habe die Fotos gesehen, ihr genauso, wie das ist mit den 200.000 Menschen, die in der Umgebung gestorben sind. Selbst wenn das Risiko klein sein würde, haben wir die Verantwortung dieses Risiko auf Null zu reduzieren und das heißt stilllegen.

Das heißt, gerade jetzt kommen ja noch neue Herausforderungen auf uns zu. Tschechien überlegt einen dritten und vierten Block in Temelin zu errichten. Tschechien überlegt ein Atommüllendlager in Grenznähe, zwischen Bayern und Oberösterreich, in Südböhmen auf militärischem Sperrgebiet zu errichten. Tschechien überlegt einen fünften und sechsten Reaktorblock in Dukovany zu errichten. Die Slowakei plant und hat beschlossen einen dritten und vierten Reaktorblock in Bohunice. Die Slowakei überlegt derzeit zwei neue Reaktorblöcke in Bohunice zu errichten. Ungarn überlegt derzeit den Reaktorstandort Paks auszubauen. In Slowenien und in Kroatien werden bestehende Standorte möglicherweise ausgebaut. Und Deutschland wird die Laufzeitverlängerungen möglicherweise beschließen. Die Schweiz will ebenfalls zwei neue Atomkraftwerke realisieren. All das vor unserer Haustür. Jetzt werden manche sagen, das schaffen wir sowieso nicht. Gerade dann, wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, können wir das schaffen.

Karl Frais hat ein wunderbares Beispiel gebracht. Er hat von Wackersdorf gesprochen. Und wenn wir uns das in Erinnerung rufen. Damals hat es noch keine wirkliche Antiatombewegung in Oberösterreich gegeben. Die ist ganz spontan aus dem Nichts entstanden. Die Herausforderung, ein Franz Josef Strauß, der uns ein bisschen motiviert hat mit seiner Art und Weise, das hat er ganz gut gemacht. Er hat Provokation geschaffen, er hat gezeigt, ich fahre über euch drüber. Und wir sind in Wackersdorf gestanden im Zelt, tausende Menschen quer durch alle Parteien und haben gesagt, mit uns nicht. Bayern, Deutsche, Tschechen, Oberösterreicher, Wiener, alle miteinander. Genau diesen Geist brauchen wir wieder. Das haben wir damals gezeigt, dass wir dann etwas schaffen können.

Um das ersuche ich. Gehen wir es gemeinsam an. Es steht unglaublich viel auf dem Spiel und wir sind es der Bevölkerung, wir sind es aber vor allem aber auch unseren Kindern schuldig. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Landesrat Rudi Anschöber! Auf der einen Seite die Seriosität hervorzukehren, das Gemeinsame hervorzukehren und dann sehr unterschwellig belehrend und gleichzeitig immer wieder maßregelnd zu agieren, wird nicht funktionieren. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Nur in eure Richtung!") Ich bin sehr dankbar, dass die SPÖ diesen Antrag heute eingebracht hat, den wir bereits besprochen und diskutiert haben.

Weil eine Neuausrichtung sehr wohl notwendig ist. Genau deine letzte Wortmeldung hat bewiesen, wie wichtig diese Neuausrichtung ist. Also du hast jetzt aufgelistet, was alles vor unserer Haustür ist, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien und auch Deutschland. Ich sage, irgendwann wird sich dieser Landtag schon damit beschäftigen müssen, ob es unsere Aufgabe ist, so klar unsere Position von jedem einzelnen Abgeordneten in diesem Haus ist, dass wir gegen Atomstrom auftreten, uns einsetzen und Maßnahmen ergreifen. Aber wenn einer überregional, wie gesagt von Ungarn, Kroatien all das lösen möchte, dann sollte er vielleicht im Nationalrat wieder tätig werden. Dann sollte er in der Europapolitik tätig werden und dort, wo er es umsetzen kann, es auch tatsächlich machen.

Wir waren damals gefordert, dass wir gegen Temelin auftreten. Wir bildeten eine starke Front und weil auch unter anderem angesprochen wurde, dass wir in der Regierung waren und uns nicht durchgesetzt haben. Ich kann mich an heiße Diskussionen in unserem Bundesparteivorstand erinnern, als wir von Oberösterreich aus ein Antitemelinvolksbegehren initiiert haben. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Was ist da herausgekommen?") Ich kenne noch keine andere Partei, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Kontraproduktiv!") ja weil es nicht von den Grünen gemacht wurde, ist es automatisch kontraproduktiv, weil ja nur Antiatompolitik und gescheite Antiatompolitik von den Grünen kommt. Alles andere ist ja nichts. Und diese permanente Belehrung und dieser schulmeisterliche Umgangston mit anderen Abgeordneten führen genau dazu, dass es keinen gemeinsamen Weg offensichtlich mehr gibt. Wenn du einen gemeinsamen Weg der Politik tatsächlich suchst, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Dann verantworte das in der Öffentlichkeit!") das werden wir in der Öffentlichkeit gerne diskutieren. Ich habe schon die ersten Anrufe aufgrund der vormittäglichen Diskussion von entsprechenden Atomorganisationen gehabt. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Atomorganisationen?") Antiatomorganisationen, meine Güte Uli, du kannst ja gerne ein bisschen zuhören. Gerne werde ich das diskutieren mit ihnen.

Wenn das wirklich der Weg sein sollte, Gemeinsamkeit zu suchen, dann wirst du halt einsam vorgehen. Du kannst uns aber als Oberlehrer natürlich gerne weiter belehren, was alles zu tun ist. Ich sehe nicht die Aufgabe im Oberösterreichischen Landtag, sich um halb Europa zu kümmern. Dann wenn es notwendig ist, haben wir uns um Temelin zu kümmern. Es wäre notwendig, wenigstens den Ausbau zu verhindern. Ich bin überzeugt, das wird dir nicht gelingen. Denn obwohl wir schon so lange einen Umweltlandesrat haben, ist eigentlich gar nichts besser geworden. Und wenn es ein Freiheitlicher macht und fast eine Million Unterstützungsunterschriften mit einem Volksbegehren kriegt, dann wird es abgetan als so Art kontraproduktiv. Wenn das gemeinsame Politik sein sollte, dann hast du diese gemeinsame Politik schon seit langem verlassen. (Beifall)

Dritter Präsident: Da mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses die dem Antrag zur Beilage 155/2010 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen nun zur Beilage 156/2010, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Mobile Dienste in OÖ". Ich bitte Herrn Abgeordneten Christian Makor über die Beilage 156/2010 zu berichten.

Abg. **Makor:** Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Mobile Dienste in OÖ". (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 156/2010.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Mobile Dienste in OÖ" sowie die Festlegungen des Kontrollausschusses werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.
3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Kontrollausschuss festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Wall.

Abg. **Wall:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 1.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigen wir in Oberösterreich in den nächsten fünf Jahren, um den hohen Standard, den wir derzeit in der Pflege haben, halten zu können. Und um die pflegenden Angehörigen, immerhin werden noch 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut, entsprechend unterstützen zu können. Man geht davon aus, dass sich die Kosten für die mobile Pflege in den nächsten 10 Jahren mindestens verdoppeln werden.

Die FPÖ bekennt sich natürlich zum Grundsatz "mobil vor stationär" und möchte den Menschen ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in Würde in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Der Rechnungshofbericht zeigt aber deutlich auf, dass die Finanzierung der mobilen Dienste für die Zukunft keineswegs gesichert ist. Es ist zu wenig, wenn wir nur auf die natürlich dringend benötigten Bundesmittel aus dem Pflegefonds oder aus der Pflegeversicherung warten. Die vom Landesrechnungshof vorgeschlagenen Strukturreformen müssen rasch umgesetzt werden, zum Beispiel damit die eingesetzten Steuermittel auch tatsächlich ins Pflegesystem fließen. Die Freiheitlichen unterstützen daher die Forderung des Landesrechnungshofs nach einem Pflegeschecksystem.

Die monopolartig agierenden Anbieterorganisationen, wie Rotes Kreuz, Caritas, Volkshilfe und so weiter, insgesamt 13 an der Zahl, verhindern einen fairen Wettbewerb. Auch Klubobmann Stelzer nimmt laut Medienberichten die Forderung des Landesrechnungshofs nach Wettbewerb ernst und möchte überlegen, wie ein breiteres Angebot den Pflegebedürftigen nützen könnte. Uraltverträge der Sozialhilfeverbände mit diesen Vereinen schreiben Gebietsaufteilungen fest, sodass bei der Vergabe der Leistungen durch die Sozialhilfeverbände nicht immer wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden können.

Auch verhindern diese Gebietsaufteilungen zum Teil den Einsatz von multiprofessionellem Personal. Besonders in ländlichen Gebieten, wo das Pflegepersonal oft weite Strecken zu den Klienten zurückzulegen hat, ist es ineffizient, wenn drei verschiedene Pflegekräfte sich die Klinke in die Hand geben. Genauso wenig verständlich ist es, wenn wie in Leonding, wo Altenheim und betreutes Wohnen nebeneinander stehen, für die Betreuung der Menschen im betreuten Wohnen Pflegepersonal von anderen Institutionen anfährt. Nur weil in dem einen Fall der Träger der Sozialhilfeverband und im anderen Fall der Betreiber die Gemeinde ist. Deswegen dürfen wir nicht auf mögliche Synergien in diesem Bereich verzichten. Das werden wir uns in Zukunft nämlich nicht mehr leisten können. (Beifall)

Der Einsatz von so vielen verschiedenen Anbieterorganisationen führt auch zu deutlichen Leistungsunterschieden, wie der Rechnungshofbericht aufzeigt. Unsere Aufgabe ist es, ein einheitliches Betreuungsangebot sicherzustellen. Das hoffentlich bald fertig gestellte Normkostenmodell soll hier Abhilfe schaffen und gleichen Preis für gleiche Leistung garantieren. Sehr auffällig im Bericht des Landesrechnungshofes ist, dass in Oberösterreich die durchschnittliche Betreuungszeit pro Klienten durch die mobilen Dienste nur 53 Stunden im Jahr, also zirka eine Stunde pro Woche beträgt, während in den anderen Bundesländern 117 Stunden, also zirka zwei Stunden pro Woche zur Verfügung stehen.

Es ist nicht nur für den Rechnungshof nicht nachvollziehbar, wenn unsere Sozialhilfeverbände sagen, der Bedarf sei annähernd gedeckt. Es könnte möglicherweise unter anderem daran liegen, dass wir relativ niedrige Klientenbeiträge verrechnen. Der Deckungsgrad in Österreich liegt bei 27 Prozent, bei uns zwischen 14 und 19 Prozent. Das sind die Zahlen vom

Vorjahr. Mittlerweile ist es wahrscheinlich schon wieder weniger geworden. Das könnte ein Grund sein, dass bei uns weniger Betreuungsstunden angeboten werden. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass andere Bundesländer weniger Geld für die Verwaltung in diesem Bereich ausgeben, weil sie sich eine ganze Verwaltungsebene ersparen. Sozialhilfeverbände gibt es außer bei uns nur noch in Kärnten und in der Steiermark. In Niederösterreich zum Beispiel gibt es vier, fünf Anbieterorganisationen, die direkt mit dem Land verrechnen. In Vorarlberg haben sich für die Krankenpflege zum Beispiel Gemeinden zu Krankenpflegevereinen zusammengeschlossen, die ehrenamtlich geführt werden und 42 Prozent des Budgets über Eigenmittel erwirtschaften. Davon können wir nur träumen.

In diesem Zusammenhang schlägt der Landesrechnungshof zum Beispiel auch vor, alle Leistungserbringer der mobilen Dienste unter eine Plattform zu stellen. Gerade jetzt darf es keine Tabus geben. Wir müssen ernsthaft diskutieren, egal ob es um Zusammenlegungen von Bezirkshauptmannschaften geht, über die Notwendigkeit von Sozialhilfeverbänden. Würde das Land zum Beispiel die Kosten für die Pflege übernehmen, hätten Gemeinden wieder finanziellen Spielraum und könnten dementsprechend aufgewertet werden. Damit wir die Finanzierung für die Betreuung unserer pflegebedürftigen Mitbürger für die Zukunft sicherstellen, dürfen jedenfalls keine Ideen zur Verschlinkung unserer Strukturen ausgespart werden. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Dörfel.

Abg. Dr. Dörfel: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Pflege, die Altenbetreuung, das ist ein unendliches Thema. Wir haben jetzt einen Bericht des Landesrechnungshofs, der eigentlich sehr gut bestätigt, dass wir am richtigen Weg sind. Er sagt, die Strategie "mobil vor stationär" ist positiv und soll weiter verfolgt werden zur Entlastung der stationären Systeme, was richtig ist, und auch zur Unterstützung der pflegenden Angehörigen. Und er zeigt auch gleich den Weg auf. Er sagt allerdings auch, dass die Kosten um 71 Prozent steigen werden, wenn es nach dem bisherigen Bedarfs- und Entwicklungsplan geht.

Ich gebe Ihnen recht, Frau Kollegin Wall, dass man natürlich alle Überlegungen anstellen soll, um das System günstig zu machen. Daher enthält ja auch der Rechnungshofbericht ein Maßnahmenbündel, das umzusetzen ist. Umsetzung sofort steht eigentlich bei allem, was der Kontrollausschuss beschlossen hat. Es wird aber auch angemerkt, dass viele Dinge wie das Normkostenmodell, die Sozialkoordination, das Controlling bereits im Laufen sind. Ich kann nur an die Verantwortlichen in der Sozialabteilung appellieren, dass man diesen Prozess möglichst rasch abschließt. Ich stehe aber auch nicht an, dass auch wir, die Sozialhilfeverbände und somit auch die Gemeinden aufgerufen sind, die Hausaufgaben zu machen. Denn wir sitzen als Land und Gemeinden in diesem Bereich im selben Boot und es hilft ja nichts, wenn wir sagen, das Land soll die ganzen Kosten übernehmen, damit wir Spielraum bei den Gemeinden haben. Das glaube ich nicht. Ich glaube, es ist wichtig und wir Gemeinden sind es auch gewohnt, dass wir Verantwortung im Sozialbereich übernehmen. Nur müssen wir mitarbeiten, um sehr sparsame und schlanke Verwaltungsstrukturen zu ermöglichen. Ich glaube auch, dass die Sozialhilfeverbände nicht unbedingt ein riesiger Kostenfaktor sind. Ich glaube sogar, dass der SHV eine der günstigsten Formen ist, weil hier ja eigentlich gar nicht so viel Verwaltungsaufwand anfällt.

Ich glaube, wir müssen alles versuchen, dass das Geld nicht im System versickert, sondern dort ankommt, wo es hingehört, bei den Menschen. Das heißt, schlanke Verwaltung, Sozial-

koordinatoren, Sprengelteilung auf Bezirksebene, um innerhalb der Sprengel einen Wettbewerb zu ermöglichen. Das geht ja auch, funktioniert ja auch, heuer sind ja die Sozialpläne überall überarbeitet worden. Man hat hier erkannt, dass da einiges drinnen ist. Nur durch eine noch so schlanke Verwaltung werden wir den zu erwartenden Mehraufwand nicht hereinbringen, sondern wir brauchen ganz einfach frisches Geld im System. Und frisches Geld heißt nicht "muss halt das Sozialbudget erhöht werden", sondern ich glaube, man muss einmal schauen, was man allenfalls beim Sozialbudget in Richtung mobile Dienste umschichten kann. Aber frisches Geld heißt auch, dass wir wie in anderen Bereichen auch, die Eigenverantwortung erhöhen müssen. Und da müssen wir auch ehrlich darüber reden, in welchem Ausmaß und wie das gelingen kann. Der Rechnungshof schlägt hier vor, die Höhe der sozial gestaffelten Kundenbeiträge zu überdenken, wobei diese knapp über 80 Cent sicher nicht leistungsgerecht sind. Aber man muss auch andere Faktoren mitberücksichtigen. Daher glaube ich, dass es gut ist, wenn man sich einmal grundsätzlich überlegt, welche Höhe denn zumutbar wäre, dass man das vielleicht über eine Umfrage oder in sonstiger Art festlegt.

Ein weiteres und besonderes Merkmal der Eigenverantwortung ist die Vorsorge. Landesrat Dr. Stockinger hat ja bereits ein Modell der Pflegeversicherung vorgestellt. Ich glaube, das ist geeignet, weil es eigentlich eine logische Weiterentwicklung des bisherigen Systems ist. Weil es ist ja nicht mehr einzusehen, es gibt eine Unfallversicherung, es gibt eine Krankenversicherung, es gibt eine Pensionsversicherung. Die Pflege war ja bis vor wenigen Jahren eigentlich nicht das Hauptproblem, wird aber jetzt als das Hauptproblem der Zukunft erkannt. Und dass hier eben auch die einzelnen in Zukunft Betroffenen hier etwas Vorsorge zu treffen haben. Und eines möchte ich auch noch sagen. 80 Prozent der Betreuungsleistungen werden von den Familienangehörigen erbracht. Ich möchte mich auch einmal sehr herzlich bedanken, weil das ist nämlich alles andere als eine leichte Aufgabe, wenn man einen zu betreuenden Angehörigen hat. Hier helfen die mobilen Dienste mit, hier helfen aber genau so auch die Alten- und Pflegeheime mit, mit den Abenden für die pflegenden Angehörigen, wo sie selbst immer wieder gewissen fachlichen Input kriegen und sie sich auch einmal ausreden können, ganz einfach. Aber die Frage ist, ob wir in Zukunft überhaupt Familienstrukturen haben, die in diesem Ausmaß die Betreuung noch wahrnehmen können. Daher ist Familienpolitik ja auch letztlich in diesem Bereich gefragt, um hier möglichst lange die Strukturen zu erhalten. Das wird wahrscheinlich am Land leichter sein als in der Stadt, aber wir müssen hier alles unternehmen, damit das auch in Zukunft möglich wird und zwar in einem höchstmöglichen Ausmaß.

Wir haben das Problem mit den Fachkräften, die nicht nur im mobilen Bereich gebraucht werden, sondern auch im Krankenhaus und in den Altenheimen. Daher glaube ich, muss man auch überlegen, wie man auch ehrenamtliche Strukturen und private Initiativen verstärkt, wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfe oder andere Modelle, die es ja bereits gibt, wie die Zeitbank 55 plus, oder das, was wir in der Nationalparkregion jetzt gerade starten, die „Nahvorsorge“, ein Zwischending zwischen Nahversorgung und Daseinsvorsorge, jedenfalls eine auf ehrenamtlicher Basis aufgestellte Betreuung. Weil vielfach geht es ja nicht nur darum, dass ich eine hochwertige Krankenbetreuung mache, sondern vielfach sind es Besuchsdienste, vielfach sind es Aufgaben, die jetzt die Heimhelfer machen, die eigentlich den älteren Leuten nur den Alltag erleichtern sollen, damit sie in ihren vier Wänden bleiben können.

Ich glaube, da muss man überlegen, brauchen wir wirklich immer super ausgebildete Kräfte, die teuer sind oder gehört das derzeitige System nicht durch andere Kräfte, die es ja gibt, ergänzt. Vielfach ist ja die Bereitschaft da, dass mitgeholfen wird, den Nachbarn oder irgend eine Bevölkerungsgruppe in der Gemeinde zu betreuen, Nur fehlt vielleicht manchmal die rechtliche Absicherung oder es ist die Angst zu groß, hier etwas anzustellen, obwohl es ei-

gentlich für die alten Leute genau das selbe und für die Gemeinden und für das Land billiger wäre. Daher sage ich, überlegen wir zum Wohl der älteren Bevölkerung, schließen wir nicht von vornherein Ideen aus. Aber denken wir daran, dass weder das Land noch die Gemeinden noch viel Zeit haben, die Finanzierbarkeit des Systems herzustellen. Ich ersuche um Mitarbeit bei diesem Problem, bei der Lösung dieses Problems. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Initiativprüfung zeigt auf, dass wir hier Zuwachs haben. Ja, Pflege ist in aller Munde, wir müssen hier etwas tun, nämlich auch für uns, weil das ist ein Thema, das betrifft uns irgendwann einmal alle. Es wurden viele Vorschläge gemacht und wir alle, die in den SHVs oder in den Gemeinden oder auch hier im Landtag sind, wissen um die Probleme. Mobil vor stationär klingt gut, wird auch viel ausgebaut und trotzdem wird es immer zu wenig sein. Zu wenig, weil wir nur so nachhaltig die stationären Einrichtungen entlasten können und nur so mit einem guten Angebot auch die Angehörigen entlasten, die die Pflegedienste übernehmen. Auch die Angehörigen werden immer älter und es wird immer schwieriger und schwerer hier die Eltern oder die Verwandten zu pflegen, weil man selbst schon auch teilweise Betreuung braucht.

Und ich glaube genau in diesem demografischen Wandel müssen wir auch schauen, wie können wir die Mittel, die wir zum Thema Pflege und Betreuung haben, effizient einsetzen? Es wurde Vieles schon angesprochen und wir können davon ausgehen, dass wir bei jeder Diskussion, ob Spitalsreform 1 oder 2 oder die nächsten Diskussionen über die Finanzierung des Gesundheitswesens oder der Altenbetreuung immer an der Nahtstelle enden werden. Die Nahtstelle müssen wir verbessern, die Angebote müssen wir erleichtern, wir müssen es den Menschen leichter machen, hier zu den Betreuungseinrichtungen zu kommen, zu den Unterstützungsleistungen zu kommen, die sie wirklich brauchen. Und hier ist die Diskussion mit dem Pflegescheck gegeben. Und ich bitte auch hier darum, um eine differenzierte Diskussion. Die Auszahlung eines Pflegegeldes ist auch ein Stück Selbstbestimmung für alte Menschen, aber auch für behinderte Menschen, das ist ja eigentlich immer das gleiche Thema, das gleiche Mittel für beide Bereiche. Hier müssen wir schauen, wo ist Selbstbestimmung möglich, aber wo kann man sich auch mit dem Geld etwas zukaufen an Leistungen. Und ich glaube, genau in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns in der Diskussion und das wurde auch im Rechnungshofbericht so angesprochen.

Welche Leistungen müssen wir sicherstellen, nämlich wirklich in der Planung vorausschauend und wir wissen eigentlich nicht, was ist der konkrete Pflegebedarf? Wir wissen es nicht in der Gemeinde, wir wissen es nicht im Bezirk, im SHV. Hier müssen wir uns etwas überlegen. Der BEP ist ein erster Schritt dazu, der Bedarf- und Entwicklungsplan. Nur wie abgestuft wollen wir Versorgung, welche Kriterien setzen wir an? Wie können wir hier flächendeckend eine Vernetzung der einzelnen Einrichtungen bekommen? Und ich kann das unterstreichen, was Ulrike Wall auch gesagt hat, dass es nicht sinnvoll ist, gerade in den ländlichen Regionen, dass zu einer Person, zu einem zu betreuenden Menschen drei unterschiedliche Vereine oder Menschen kommen.

Das Problem ist, dass diese oft unterschiedliche Kompetenzen haben, wo wir hier genau in diesem Graubereich sind, wo ich nicht möchte, dass hoch qualifizierte Personen dann schlechter bezahlt werden, weil sie niedrigere Dienste machen müssen. Also hier glaube ich müssen wir genau dieses Spannungsfeld anschauen und wir haben ja auch schon diskutiert, wollen wir die Heimhilfe, wollen wir die Pflegehilfe auch im Altenheim haben, auf was man aufpassen muss. Nicht, dass es grundsätzlich nicht möglich ist, sondern ich glaube auch

genau diese gemischten Kompetenzen sind sehr wichtig, weil es ist ja nicht sinnvoll und gut, wenn eine DKS, jetzt eine Hauskrankenpflege zu den Menschen kommt und dann vorgegeben hat, in 10 Minuten essen, dass sie der Betreuungsperson in 10 Minuten das Essen eingeben, das ist Altenbetreuerin, die Fachbetreuerin und dann kommt die diplomierte Pflegekraft, die muss dann in 5 Minuten die Verbände wechseln, das macht ja auch keinen Sinn, das könnte man ja auch in einem Gesamtpaket mit einer Kommunikationsmöglichkeit auch zu den zu betreuenden Menschen auch ausstatten.

Aber hier müssen wir genau diese Balance finden von der Bewertung dieser Arbeit in der Gesellschaft, von dem was an Ausbildung notwendig ist, was rechtliche Grundlagen sind und was wir auch bereit sind von der Öffentlichkeit, aber auch jeder Betroffene selbst, dafür zu zahlen. Ich glaube hier ist das Normkostenmodell eine Möglichkeit, ich glaube aber nicht, dass es alles lösen wird und ich warne etwas davor, wenn hier angesprochen wird, wir wollen mehr Wettbewerb. Ja, wenn der Wettbewerb nicht auf dem Rücken der Pflegekräfte ausgetragen wird und diese Gefahr sehe ich leider auch. Wenn wir hier, und das zeigen auch viele private Anbieter gerade bei der 24-Stunden-Betreuung, wenn wir es hier dann mit Einrichtungen, mit Agenturen zu tun haben, die sehr billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, die wir uns zwar leisten können, aber wo die Arbeitsbedingungen nicht wirklich optimal sind. Und ich glaube hier müssen wir gemeinsam schauen, weil das wollen wir glaube ich alle nicht, dass hier Menschen in Pflegeberufen auch ausgebeutet werden. Erlauben Sie mir diesen Beitrag. Ich weiß, dass das weder der Rechnungshof noch jetzt irgend wer im Auge hat, aber ich glaube, genau diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen, wenn wir sagen, wir wollen mehr Wettbewerb und wir wollen ein Normkostenmodell. Es darf nicht dazu führen, dass diese verantwortungsvolle Tätigkeit herabqualifiziert wird und niedriger entlohnt wird.

Diese Pflege zu Hause und ich bin jetzt bei einigen Familien mitgewesen mit einer Pflegekraft bei uns in der Region und das was am meisten eigentlich sowohl die Angehörigen als auch Pflegekräfte belastet, ist die nicht barrierefreie Ausstattung der Wohnräume, sowohl der privaten Wohnräume als auch der Wohnungen. Es hilft mir alles nichts, wenn ich nicht in kurzer Zeit, gerade auch als betreuende Person, hier keine barrierefreien Einrichtungen vorfinde, wenn ich keine Möglichkeit habe, mit einem Rollstuhl mich in der Wohnung zu bewegen. Also ich glaube, genau hier müssen wir auch aufpassen und ich warne einfach auch davor, alles auszuschütten, weil ich sage, das kostet etwas, wir müssen es in einer Gesamtbetrachtung gesehen haben, wenn wir barrierefreie Wohnungen haben, dann kann man noch Abstriche auch treffen, es muss nicht alles immer das Optimum sein. Da muss man schauen, was lässt sich in einem guten Kompromiss finden? Wenn wir keine barrierefreien Wohnungen haben sowohl im Eigenheim als auch im öffentlichen Wohnraum, also im öffentlich finanzierten Wohnraum in den Wohnungen, dann werden wir ein Problem mit der Betreuung bekommen.

Denn diese Menschen müssen oft und ich habe das bei einer Tante selbst erlebt, die müssen aus der Wohnung raus, denn dort ist keine Betreuung mehr sicherzustellen und muss jetzt in eine Einrichtung und hier war es ganz schwierig einen Platz zu bekommen. Und genau da müssen wir aufpassen, dass wir nicht mit einer Maßnahme, die uns vielleicht im Moment etwas spart, aber im Nachhinein dann in einiger Zeit viel mehr Kosten verursacht, die wir uns nicht leisten können, weder als Gemeinde noch als Land. Und ich glaube in dieser Diskussion müssen wir auch mit dem Rechnungshofbericht umgehen, all diese Maßnahmen, die vorgeschlagen worden sind, genau zu prüfen. Auch mit der Sozialabteilung, mit den betroffenen Pflegekräften, mit den Einrichtungen schauen, wie können wir Synergieeffekte finden, die sind sicher da. Es wird auch ein Teil in der Umsetzung von der Spitalsreform sein, denn wenn wir das nicht schaffen, dann können wir noch so gute Ideen in den Krankenhäu-

sern haben, wenn wir die Versorgung heraußen nicht sicherstellen können, dann kommen die Menschen einfach wieder ins Krankenhaus und ich habe dann wieder die hohen Kosten und die höchsten Kosten im Akutbett, anstatt hier vorbeugend auch in der mobilen Betreuung, im regionalen Bereich, hier was voranzutreiben.

Ich bin sehr froh über diesen Bericht und möchte mich auch ausdrücklich bedanken, auch für die gute Arbeit, die hier geleistet wurde und die wir hier einfach weiterführend auch bearbeiten können in Zusammenarbeit auch mit den Projekten, die wir in der Gesundheitsplattform, im Reformpool in einigen Pilotregionen haben, wo es genau darum geht, wie in Wels zum Beispiel mit den Krankenhäusern Grieskirchen und Wels und den mobilen Diensten, aber auch niedergelassenen Ärzten hier ein System aufzubauen. Ich muss meinen Kollegen Aichinger hie und da loben. Hier zu schauen, wie können wir hier flächendeckend etwas anbieten, was wir uns leisten können und was es uns wert ist, auch für unsere alten Menschen, die wir auch irgendwann alle werden, hier eine gute Struktur vorzufinden. Wir haben jetzt die Chance gute Strukturen aufzubauen, nutzen wir diese Chance, gerade auch in der Krise, nicht hier Abstriche zu machen, sondern wirklich weiter zu denken, zu schauen was ist in fünf Jahren, was ist in 10 Jahren, damit wir alle gut betreut sind – da gibt es große grüne Luftballons da draußen, super – alle gut betreut sind, dass wir auch ein gutes Gefühl haben für unsere Eltern, aber für uns selbst abgesichert sind und hier ein gutes Netzwerk vorfinden. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Makor.

Abg. **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn von der dramatischen Entwicklung im Pflegebereich die Rede ist, so ist es keine Entwicklung, die mit dem heutigen Tag beginnt und nur in die Zukunft reicht, sondern wenn man das historisch betrachtet, dass diese Steigerungen, diese eklatanten und wirklich enormen Steigerungen ja bereits in der Vergangenheit angefangen haben und wir mitten in einer Entwicklung uns befinden, und wenn wir uns mitten in der Entwicklung befinden, muss man, glaube ich, auch einmal innehalten und kann man auch mit einem gewissen Maß an Zufriedenheit auch feststellen, dass wir diese Entwicklung in Oberösterreich gemeinsam im Rahmen unserer bestehenden Möglichkeiten und im Rahmen der finanziellen Mittel, die uns eben gegeben sind, und es sind große Steigerungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Sozialbereich durchaus gegeben gewesen, dass wir diese Entwicklungen glaube ich gut und sehr, sehr gut bewältigt haben.

Die Pflege im mobilen Dienst, die Pflege und Betreuung in Alten- und Pflegeheimen, in privaten Einrichtungen, bei privaten Pflegeheimen, in der familiären Pflege, das ist ein Mix, meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne dem die Situation sich noch wesentlich dramatischer darstellen würde, als sie sich ohnehin schon darstellt. Und ich möchte die Gelegenheit nützen, mich bei den Anbieterorganisationen, dem Roten Kreuz, der Volkshilfe, Caritas, Hilfswerk, und wie sie alle heißen, recht herzlich zu bedanken. Ohne ihre Arbeit und ohne ihren Einsatz wäre die Organisation der mobilen Pflege mit Sicherheit mit dieser Qualität nicht möglich gewesen. Aber ebenso, es war zwar nicht Gegenstand der Prüfung, natürlich auch ein herzliches Dankeschön dem Personal, Diplomkrankenschwestern, Altenpflegern, Helfern in und außerhalb der Alten- und Pflegeheime, die wirklich aufopferungswürdig hier ihre Tätigkeit verrichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube aber schon, dass im Großen und Ganzen auch der Bericht des Rechnungshofs und bei allen Änderungen, die angedacht werden müssen, dass der Bericht des Rechnungshofes aber auch durchaus in diese Richtung inter-

pretiert werden kann, dass die Organisation der mobilen Hilfe, nämlich über die Sozialhilfeverbände durchaus eine ist, die Zukunft hat. Und es ist glaube ich auch kein Zufall, die Organisation der Sozialhilfeverbandes, wo die Zahler, die Gemeinden, durchaus ein wichtiges Wort auch mitzureden haben, führt dazu, dass über weite Strecken wirklich versucht wird, sehr, sehr kosteneffizient auch mit dem verwendeten Geld umzugehen.

Es darf natürlich kein Denkverbot geben, weil alles was besser gemacht werden kann, natürlich verbessert werden muss. Meine sehr geehrte Damen und Herren, die Grenzen werden dort entstehen, wo die finanziellen Mitteln offensichtlich enden. Und die Situation dürfte noch ein bisschen dramatischer sein, als wir uns gegenseitig jetzt schon gesagt haben, wenn wir uns das auch in Erinnerung rufen, was auch vom Wohnbaulandesrat gesagt wurde, weil etwa bei der stationären Pflege, beim Bau der Alten- und Pflegeheime es bisher so der Fall war, dass natürlich ein wesentlicher Teil der Finanzierung auch aus der Wohnbauförderung gekommen ist. Und sollte es da zu Engpässen komme, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der nächste Schritt der, dass natürlich auch bei der Sanierung, beim Bau neuer Alten- und Pflegeheime, die Gelder dann womöglich auch fehlen werden. Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich warne nur vor allzu einfachen Antworten. Es stimmt zwar, dass wir beim multiprofessionalen Einsatz womöglich und auch wenn mehrere Organisationen im selben Sprengel das Gleiche machen, einen besseren Wettbewerb haben, mag schon sein. Es hat ja auch eine Historie, warum das so ist. Es kann auch nicht sein, dass 13 verschiedene Anbieterorganisationen ins selbe Grätzl fahren, weil wenn im Haus plötzlich vier Organisationen auch im Wesentlichen die selbe Tätigkeit machen, dann kann das auch nicht gescheit sein.

Darum schaut man sich und soll man sich das alles im Einzelnen genau anschauen, wie man da eine Effizienzreserve vielleicht lukrieren kann. Dafür sind wir im Wesentlichen offen. Es gibt ja kaum Nachteile, die nicht auch Vorteile in sich bergen und der Vorteil bei der Entwicklung der Pflege in Oberösterreich ist natürlich schon der, dass es eines ungeheuer großen Potenzials auch an Arbeitskräften in Zukunft bedürfen wird, um die Pflege in einer Qualität zu erledigen, wie wir uns es gemeinsam vorstellen. Es ist auch eine Herausforderung für die Sozialhilfeverbände und die Anbieterorganisationen, rechtzeitig drauf zu schauen, dass das Personal auch vorhanden ist, wenn man es braucht. Das bietet vor allem, so wie wir jetzt strukturiert sind in erster Linie, auch sehr qualifizierte Arbeitsplätze, gerade für Frauen und gerade auch im ländlichen Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anregungen des Landesrechnungshofs wurden ja einstimmig so zur Kenntnis genommen und werden von der Sozialabteilung und dem dafür verantwortlichen Ressortchef selbstverständlich umgesetzt werden. Besonderes Augenmerk aus eigener Erfahrung, weil es auch bereits Pilotprojekte dazu gibt, lege ich auf die Pflegekoordination, den Case-Manager, auf Neudeutsch gesagt, wo ich doch Hoffnungen auch hege, dass bei einer richtigen Anwendung eines Koordinators, der auch zentral bestimmt, in welchem Ausmaß welche Pflege tatsächlich von Nöten ist, vielleicht das eine oder andere Effizienzpotenzial gehoben werden kann. Mit Sicherheit meine sehr geehrte Damen und Herren, ist der Pflegebereich auch was die Finanzierung betrifft, aber da sind wir auch gesellschaftspolitisch nicht ganz einer Meinung, wie man das zusätzliche frische Geld, wie gesagt, wie man es hereinholen soll, aber das wird ja ohnehin auf der Bundesebene diskutiert werden, wird dies die Herausforderung des nächsten Jahrzehnts oder wahrscheinlich sogar der nächsten Jahrzehnte für uns darstellen. Wichtige und gute Grundlagen hat der Rechnungshofbericht geliefert, dafür ein herzliches Dankeschön dem Rechnungshof! Danke sehr! (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Mag. Strugl.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube einig sind wir uns in diesem Haus nicht nur darüber, dass die Betreuung der älteren Menschen wahrscheinlich eine der herausforderndsten Aufgaben sein wird in den nächsten Jahren, auch für ein Land wie Oberösterreich. Einig sind wir uns auch darüber, welche Entwicklungen uns das auch noch erschweren werden: die demografische Entwicklung, aber vor allem auch die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, die derzeit sehr viel abfangen von diesem Bedarf, und dass wir mit den bestehenden Instrumenten eigentlich schon an die Grenzen gestoßen sind, das zu bewältigen. Der Landesrechnungshof hat sich einen sehr wichtigen Bereich angeschaut, nämlich die mobilen Dienste. Die mobile Betreuung und Hilfe, die Hauskrankenpflege. Er kommt, darf ich das so sagen, Herr Direktor Brückner, ohne dass Sie mir böse sind, zu richtigen aber nicht wirklich überraschenden Erkenntnissen, und deswegen haben wir auch im Kontrollausschuss den Empfehlungen allen zugestimmt, weil sie ja selbstverständlich logisch sind, und auch richtig und umzusetzen sind. Allerdings ist es natürlich nicht ganz so einfach zu sagen, wir werden dort mehr Ressourcen brauchen, das wissen wir selbstverständlich auch, und dass eine bessere Koordination, dass ein Normkostenmodell zur Vereinheitlichung der Leistung, dass einheitliche Standards notwendig sind, ja, dass man auch über die Kundenbeiträge reden soll, dem stimme grundsätzlich allem zu. Und der Ausbau der mobilen Dienste, es wurde schon gesprochen von dieser Strategie, "mobil vor stationär", also über das reden wir schon in Wirklichkeit seit vielen Jahren. Beschlossen wurde es mit dem ersten BEP im Jahre 1997. Es ist halt die Frage, wie ich dann das auch umsetze.

Und da kann ich nur aus der Praxis erzählen. Wenn wir alle miteinander in den Sozialhilfeverbänden dann entscheiden müssen, was ist denn die wesentliche Ressource? Das ist das Personal, was wir hier an Personal letztlich dann einstellen. Dann ist es de facto so, dass wir aufgrund der Alten- und Pflegeheimverordnung und dem dazu gehörigen Personalschlüssel in erster Linie in stationären Einrichtungen das Personal haben, und das, was noch übrig ist, also, was wir uns darüber hinaus noch leisten können, kommt dann in die mobilen Dienste. Das ist die Praxis, und deswegen müssen wir uns schon einmal die Frage stellen, wie können wir das in Wirklichkeit nachhaltig verändern? Denn es ist mir schon klar, wir werden die Alten- und Pflegeheime auch in Zukunft brauchen. Ab einem gewissen Grad der Pflegebedürftigkeit wird es nicht anders gehen. Darüber glaube ich, ist sich jeder im Klaren. Und die Bedarfs- und Entwicklungspläne, so wie sie jetzt vor kurzem beschlossen, in den regionalen Planungsgesprächen gerade implementiert, und jetzt auch in Zukunft gleich wieder verändert werden, die haben natürlich ihre Berechtigung, und die zeigen uns jetzt schon, dass wir einen Fehlbedarf haben. Also, zu sagen, wir werden dort weniger bauen, das wird wahrscheinlich nicht gehen.

Und deswegen ist auch die spannende Frage, wenn wir trotzdem darüber hinaus noch mehr investieren müssen in die mobilen Dienste, ja, wie soll das dann denn funktionieren? Wir müssen einmal eines dazu sagen, eine Gruppe möchte ich jetzt ganz bewusst auch noch nennen, das sind die pflegenden Angehörigen, die derzeit ungefähr 70 bis 80 Prozent der Menschen, die Betreuung brauchen, pflegen. Und die wirklich eine unglaubliche Leistung erbringen, zum Teil unter Umständen, die gar nicht einfach sind. Und wir wissen das, das wird weniger werden aufgrund der Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen, man pflegt entweder einen Ehepartner oder einen Elternteil. Ja natürlich werden die alle älter und dann geht das dann auch irgendwann nicht mehr, und jetzt sind dann auch letztlich Jüngere immer weniger bereit, das zu übernehmen. Und somit brauchen wir dann auch entsprechende Betreuungsstrukturen. Und die mobilen Dienste helfen uns, möglichst viele Menschen in diesem System zu halten, was, wie gesagt, den Vorteil hat, dass auf der einen Seite das

System entlastet wird. Aber es hat auch für die Betroffenen einen großen Vorteil, weil sie in ihrer gewohnten Umgebung so lange wie möglich verbleiben können. Daher ist es natürlich völlig richtig, diesen Teil auch auszubauen.

Leider Gottes ist es so, dass wir in Oberösterreich doch eine Schiefelage haben. Wir sind führend bei den Alten- und Pflegeheimen, was ja gut ist, aber leider Schlusslicht bei den mobilen Diensten, was dramatisch schlecht ist. Und das aufzuholen, das wird nicht so einfach sein. Ich anerkenne, dass der Sozialreferent sich hier bemüht, und gerade in den letzten Jahren versucht, diesen Aufholprozess zu starten. Kritisch muss man dazu sagen, es hätte schon früher einsetzen müssen, aber das hilft uns jetzt auch nichts, wir müssen schauen, dass wir möglichst schnell auch bei den mobilen Diensten diese Struktur auch schaffen können. Und die Gretchenfrage ist immer, wo kommt das Geld dafür her? Auch das wurde schon erwähnt, das Sozialbudget ist in den letzten Jahren immer doppelt so stark gestiegen wie der allgemeine Haushalt. Also, wenn man ganz kritisch ist, muss man sagen, auf der einen Seite sagt der Referent, ich brauche noch mehr. Das verstehe ich auch, das braucht eigentlich jeder. Wir müssen aber auch mehr aus den Mitteln machen, das sage ich dazu, denn da gibt es sicherlich auch ein paar Faktoren, über die sollte man einmal offen, heute ist die ganze Zeit von ehrlichen Diskussionen geredet worden, man sollte die auch einmal ganz offen ansprechen.

Wir leisten uns ein sehr hohes Niveau in der Qualität. Mit Qualitätsstandards, die sicherlich auch österreichweit führend sind. Und jetzt sage ich gleich dazu, damit mir nicht unterstellt wird, ich bin den älteren Menschen eine qualitätsvolle Pflege nicht vergönnt - ganz im Gegenteil, da wird niemand hier sitzen, der sagt, wir wollen nicht haben, dass unsere älteren Menschen ordentlich betreut werden. Aber ein paar kritische Fragen muss man sich schon stellen. Und ich bin nicht zu haben für Einzelzimmerdiskussionen oder derlei Dinge, aber um nur ein Beispiel zur Illustration anzusprechen. Wenn wir bestehende funktionale und funktionierende Heime wegschieben, weil aufgrund der Erfordernisse, die wir in den entsprechenden Verordnungen vorschreiben sich das halt um ein paar Quadratmeter nicht ausgeht, an der selben Stelle bauen wir dann ein neues Gebäude hin, ja, da werden wir uns in Zukunft die Frage stellen müssen, ob wir uns das leisten können. Ich weiß, dass wir das alle auch in den Sozialhilfeverbänden zum Teil auch mit beschlossen haben, ich glaube nur, das wird man sich wahrscheinlich in Zukunft noch genauer überlegen müssen. Das ist auch kritisiert worden in der Vergangenheit, aber diese Kritik ist immer weggewischt worden mit dem Killerargument, Qualität ist das Oberste, und das muss sein. Ich sage noch einmal, ein bisschen differenzierter könnte man auch an diese Frage herangehen. Denn wenn man das macht, muss man es sich leisten können. Wenn man es sich nicht leisten kann, muss man darüber nachdenken, und das ist, glaube ich, jetzt auch ein Gebot der Stunde, einfach einmal ein paar Dinge zu hinterfragen, die bis jetzt tabu gewesen sind, ohne dass man dann dem Anderen unterstellt, ja, ihr seid den armen Leuten in den Heimen das nicht vergönnt, weil das ist billig. Und ich glaube, dafür sollten wir uns nicht hergeben.

Oder ich sage ein anderes Beispiel. Ja natürlich ist es viel angenehmer, wenn wir kleinere Heime haben können, und die sind überschaubarer und haben viele Vorteile. Und ich weiß selbstverständlich auch, dass in der fachlichen Diskussion, auch international, von vielen Experten gesagt wird, das hat sehr viele Vorteile. Da gibt es auch viele Modelle, wie man Möglichkeiten der Betreuung kombinieren kann. Nur auch hier gilt genau dasselbe. Und eines wissen wir mit Sicherheit: Ein kleineres Heim ist mit Sicherheit nicht wirtschaftlich führbar. Da dürfen wir uns auch nicht selber anlügen. Also, alles was unter 80 Plätzen ist, kriegt in der ökonomischen Betrachtung ein gewisses Problem, zumindest unter den gegebenen Umständen. Und daher bin ich dafür, dass wir, so lange wir uns das nicht leisten können,

auch das nicht tun, auch solche Beschlüsse in den Sozialhilfeverbänden nicht herbeiführen. Und ich weiß, dass es natürlich, sage ich einmal, unter den Auspizien einer Wahl auch Vorschläge geben kann, da bin ich überhaupt nicht kleinlich. Aber ich halte auch nichts davon, wenn man dann sagt, ja, ihr wollt Altensilos bauen, das ist, wie gesagt, unredlich. Es geht schlicht um die Frage, was kann man machen, um möglichst vielen Menschen einen Betreuungsplatz anzubieten? Denn was habe ich denn davon, wenn ich 500 Mercedes vom Band rollen lasse, und 1000 andere müssen zu Fuß gehen. Das kann doch nicht die Alternative sein. Also, nicht betreuen ist keine Option. Wir können den Leuten nicht sagen, es tut uns leid, bis daher haben wir Geld, und ab da haben wir keines mehr, wenn du dort bist, hast du Pech. Also, hier wird es wahrscheinlich einen Paradigmenwechsel brauchen. Es gibt auch in den Heimen Modelle, ich denke an die Wohngruppen, die sehr wohl gewährleisten, dass man Größenordnungen hat in der unmittelbaren Betreuung der Menschen, die sehr wohl persönlich sind, die eine individuelle Zuwendung ermöglichen, und trotzdem das in einem Heim ist, das auch entsprechend wirtschaftlich führbar ist.

Ich bin beim Personal. Personal wird einer der kritischsten Faktoren sein in der Zukunft. Wir haben jetzt schon das Problem, dass wir uns sehr, sehr, sehr anstrengen müssen, genügend qualifiziertes Personal zu bekommen für die Bedarfe der nächsten Jahre. Ich weiß, dass die Diskussion über Personalschlüssel immer eine sehr schwierige ist. Da gibt es sehr viele Aspekte, die da mit diskutiert werden, und die haben natürlich ihre Berechtigung, keine Frage. Nur, das hat Kollege Dörfel auch schon gesagt, die Frage ist schon, tun wir uns etwas Gutes, nämlich sowohl jenen, die sich für einen solchen Beruf interessieren, als auch jenen, die diese Menschen zur Betreuung brauchen, wenn wir das Anforderungsniveau ununterbrochen in die Höhe schrauben, und wenn wir gleichzeitig sagen, der darf das machen, der darf das nicht machen, und soviel brauchst du von dem, und so viel brauchst du von dem. Mir ist schon klar, hier braucht man eine gewisse Struktur, man wird aber auch eine Flexibilität brauchen, damit uns dann das nicht passiert, dass wir zum Teil Betten nicht belegen können, weil wir genau das dazu passende Personal aufgrund der Verordnungen, die wir beschlossen haben, nicht haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich auch in diesem Haus ein Sozialberufegesetz beschlossen, aufgrund eines Bundesgesetzes und einer 15a-Vereinbarung, das die Ausbildung der Sozialberufe neu regelt. Wir verlangen von einem Diplom-Fachbetreuer Altenarbeit 3.600 Stunden in Theorie und Praxis, bis er dann in den Beruf gehen darf. Ja natürlich kann ich das begründen mit den fachlichen Erfordernissen und Anforderungen an diesen Beruf. Die Frage ist nur, werden wir dann, wenn die Eintrittsbarrieren so hoch sind, auch wirklich genügend Menschen finden können, die dann sagen, jawohl, ich mache das, ein paar Jahre lang diese Ausbildung, und dann gehe ich eben als Diplom-Betreuer dort hin, oder als Fachbetreuer? Es geht durch die ganzen Berufsstufen, ich habe jetzt einfach mal das Höchste hergenommen, um einmal zu illustrieren, was denn das bedeutet. Das Gute ist, ich glaube, hier ist auch schon ein Umdenken im Gange. Ich bin auch für Qualitätssicherung, und in den Gesprächen mit den Fachbeamten der Sozialabteilung haben wir auch schon gesehen, dass hier schon mitgedacht wird, dass wir auch Möglichkeiten haben werden müssen, das zum Beispiel berufsbegleitend zu machen, dass das einfach doch aufgemacht wird und ein wenig gelockert wird, denn sonst werden wir ganz einfach diese Schritte nicht schaffen. Und eines muss uns klar sein, all zu viel Zeit haben wir nicht mehr.

Ich habe jetzt nur einfach davon gesprochen, was wir selber tun können. Alles das ändert nichts daran, dass wir ein neues Instrumentarium brauchen in der Finanzierung. Denn auch wenn wir das alles tun, wird uns trotzdem noch ein gewisser Fehlbedarf bei den finanziellen Mitteln daran hindern, dass wir tatsächlich alle Bedarfe abdecken können. Und daher müs-

sen wir die Finanzierung auf neue Beine stellen. Die Länder und Gemeinden sind damit alleine überfordert, wir brauchen den Bund dazu, und wir brauchen eine zusätzliche Säule in der Finanzierung der Pflege. Ob das ein Pflegefonds, ob das eine Pflegeversicherung ist, darüber muss diskutiert werden, aber es wird nicht mehr anders gehen, weil ehrlich gesagt, zu sagen, wir werden den Hebesatz halt dann sukzessive hinauffahren in Richtung 30 Prozent, was realiter in etlichen Bezirken schon der Fall ist, wir sind hier am Ende der Fahnenstange, weil der Aktionsradius, der finanzielle Spielraum, nicht mehr da ist. Wie gesagt, ich sehe das auch zeitkritisch, ich bin froh, ehrlich gesagt, dass wir in einer Phase, die nicht geprägt ist von parteipolitischen Debatten vor einer Wahl, wir über das Thema uns ernsthaft auseinandersetzen können. Aber wie gesagt, wir dürfen auch keine Zeit verlieren, das geht sehr schnell, und wir müssen die nächsten zwei, drei Jahre nutzen, um in diesen Bereichen hier wirklich zu zählbaren Ergebnissen zu kommen.

Der Rechnungshofbericht ist sicherlich eine Hilfestellung, auf dem Weg zu diesen Lösungen, es löst auch nicht alle Probleme, aber es bedarf einer enormen Kraftanstrengung, und das wissen alle, die in diesem Haus sitzen. Und ich hoffe sehr, dass das auch in einem gemeinsamen Bemühen gelingt. Aber wie gesagt, die letzten Signale sind sehr ermutigend, ich glaube, da können wir in Oberösterreich wirklich auch etwas leisten, und wieder eine Schritt vorne sein im Vergleich zu anderen Ländern. (Beifall)

Dritter Präsident: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Dr. Röper-Kelmayr.

Abg. Dr. Röper-Kelmayr: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Kollegen! Wie viele andere hochindustrialisierte Länder hat natürlich auch Österreich mit einer immer älter werdenden Bevölkerung zu kämpfen. Der Bauch der Bevölkerungspyramide entwickelt sich in Richtung, ich will jetzt nicht sagen 95 Jahre, aber doch deutlich in Richtung 70 Jahre, in Richtung 80 Jahre. Die Chancen lang gesund zu leben waren noch nie so gut zurzeit wie in Österreich. Und wenn man sich die aktuellen, die zentralen Kennzahlen für den Gesundheits- und für den Pflegebereich anschaut, so sieht man, ein neugeborenes Mädchen durfte 2009 mit einer Lebenserwartung von 82 Jahren rechnen. Und ein neugeborener Junge mit 77 Jahren. Im Jahr 2008 konnte ein sechzigjähriger Mann mit einer weiteren Lebenserwartung von 21,3 Jahren und eine sechzigjährige Frau mit weiteren 25,1 Jahren an Lebenszugewinn, an Lebenserwartung rechnen. Was bedeutet das? Das bedeutet jetzt nicht nur, dass wir allgemein, gesamt gesehen, älter werden, dass wir 2050 weit über 9 Millionen Einwohner in Österreich haben, sondern dass wir länger leben können und vor allem länger mobil sein werden. Es ist ein klares Bekenntnis auch zu einem Ausbau der mobilen Dienste, und wie Kollege Mag. Strugl vorher auch eine Schiefelage im Sozialbereich angesprochen hat, so glaube ich, dass besonders wie der Gesundheitsbereich auch der Sozialbereich sehr feinfühlig zu behandeln sind in diesem Fall, weil die Strukturen immer zurzeit gebraucht werden, und wenn man neue Strukturen implementieren will, muss das als Parallelstruktur prinzipiell implementiert werden.

Ich wollte hier eigentlich einen wesentlichen Bereich auch aus dem Gesundheitswesen als Zeichen der kommunizierenden Gefäße zeigen, und auch als Möglichkeit zeigen, dass sicher zur Spitalsreform 2 auch einfließen soll, nämlich die Entwicklung der Akutgeriatrie. Auch für die Spitäler und für das Gesundheitswesen ist es nichts Neues, dass die Bevölkerung älter wird. Dass sich dadurch die Krankheiten, die Anforderungen sowohl an das medizinische Personal, an das Pflegepersonal, deutlich verändern. Und ein wesentlicher Bereich ist auch, dass hier natürlich die stationären Betten, die primär für den Akutversorgungsbereich vorhanden sind, nicht sofort abgebaut werden konnten, sondern dass es hier langsam und mo-

derat zu einer Umschichtung kommen musste, zu so genannten akutgeriatrischen Einheiten, zu Nachsorgeeinheiten.

In Österreich gibt es zurzeit über 800 Alten- und Pflegeheime, 29 geriatrische Tageszentren, 9 Hospize. Und in Oberösterreich bekennt man sich zu einem weiteren Ausbau auch der Akutgeriatrien, da gibt es keine Diskussion darüber. Und hier ist es sicher sehr wichtig, dass dies als kommunizierendes Gefäß mit dem Sozialbereich gesehen wird und dass man hier nicht nur die Überleitungspflege miteinbezieht, sondern auch die mobilen Dienste in diesem Sinn sehr stark forciert, denn es ist mit Sicherheit unabdingbar, den Gesundheits- und Sozialbereich genau in dieser Frage nicht getrennt in Bezug auf die Kosten zu sehen, sondern gemeinsam zu behandeln.

Ziel ist und das Motto finde ich sehr gut, "mobil vor stationär", weil es zum einen die Lebensqualität des Einzelnen betrifft, weil es einen Respekt vor dem Alter zeigt und weil es auch dem Einzelnen eine Sicherheit gibt, unabhängig von der familiären Entwicklung. Wir bedanken uns für den Rechnungshofbericht und stehen natürlich für eine hochwertige qualitätsgesicherte, niederschwellige Gesundheitsversorgung, aber auch für ein Sozialsystem, das auf den Säulen basiert, Solidarität, Leistbarkeit und Universalität. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 156/2010 zustimmen, um eine Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 163/2010, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich bitte Frau Abgeordnete Maria Wageneder über die Beilage 163/2010 zu berichten.

Abg. **Wageneder:** Werter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich berichte über den Initiativantrag betreffend Verlängerung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der österreichischen Bundesregierung dafür einzutreten, dass die Laufzeit der Artikel 15a B-VG Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes und über die Einführung der verpflichtenden sprachlichen Frühförderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, die mit Ende des Jahres 2010 endet, verlängert wird. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, dass das nicht der Fall ist, somit schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 163/2010 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingegangen sind: Beilage 172/2010, das ist der Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Förderung von Jungunternehmen in Oberösterreich. Diese Beilage wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 173/2010, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Umsetzung eines Bildungsprogramms für Erwachsene zum kostenfreien Nachholen von Bildungsabschlüssen. Beilage 174/2010, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbetreuungsgesetz und das Oö. Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 geändert werden. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Landtagssitzung erschöpft. (Zwischenruf links: "Wir auch!") Sie auch. Ich wünsche allen eine angenehme Nachhausefahrt und einen schönen Sommerabend. Die Sitzung ist geschlossen:

(Ende der Sitzung: 17.24 Uhr)